DE KNIPSELKRANT

MANY HAVE EYES BUT CANNOT SEE

GUERRILLA STRIJD, SMERIS,
IMPERIALISME, FASCISME,
COUNTER INSURGENCY...

Resistance

DE KNIPSELKRANT

Documents and Analysis ... the Illegal Front

****

Zum Knipselkrant

De Knipselkrant erscheint seit August 1978, jetzt ca. 35 mal im Jahr. Die Zeitung ist dreisprachig: deutsch (hauptsächlich), holländisch und englisch. Themen: Bewaffneter Kampf und Widerstand in Westeuropa, Antimilitarismus, Kampf der politischen Gefangenen, Counterinsurgency, Bullenapparat, Nazifaschisten.
Wir benutzen Erklärungen, Texte und werten weit über 150 Zeitungen aus ganz Europa aus.
Unser Ziel ist die Verbreiterung der gemeinsamen Diskussion. Informationen über Zusammenhänge, über die Vielzahl der einzelnen Kämpfe und Aktionen vermitteln die Stärke, die in der ganzen Bewegung steckt.
Unzensierte Zeitungen sind für die Entwicklung unserer Zusammenhänge enorm wichtig. International trachten die Bullen wütend danach, Zeitschriften und Zeitungen, die die Politik der Guerilla und des antiimperialistischen Widerstands in Westeuropa transportieren, kaputt zu machen.
Diese Zeitungen haben eine wichtige Funktion, weil die Kommunikation über revolutionäre Politik in Westeuropa wichtig ist. Für die Entwicklung kommunistischer Perspektiven in den Metropolen ist eine revolutionäre antagonistische Praxis Mittel und Ziel, davor hat die Bourgeoisie Angst; über diese Praxis, über diese Analysen berichtet De Knipselkrant. Internationale Information und Diskussion ist notwendig, eine Voraussetzung, Theorie als Orientierung und Ansatz zum Handeln in einem dialektischen Prozess mit der Praxis. Noch vor wenigen Jahren gab es Dutzende linker Zeitungen. Die Repression hat diese Zahl bis auf wenige dezimiert. Doch es ist in erster Linie keine Frage der Zahl, sondern der Stärke der Strukturen.
Dazu brauchen wir vor allem auch eure Hilfe:
schickt alles Material, das ihr für wichtig haltet - Erklärungen, Texte und anderes. Heutzutage ist es besser, wir bekommen Sachen doppelt als garnicht. Wir verstehen de Knipselkrant als Teil unserer gemeinsamen Kommunikationsstruktur. Schnelle und präzise Informationen stärken die Kraft des Widerstandes - helft uns dabei: es ist unsere gemeinsame Zeitung.
Abonnement: 180 Gulden im Jahr inkl. Porto
Zahlungsmöglichkeiten: Ihr könnt eine beliebige Summe auf unser Postscheckkonto überweisen und wir schicken euch den Knipselkrant, bis diese Summe verbraucht ist. Mit einer der letzten Nummern kriegt ihr dann eine Zahlungserinnerung.
Zahlungsweise: Bar oder mit internationaler Postanweisung auf unser Postscheckkonto (Postscheckamt Arnheim).
Buchläden: erhalten 30 % Rabatt bei Vorauszahlung auf unser Konto. Dieser Rabatt gilt für Bestellungen von mind. 5 Exemplaren.

De Knipselkrant, Postfach 7001, 9701 JA Groningen, Nederland, Postscheckkonto 4246655 (Postscheckamt Arnheim)

****

Voor Nederland: Verkrijgbaar in de linkse boekhandel.

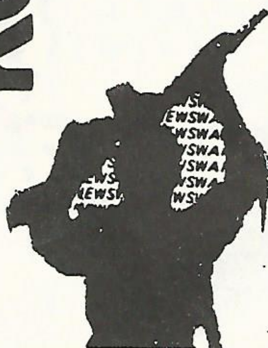
Anschlag auf Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin

SDZ 7.2.1987 **Berlin (dpa)**

Auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin ist ein Sprengstoffanschlag verübt worden, bei dem leichter Sachschaden entstand. Nach Angaben der Polizei detonierten vor dem Gebäude etwa 100 bis 200 Gramm hochbrisanter Sprengstoff. Die Explosion riß in eine Außenwand ein 30 mal 40 Zentimeter großes Loch. Wie die Polizei weiter mitteilte, bezichtigten sich „Revolutionäre Zellen" in zwei Schreiben an Nachrichtenagenturen in Berlin des Anschlags. Sie begründeten das Attentat mit einem „Kampf gegen die Asylpolitik" des Senats. Im Oktober vorigen Jahres war der Leiter der Ausländerbehörde des Landeseinwohneramtes, Harald Hollenberg, vor seinem Wohnhaus in Zehlendorf durch Schüsse in die Beine verletzt worden. Nach den Tätern wird noch gefahndet.

---

kommunikee



UNSER ANGRIFF AUF DIE ZSA IN BERLIN RICHTET SICH GEGEN DIE ASYLPOLITIK DER RASSISTISCHEN SONDERBEHÖRDE

FÜR FREIES FLUTEN

Er ist kein Appell für eine menschlichere Asylpolitik. Es ist fatal zu glauben, durch Forderungen an die Herrschenden irgendetwas zu erreichen. Am Beispiel der jüngsten Ausweisungen in den Libanon verdeutlicht sich die eiskalte Logik gnadenloser Abschiebepolitiker. Bestandteil und Voraussetzung dieser Politik ist die verwaltungstechnische Umsetzung der Vorgaben des Berliner Senats bzw des Innenministers. Diese Rolle übernimmt in Berlin die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (ZSA), eine zentralistische Sonderbehörde, speziell geschaffen für die hier ankommenden Flüchtlinge.

Die politischen, rassistischen Prämissen, unter denen diese Behörde agiert, stehen im direkten Interesse der europäischen Verbündeten: systematische Abschottung gegenüber den weltweiten Migrantenbewegungen, durch Schließung der Grenzen, vor allem des Zugangs in die BRD und nach Westberlin, durch Kanalisierung und Konzentration der Flüchtlinge in Sammellager.

Genau wie das Ausländerzentralregister in Köln und die Ausländerabteilungen der Bullen ist die ZSA absolut zentral organisiert - in Abweichung zur Struktur sonstiger Sozialbehörden, die kommunal bzw bezirklich gegliedert sind. Mit einem optimierten Verwaltungsapparat und einer rigiden Anwendung des sozialtechnischen Instrumentariums setzt diese rassistische Sonderbehörde Maßstäbe für die Kontrolle kommender sozialer Auseinandersetzungen. Neben der Verteilung der Flüchtlinge auf die Lager in die BRD bzw die Sammellager des Deutschen Roten Kreuzes regelt die ZSA die "soziale und medizinische Betreuung". Mit dem DRK besteht

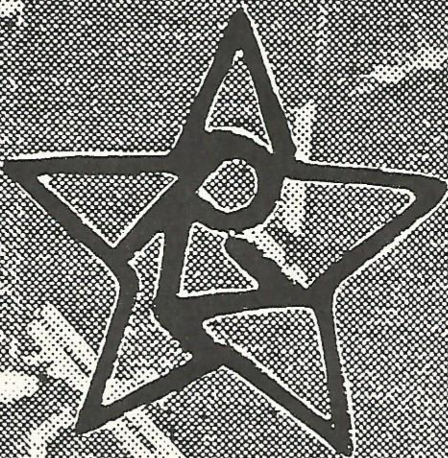
eine perfekte Symbiose in der täglichen Ausbeutung und Unterdrückung der Lagerbewohner. Das beginnt mit dem Zwang, in der ZSA Soziknete zu beantragen, weil den Flüchtlingen mit einem 2-jährigen Arbeitsverbot jede Existenzgrundlage genommen wird. Die ZSA erteilt einen erheblich verminderten Sozialhilfesatz: die Flüchtlinge erhalten 50,- DM im Monat und - leben sie außerhalb der Sammellager - 190,- DM an Wertgutscheinen. Mit allen Mitteln - häufig durch Streichung der Wertgutscheine, der Soziknete, der Mietzahlungen etc. - versucht die ZSA die Flüchtlinge in die Sammellager zu zwingen.

Zum dritten zielt die Zwangskasernierung verschiedener Nationalitäten auf die Widerstandskraft der Flüchtlinge: die gegeneinandergetriebenen Flüchtlinge werden von der Organisierung notwendiger Flüchtlingshilfen abgelenkt und am Aufbau klandestiner Strukturen gehindert. Nicht zuletzt erschwert der um die Lager gezogene Stacheldraht eine Vermischung mit dem hier existierenden Milieu.

Der auf niedrigsten Niveau eingeengte Lebensstandard und die Mißachtung elementarer Hilfeleistungen - Krankenscheine werden zurückgehalten, Atteste werden nicht akzeptiert, Krankenbehandlungen unterlassen - ist nicht der Gipfel der Willkür, sondern die Methode eines logisch funktionierenden rassistischen Verwaltungsapparates.

Die Konzentration in die Lager hat vorrangig drei Gründe: Zum einen sichert sie die arbeitsmarktorientierte Vernutzung der Flüchtlinge, weil sie leichter zu Zwangsarbeit verpflichtet werden können. Zum zweiten verdient sich das DRK an den Lagern eine goldene Nase. In unserer Erklärung zu den Brandanschlägen auf die Autos der DRK-Funktionäre sind wir darauf eingegangen.

Unser Ziel ist es nicht, für eine verbesserte Sozialtechnokratie zu kämpfen, unser Angriff auf diese Sonderbehörde ist grundsätzlicher Natur.
Die ZSA und mit ihr alle rassistischen Behörden müssen weg.



REVOLUTIONÄRE ZELLEN

Attentat auf das Einwohnermeldeamt Amsterdam am 27.3.1943, um die Erfassung zur Zwangsarbeit zu verhindern

Kommunikee

Over terreur, januari 1987

Onder Zuidafrikaanse aanvoering wordt door de SWATF (Zuid-WestAfrikaanse Territoriale Strijdkrachten) 'n inval uitgevoerd in Angola.
Tot zo'n 100 km. in Angola gaat de moordpartij door, meer dan 120 doden worden achtergelaten.

Nederland in rep en roer. Voor de derde keer brandt een super-supermarkt van de SHV - te Nuth - af.
"Er knaagt zuur aan de wortels van de demokratie" verklaart minister Korthals Altes.

De Zuidafrikaanse regering verscherpt de censuur. Publikatie van "welke zaak dan ook" kan verboden worden en "het verdedigen, prijzen of trachten te rechtvaardigen" van de kampagnes, projekten of akties van onwettige organisaties als het ANC wordt tot een misdaad. Berichten over de psychiese mishandeling van politieke gevangenen vallen in dezelfde kategorie.

"Terreur loont" huilen de kommentatoren als de SHV aankondigt zich uit Zuid-Afrika terug te trekken. Minister Van den Broek benadrukt dat in het buitenland niet de indruk gewekt mag worden dat Nederland niet pal staat tegen terreur.

Drie Zuidafrikaanse zwarte politieagenten in speciale dienst schieten hun geweren leeg op de zwarte bevolking van een township bij Kaapstad, gevolg: 4 doden.

De reorganisatie van de opsporingsdiensten komt in diskussie. Kamerbreed links tot rechts vindt dat alles op alles gezet moet worden om de daders van 'terreur'aanslagen op de Makro's te arresteren.

Kopzorgen

Niet alleen de overheid en het bedrijfsleven hadden de afgelopen maand veel aan hun hoofd. Ook binnen links, onder betrokkenen bij de anti-apartheidsstrijd laait de diskussie hoog op. Zich koncentrerend op een aantal punten:

- dit soort akties zou afleiden van waar het uiteindelijk om gaat. Over Zuid Afrika en de apartheid wordt niet meer gepraat en het gaat zelfs van kwaad tot erger nu de Nederlandse regering overweegt bedrijven met belangen in Zuid Afrika direkt te steunen (AABN in Bluf!)
- dit soort akties zijn een trap in de rug van de in de loop der jaren opgebouwde boykotbeweging, die zich juist wil enten op brede maatschappelijke steun. Samen met de bonden, partijen, etc. organiseer je zo'n boykot. Groepen als RARA hebben voorhoedepretenties en zijn met hun bommen brandaanslagen net zo schadelijk als de struisvogelpolitiek van de regering (AABN in Bluf!)
- de gehele linkse beweging wordt hierdoor gekriminaliseerd, de politiestaat lijkt met elke 'terreurdaad' dichterbij te komen. Dat zal alle mensen treffen die zich inzetten voor een rechtvaardiger maatschappij (R. Huygens in De Waarheid).
- Het zijn geen anti-apartheidsgroepen die achter dergelijke akties zitten. Het zijn groepen die Zuid Afrika tot aktieterrein kiezen omdat daar het onmenselijke gezicht van het westerse bedrijfsleven het duidelijkst zichtbaar wordt. (S. Bosgra in Elsevier)

Wij vatten deze kritiekpunten tegelijkertijd op als evenzovele vragen en willen met deze reaktie de diskussie een verdere impuls geven.

T.V. demokratie

Wat in de eerste plaats opvalt is de grote ideologiese krampachtigheid (en bekrompenheid) die als ondertoon (of bovenstroom) de reakties kenmerkt. Je doet óf aktief mee aan de door de kommitees georganiseerde boykotakties of je 'mag' niks doen. Op straffe van diskwalifikatie met het stempel 'politiek schadelijk' wordt loyaliteit geëist.

Het lijkt niet alleen maar is een nogal botte en niet realistiese ontkenning van het feit dat er in de afgelopen jaren groepen zijn ontstaan die een andere opvatting hebben over de strategie van de anti-apartheidsstrijd in het westen, de bakermat en broedplaats van racisme en imperialisme.
Groepen die geenszins wild om zich heen slaan of met onwillekeurige stuipjes proberen slechts hun 'onvrede' met deze maatschappij tot uitdrukking te brengen. Maar die in een aantal jaren een eigen strategie én praktijk hebben opgebouwd. Dat deze ontwikkeling gevestigd links en de kommitees irriteert is duidelijk. Ze hebben er geen doorslaggevende kontrole op en kunnen niet met het wondermiddel van de parlementaire diskussie de ontwikkeling in de hand houden.
Onze strategie is in wezen kompromisloos en ook anderszins, middels b.v. subsidies of via lobbies zijn we onafhankelijk van gevestigd links.

De uiteindelijke scheidslijn wordt getrokken door de kwestie van het parlementarisme. Gevestigd links aksepteert de grenzen van de parlementaire demokratie en probeert in het uiterste geval om de grenzen door het parlement zélf te laten verleggen. Bij heftige konflikten beslist de (hoofdscheids)rechter.
Wij stellen die grenzen niet ter diskussie, we aksepteren ze niet. Onze strategie tegen de apartheid wordt niet be-

ZUUR AAN DE WORTELS

VAN DE DEMOKRATIE

paald door die opgelegde grenzen, maar door de imperialistiese verhoudingen, die de aorta van het apartheidssysteem zijn. Vanuit hier, in Nederland, zijn er in dat krachtenveld wel degelijk objektieve en ook kwetsbare zenuwcentra te onderscheiden. (Daaruit vloeien onze aktiedoelen en methodes voort.)

S.Bosgra slaat in Elsevier niet helemaal de plank mis als hij stelt dat we "..... Zuid Afrika tot aktieterrein ... kiezen ... omdat daar het onmenselijke gezicht van een deel van het westerse bedrijfsleven het duidelijkst zichtbaar wordt". Wij zouden het liever iets anders willen stellen: Gezien de specifieke historiese banden tussen Zuid Afrika en Nederland

- gekonfronteerd met de beestachtige onderdrukking van de zwarte bevolking in Zuid Afrika door het witte minderheidsbewind,
- en vanuit de opvatting dat het apartheidsbeleid niet slechts gezien moet worden als een witte superioriteitswaan, maar als een - lange tijd - zeer winstgevend onderdrukkingsmechanisme,
- funktionerend binnen kapitalistiese verhoudingen als onderdeel van het wereldwijde net van politieke en zakelijke belangen

is voor anti-imperialisten hier, het verzet daartegen een onontkoombaar en wezenlijk onderdeel van de strijd.

Daarnaast - maar daarin claimen we absoluut geen eksklusiviteit - willen we door onze akties ook laten zien dat er in een t.v. demokratie als de nederlandse wel degelijk méér mogelijk is dan een gedwongen keuze tussen je schikken in je lot of dringend maar vooral beleefd vragen om verandering.
Het vertrek van SHV uit Zuid Afrika mag dan in het internationale krachtenveld een gebeurtenis van beperkte omvang zijn. Het toont tegelijkertijd wel aan dat we geenszins machteloos hoeven te zijn. Dat RARA daarvoor niet de schoonheidsprijs van de AABN en klein links krijgt is zowel begrijpelijk als oók niet écht belangrijk.
Zolang kommitees en links ontkennen dat er een autonome strijdende beweging bestaat, die meer is dan een incident,
zolang men niet bereid is op een gelijkwaardige manier de diskussie aan te gaan zonder daarbij de verschillende uitgangspunten, strategie en perspektief te ontkennen,
zólang zal het geheel zich blijven afspelen op het nivo van twee krantebezorgers die het niet eens kunnen worden over de grenzen van hun wijkje.

Van onderen

Fulco Aurich, namens de AABN, konstateert in Bluf! dat na onze laatste aanslag er een emmer is leeggegooid die tot een overstroming heeft geleid. ".... het dreigt van kwaad tot erger te worden, want onder druk van de in alle hevigheid woedende diskussie over verscherpt politiek aktivisme, terreurmethoden en de grenzen van de demokratie .... kondigt de regering aan dat de bescherming van Nederlandse bedrijven met investeringen in Zuid Afrika zal worden uitgebreid...." RARA zou zo een trap in de rug van de boykotbeweging hebben uitgedeeld.
Wie trapt nou eigenlijk wie en waarom?
Is het niet het Nederlandse bedrijfsleven dat vette winsten maakt in Zuid Afrika?!
Is het niet datzelfde bedrijfsleven dat de zwarte arbeiders/sters net zo racisties gebruikt als de Zuidafrikaanse bazen?!
Is het niet de Nederlandse regering die binnen E.G.verband via diplomatieke kronkels steeds kiest voor een zo beperkt mogelijk pakket boykotmaatregelen?!
Is het niet Van den Broek die zoals hij zelf zei zich er voor schaamt dat hij in het internationale politieke forum een 'Don Quichotte' zou worden in de strijd voor sankties?!
Is het niet de Nederlandse staat die bedrijven met forse belangen in Zuid Afrika tegelijkertijd van honderden miljoenen voorziet in verband met technologiese innovatie (Philips en Shell)?!

Het misverstand dat de redenering van dhr. Aurich oproept, is dat de staat en het bedrijfsleven in elkaars armen worden gedreven dóór radikale akties als deze. De werkelijkheid is dat de incestueuze en profijtelijke verhouding tussen staat en bedrijfsleven alleen maar duidelijker wordt. Er worden geen nieuwe bongenootschappen of tegenstellingen geschapen, maar de reeds bestaande ontvouwen zich in volle omvang onder ieders ogen.
Bijvoorbeeld de dreiging met de premieverhoging van elke brandverzekering in Nederland met een soort Zuid Afrika toeslag is daarvan een sprekend voorbeeld. Daarbij staat niet de reden waaróm bedrijven hier schade oplopen ter diskussie. Niet hun gedane investeringen en gemaakte winsten in Zuid Afrika, als onderdeel van de onderdrukking. Maar gaat het om het veilig stellen van hun positie hier in Nederland en Zuid Afrika, met geldelijke medeplichtigheid van iedereen.
Bij zoveel druk op de ketel valt het zorgvuldig gekonstrueerde beeld van wollige retoriek en loze betrokkenheid in duigen.
Wij zouden deze ontmaskering eerder pure winst willen noemen. Niet als per-

spektiefloze Verelendungstheorie maar om van daaruit nieuwe mogelijkheden te ontwikkelen tot perspektief en aanvalspunten in de strijd.

Terugslag

Er zit een tweede aspekt aan deze "hoe-slaat-dit-op-ons-allen-terug" diskussie. De angst dat door radikale akties een politiek klimaat zou ontstaan waarin rechts de kans krijgt om verworvenheden terug te draaien. In dit kader zou je dan kunnen denken aan stopzetting van de humanitaire steun aan het ANC en de subsidie aan anti-apartheids groepen. We willen deze angst niet bagatelliseren. Dat rechts dat zal proberen, daarmee door zal gaan, is zeker. Aan de andere kant voelen we er niets voor onze strategie te laten bepalen door die angst.
Alle aanleiding zal daarvoor worden aangegrepen: aanslagen uitgevoerd door het ANC in Zuid Afrika, de 'noodzaak' tot bezuinigen, een forse verkiezingswinst voor de VVD, aanslagen in Nederland, demonstraties die op rellen uitlopen, enz. Het komt allemaal in hun kraam te pas. Want louter mechanies zit de verhouding tussen het terugdraaien van verworvenheden en een meer offensieve strategie niet in elkaar.
Netzomin als het niet voeren van de strijd voor loonsverhoging door werkenden op de lange duur de koopkracht van de minima veilig stelt (of andere soortgelijke geïdeolgiseerde solidariteitsbeginsels) zal het uitblijven van radikaal verzet de subsidies aan komitees garanderen. Die subsidies zijn konstant in gevaar, een supermarkt meer of minder kan hooguit gebruikt worden als extra aanleiding.

Een voorbeeld

Toen een jaar geleden gepleit werd voor een verbod op de Centrumpartij en andere fascistiese clubs waren linkse organisaties bang dat onder een veranderd politiek gesternte dat soort wetten ook tegen links ingezet zouden kunnen worden. De CP moest uitsluitend, zo werd betoogd, uitgeroeid worden door moeizame overtuiging. Terecht is tegen die opvatting geprotesteerd door middel van een versterking van het 'illegale' verzet. En met sukses. Akties als die in Boekel en Kedichem hebben de speelruimte van fascisten, de mogelijkheden om zich te organiseren, verkleind. Angst voor de eigen positie, die van links, kan onder bepaalde omstandigheden omslaan in behoudzuchtigheid en parlementair heen-en-weer gepraat. Waarbij niet meer de belangen waar het om gaat, de strijd van mensen om leven, zelfbeschikking en rechtvaardigheid centraal staan, maar de konservering van het patroon der verhoudingen. In dat geval dreigt links een betere bewaker recht en orde te worden dan rechts.

Media

"De politiestaat lijkt met elke terreurdaad dichterbij te komen" zegt R. Huygens in De Waarheid. Anderen bevestigen dat door te zeggen dat er nu alleen nog maar gesproken en geschreven wordt over terreur en terreurbestrijding en niet meer waar het eigenlijk over zou moeten gaan. (AABN in Bluf!)
De aanslagen op de Makro's 'terreurdaden' noemen is ten eerste al een onfris staaltje van woordvervuiling. Ten tweede ging het in de media de afgelopen tijd toch nog wel over iets meer dan dat. Afgezien daarvan, als verschijnsel op zich is dergelijk mediagedrag natuurlijk absoluut niks nieuws.
Als de vuilnismannen staken wordt er na zo'n slordige twee dagen alleen nog geschreven over het ophopende vuil.
Als de Zuidafrikaanse pers over het ANC spreekt heeft ze het ook uitsluitend over terroristiese kommunisten.
Het enige effektieve tegengif is dat je helder blijft analyseren en berichtgeving en hetze van elkaar onderscheidt. Dat hetgeen je met aanslagen, kampagnes etc. wilt bereiken inzichtelijk en begrijpelijk gemaakt wordt. En te bekommentariëren moet zijn voor zoveel mogelijk mensen. Daarvoor mag je geen mogelijkheid onbenut laten. Die mogelijkhden liggen echter niet voor het opscheppen. De media hebben zo hun eigen opvattingen over nieuws en aktualiteit. Zelfs de 'linkse' pers lijkt over het geheel genomen sinds eind 60'er begin 70'er jaren in een comateuze toestand te zijn vervallen. Begrippen als solidariteit, betrokkenheid en partij kiezen zijn tot uitgeholde karikaturen verworden. Dit geheel is bedroevend maar moet voor mensen met enige media-ervaring toch als bekend verondersteld worden.

Repressie

Laten we de zaken vooral helder blijven zien. Vanwaar toch het verhaal dat dit 'soort' akties rechtstreeks uitmonden in een verscherpte repressie. Is het niet zo dat de toename van repressie grotendeels wordt bepaald door ontwikkelingen buiten ons om. De wereld is groter dan onze straat, stad of staat. De groeiende tegenstellingen om ons heen hebben te maken met de ontwikkeling van het imperialisme en zijn niet alleen terug te brengen tot het nivo van een al of niet

juiste strategie van de beweging hier.
De verscherpte politieke en sociale tegenstellingen in de derde wereld, voortgekomen uit de massale ellende door jarenlange uitbuiting. De konfrontatie met een daardoor eksplosieve situatie in die landen. De steeds sneller opeenvolgende kapitalistiese krises en het ontbreken van een militaire overmacht om de oorlog op alle fronten tegelijk te voeren.
Dât zijn - zeer schematies - de achtergronden van de noodzaak voor de imperialistiese machten om hier in West Europa de voor hun belangrijke projekten door te voeren.
De ontwikkeling van hoogwaardige technologieprojekten op het gebied van informatika, telekommunikatie en militaire ruimtevaart worden met vaart ter hand genomen. Daarvoor is een grote ééenwording van Europa op politiek, ekonomies en militair vlak van het allergrootste belang.

In dit kader worden ook de zwaartepunten van de repressie ontwikkeld,
- de Ausweiss-politiek ten opzichte van buitenlanders, één open Europa, zonder binnengrenzen maar met een hermeties afgesloten buitenmuur waar geen buitenlander meer doorheen komt.
- één Europees paspoort
- de beheersbaarheid van de steden, kraakvrij schoongeveegd door de leegstandswet, junkvrij gemaakt door het opjaag en krepeerbeleid.
- de internationale terrorismebestrijding

daar liggen hun prioriteiten en daar lagen ze allang. Er is géén rechtlijnig verband tussen gebruikte aktiemiddelen en toenemende repressie in de zin van oorzaak en gevolg. Het is veel meer het totaal van faktoren als: effektiviteit - in schade en mobilisatie - en de politieke krachtsverhoudingen van het moment die bepalen wanneer zij ervoor kiezen openlijk het beleid ten aanzien van repressie aan te scherpen. En onder die kombinatie van faktoren kan het aktiemiddel wat dan 'terreur' wordt, variëren van brand, steen tot affiche.

Wissel op de toekomst

De huidige fase van het imperialisme verscherpt de tegenstellingen zowel internationaal als nationaal. In Zuid Afrika bevindt de strijd zich in de laatste bloedige fase. In de konfrontatie met het moordenaarsbewind in Pretoria neemt de vrijheidsstrijd dagelijks in kracht en omvang toe.
Hier uiten de tegenstellingen zich in: steeds verdergaande fleksibilisering van de arbeidsverhoudingen, verhuisvrouwelijking van de arbeid en de uitstoot van steeds grotere groepen mensen, zoals - huis - vrouwen, buitenlanders, junks, bejaarden, laag- en ongeschoolden en de minima, die geen ander perspektief hebben dan te knokken tegen vervreemding, vereenzaming en andere aanslagen op fundamentele bestaansvoorwaarden. Wij maken daar deel van uit.

Het één staat niet los van het ander. Zoals voor de revolutionaire bevrijdingsstrijd in Zuid Afrika de VS en Europa delen zijn van het probleem, zo is voor iedereen die fundamentele veranderingen wil, voor elke revolutionair, de vrijheidsstrijd in Zuid Afrika een deel van de oplossing. Een vrij Azania is een overwinning op het imperialisme, maar de strijd zal doorgaan. Daar en hier, op alle fronten.
Wij willen die strijd met iedereen voeren, in díe verbondenheid en déze samenhang. Om in kollektiviteit, in diskussie, met vallen en opstaan onze potentiële macht verder te ontwikkelen. Om zo een deel te zijn van de oplossing.

Makula Ledwaba (voorzitter Ccawusa):

"Als Makro hetzij hier, hetzij in het buitenland wil overleven dan moet de direktie ons betrekken in de besprekingen over de overdracht .... Ze moeten weten dat als ze hun belang zomaar overdoen aan Zuidafrikaanse bedrijven zonder ons te konsulteren, de anti-apartheidsgroepen in het buitenland niet met hun aanvallen zullen ophouden".

Revolutionaire
Anti
Racistiese
Aktie.

Philips vreest Rara-aanslagen

door LEON VANKAN

AD 03.02.1987

EINDHOVEN — De bewaking van de Philipsvestigingen in Nederland is verdubbeld na een zeer gedetailleerde dreigbrief van de actiegroep Rara aan de elektronicagigant.

De directie van Philips vat de brief als een ernstige waarschuwing op omdat daarin op nauwkeurige wijze is omschreven welke bedrijven waar en hoe in brand zullen worden gestoken.

Het schriftelijke dreigement van de Revolutionaire Anti Racistiese Axie (Rara) wordt door een lid van de Philipstop omschreven als een 'redelijk uitvoerig document'.

Rara eist van Philips onmiddellijke terugtrekking uit Zuid-Afrika.

Philips heeft zijn eigen bewakingsdienst opdracht gegeven de bewaking en controle van gebouwen te versterken.

Bä[redacted] seit [redacted] 86 im Kna[redacted] beschreibt ihre Haftbedingungen!



Bärbel wurde am 13.8.86 wegen "Vorbereitung eines Sprengstoffverbrechens" festgenommen und nach einer Woche "Normalvollzug" in der JVA Mülheim auf Grund eines neuen Haftbefehls des BGH (§129a StGB) am 20.8.86 nach Köln-Ossendorf verlegt.
Als Beschuldigte nach §129a StGB unterliegt sie dem 25-Punkte Haftstatut aller polit. Gefangenen, das strenge Einzelhaft (polit. und soz. Isolation) bedeutet.
Zwischenzeitlich wurde das Haftstatut 'gelockert': eigene Kleidung und Gemeinschaftshofgang.
Am 10.11.86 wurde Bärbel von Köln nach Bielefeld verlegt mit der offiziellen Begründung, Bärbel solle nun auch an Gemeinschaftsveranstaltungen teilnehmen dürfen, dies sei aber bei gleichzeitiger Trennung von anderen polit. Gefangenen in Köln nicht möglich.
Man könnte nun meinen, die neuen Haftbedingungen würden die soz.+ polit. Isolation aufheben oder wenigstens lockern. Fehlanzeige!!
Die praktische Durchführung der Haftbedingungen mit den angeblichen Lockerungen hat die polit. Isolation in keinster Weise aufgehoben oder gelockert.
Nein, wie das Beispiel von Bärbel zeigt, soll durch die 'Lockerung' eine Art 'Dressur' eingeleitet werden: Blick zur Wand bei der Gymnastik - Halt an der Linie - Umdrehen auf Kommando - etc. andernfalls: Abbruch.
Die Gefangenen sollen dazu gebracht werden durch immer neue Schikanen entweder 'zu funktionieren' oder selbst und 'freiwillig' auf die Lockerungen zu verzichten, d.h. am gemeinsamen Hofgang und Gemeinschaftsveranstaltungen nicht mehr teilzunehmen.

"Am Anfang direkt 'ne Parole, stand auf ner Postkarte drauf, die ich geschickt bekommen habe.

WENN WIR ZUSAMMEN KÄMPFEN, DANN IST AUSGEMACHT, DASS EINES TAGES ALLE KZ'S AUF DER WELT, ALLE LAGER, FOLTER UND BARBEREI ZU ASCHE VERBRENNEN WERDEN!
Am 10.11.86 bin ich vom Knast Köln-Ossendorf nach Bielefeld-Brackwede verschleppt worden. Hier ist ein Frauenhaus, rechter Flügel die Strafgefangenen, linker Flügel die U-Gefangenen.
Hier sind noch Sieglinde Hofmann und Ingrid Jakobsmeier als polit. Gefangene. Sieglinde ist in Strafhaft, Ingrid noch in U-Haft wegen Revision, also auf dem selben Flur wie ich, gegenüber meiner Zelle.
Die offizielle Begründung für die Verlegung hab' ich erst Tage später mitgekriegt, bei 'nem Besuch:"Hafterleichterungen"

Hafterleichterung sollte sein:
1. Kein Einzelduschen, sondern mit den andern U-Gefangenen zusammen.
2. Gemeinschaftshof - den ich auch in Köln hatte, einfach aus dem Grund, weil ihnen die Einzelfreistunden zu personalintensiv wurden.
3. Aufschluß, mit der Einschränkung, daß meine Zelle zu bleibt.

Die ersten tage habe ich gar nicht geschnallt, was hier eigentlich abläuft. Ich dachte, daß wären die üblichen Knastbestimmungen. Bis zu dem Besuch, wie ich die offizielle Begründung mitbekommen habe, ja, und auch dann wie es hier abgelaufen ist.

1. Video auf dem Flur
2. Ständige Überwachung durch die Schließerinnen, die genau registriert haben, mit wem ich rede, in welche Zelle ich gehe.
3. In den Zellen, in denen ich war, war am nächsten Tag große Zellenfilze.

Sobald ich an Ingrids Tür gegangen bin, sofort stand 'ne Schließerin hinter mir, am wegdrängen.
Nach vier Tagen wurde es dann offen. Eine Frau hat mir mit Tränen in den Augen erzählt:" Wenn ich nochmal an Ingrids Tür gehe, ist der Aufschluß für alle beendet. (Kollektivstrafe) Sie hätte ja gar nichts gegen uns, könnte ja auch verstehen, daß wir miteinander reden wollten, aber es wäre eben total wichtig für sie, daß abends die Zellen auf sind, sei es nur einen Spalt."
Also, das heißt: Hafterleichterung, ich kann auf den Flur, mit anderen Frauen reden, unter der Bedingung, daß ich mich selbst, meine Identität leugne, nicht an Ingrids Tür gehe, so tue, als wenn es sie nicht gäbe. Zum anderen ist mir der Begriff Isolation nochmal richtig bewußt geworden. Eben die politische Isolation. Wir brauchen und wollen die Zusammenlegung, um uns auseinanderzusetzen, uns zu unterstützen, weiter für unsere Ziele zu kämpfen, gegen ihr ganzes Gehirnwäscheprogramm. Es geht nicht darum, daß man nichts mit anderen Frauen zu tun haben will, das ist ja großer Quatsch. Wir wollen aber untereinander nicht isoliert sein. Und solange das so ist, mache ich den Aufschluß nicht mit. Einzelduschen war direkt wieder, weil die Gemeinschaftsduschen wohl zu nahe an Sieglindes Zelle sind, die Einzeldusche ist direkt neben meiner Zelle. Bevor ich hier war, hat Ingrid auch da geduscht. Sie muß jetzt runter in die Kammer. Sie schreibt: Bei der ersten Silbe, die sie von meinem Namen brüllt, stehen sie hinter ihr.
Zum Hofgang:
Ingrid und Sieglinde machen 3x die Woche Einzelfreistunde. Es gibt 2 Höfe. Einen Kleineren, zu der Seite, auf der auch Ingrids Zelle ist, da hat sie immer Hofgang. Und einen Größeren auf der anderen Seite, auf der Sieglindes und meine Zelle liegen.
Sieglinde sperrten sie die Hälfte vom Hof, damit sie nicht an meinem Fenster vorbeikommt. Sobald sie die "gesperrte Zone" betrat - Abbruch der Freistunde. Sie hatten schon 'nen Grünen vom Männerknast, zuerst im Bau auf Abruf bereit, dann ganz frech auf dem Hof postiert. Sieglinde hat sich von Anfang an nicht darauf eingelassen, sie läuft wie

immer hat sie gesagt, es ist nicht ihr Job, hier die Isolation durchzuführen. Seitdem der Grüne direkt von Anfang an auf dem Hof steht, geht sie nicht mehr raus. - ca. 2 Wochen

Bei mir läuft es jetzt so:

Ich mache mit den U-Gefangenen zusammen Hofgang. Sind total wenig Frauen, und von den wenigen gehtmeistens nur noch eine mit raus. Dann haben sie es von Woche zu Woche immer mehr zum Eskalieren gebracht, totale Provokation, ständig Abbruch der Freistunde.

Mittlerweile geht es nicht mehr ums Reden. "Blickkontakt ist auch ein Kontakt" sagen die Wachteln. Das muß man sich mal reintun. Jede menschliche Regung ist unerwünscht. Neulich meinte eine Wachtel zu der anderen, wie ich laut geprustet habe: es täte ihr ja leid, aber bei dieser Störung könnte sie nicht abbrechen.

Manche von den Schließerinnen meinen, sie müßten sich besonders hervortun, bauen sich auf dem Hof auf, daß ich Spalier laufen muß, eine Stimmung, da kann man die Luft schneiden, daß mir von Anfang an klar ist, heute bin ich nicht lange draußen. Sie legen es regelrecht auf 'nen Abbruch an. Gehört zu ihrem Programm zu versuchen, einen fertigzumachen.

Für mich ist klar: Ich lasse mich von niemandem abhalten, daß wir uns grüßen, daß wir uns angucken, daß icn meine Gymnastik da mache, wo ich es immer gemacht habe, und auch weiter machen will.

In den letzten Tagen meinte die Schließerin zu mir, ich sollte mich umdrehen, zur Mauer gucken, ansonsten Abbruch. Ich hab' den Ball voller Wut weggeknallt, Sieglinde zugerufen, bin Richtung Tür gelaufen, trotzdem kam der Grüne direkt angesprungen, im Bullengriff weggeschliffen.

Mir kommt oft die Szene aus dem Buch "Insel in Ketten" in den Kopf: Die politischen Gefangenen spielen auf dem Hof Fußball. Für die, die in Isolationshaft sind (u.a. Nelson Mandela) ist es 'ne Freude. Sie stehen am Fenster, feuern ihre Genossen an. Ein paar Tage später werden auf Anweisung der Gefängnisleitung die Fenster schwarz gestrichen.

Noch was. Jeder Blick, jedes Wort, daß wir uns hier erkämpfen ist ein Sieg. Gegen jeden Versuch der Sch....., einen zu demoralisieren (z.B. zur Mauer zu gucken) steht die eigene Entscheidung, das nicht mitzumachen, so wichtig für jeden von uns, die eine Stunde draußen zu sein, auch ist.

Ich hab' das einfach mal aufgeschrieben, weil ich an dem Ablauf selbst nochmal richtig kapiert habe, was Isolation heißt, und wie die Sch... mit dem Angebot "Hafterleichterung" zurückdrehen wollen, was sich durchgesetzt hat. Die Forderung nach Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand.

P.S. Wie ich am Anfang hier war, hab' ich überlegt, wie sie das machen, daß wir keinerlei Kontakt haben. Jetzt wird's mir klar, sie schaffen dermaßen unmenschliche Bedingungen, daß man nicht mehr rausgehen kann."

Eschhaus Heft 2/1987

"Weder Opfer noch Komplizen, wir müssen die sein, die angreifen"

Einige Gedanken zu politischer Solidaritätsarbeit

Vorbemerkung:

Ich erwähne im folgenden mehrere Male das hannoversche Solidaritätskomitee, obwohl mir aufgrund meiner objektiven Situation genauere Kenntnisse über dessen Zusammensetzung und Diskussionen fehlen. Das heißt, ich beziehe mich als Grundlage meiner Einschätzung ausschließlich auf die mir vorliegenden Veröffentlichungen (Infomappe 1-3, Artikel für die Mai-Zeitung) und nicht auf weitergehende Vorstellungen, die einzelne Mitglieder durchaus haben mögen oder Diskussionen, die in letzter Zeit gelaufen sein sollen. Im übrigen ist dieses Papier keine Kritik am Komitee im engeren Sinne, sondern es geht mir um einige grundsätzliche Bemerkungen zu politischer Solidaritätsarbeit besonders im Hinblick auf den anstehenden Prozeß.

Ich kann niemandem vorschreiben, was er/sie für eine Solidaritätsarbeit zu machen hat, weil diese wie jede politische Praxis auch von den dahinter stehenden Zielen und Interessen abhängig ist; von Leuten, die sich z.B. nicht als Teil einer revolutionären Bewegung verstehen, kann ich auch keine konsequente Propagierung derartiger Inhalte fordern, das ist Nonsens. Allerdings, um es gleich zu sagen, ist mir die inhaltliche Grundlage des Komitees bislang noch verborgen geblieben.

Die mir bekannte Solidaritätsarbeit des Komitees war bisher eine rein negative Politik, d.h. ein Abarbeiten an den erfahrbaren Auswirkungen der Repression, eine Auseinandersetzung mit dem Paragraphen 129a losgelöst von einer fundamentalen Kritik der Klassenjustiz insgesamt, d.h. Kritik an den sog. "Auswüchsen" statt den zugrunde liegenden Strukturen, geschweige denn daß eine positive Praxis aufgezeigt würde, also eine Alternative zum Bestehenden. Ganz im Gegenteil, es wird sogar in bekannt reformistischer Tradition bewußt davon abgesehen, wenn für eine Solidarität gefordert wird: "Ausgangspunkt kann dabei nicht die jeweilige polit. Haltung zum Sprengstoffanschlag sein, sondern es geht darum, polit. Front gegen dieses Vorhaben (§129a als "Sonderrecht") des Staatsschutzes zu machen." (Mai-Zeitung)

Aufgabe einer Solidaritätsarbeit ist es in der Tat nicht, eine Auseinandersezung über den Anschlag auf die Messe-AG und allgemeiner über Möglichkeiten und Strategien revolutionärer Politik zu führen, das kann und muß ausschließlich innerhalb der antagonistischen Linken diskutiert werden. Aufgabe des Komitees wäre es allerdings, einen grundsätzlich klaren Standpunkt einzunehmen, wer hier mit welchem Interesse Repression ausübt und gegen wen sie sich richtet.

Auch wenn es schon fast langweilig ist festzustellen: wir leben in einem bürgerlichen Rechtsstaat (und auch der "Unrechtsparagraph" 129a ist ganz rechtsstaatlich installiert worden, ob uns das nun paßt oder nicht) und das impliziert zwangsläufig Klassenjustiz gegen die Ausgebeuteten und Unterdrückten und natürlich besonders gegen die, die dieses System bekämpfen - ob mit oder ohne Anti-Terror-Gesetze, vorher hat die Repression auch nicht schlecht funktioniert. Jede Anti-Repressionsarbeit muß genau das prinzipielle Gewaltverhältnis innerhalb der kapitalistischen Klassengesellschaft thematisieren, von dem die staatlichen Repressionsapparate und Justiz bloß sichtbarer Ausdruck sind, und das schließt eine offensive Position zur Legitimität von Militanz und revolutionärer Gewalt mit ein. Diesen Zusammenhang nicht klar zu benennen, eine beschränkung der Kritik auf die sichtbaren Folgen statt auf die eigentlichen Ursachen bleibt in der Funktionslogik dieses Systems verhaftet, verschleiert und ist im eigentlichen Sinne konservativ, nämlich systemerhaltend statt -sprengend.

Es kann nicht darum gehen, sich in einer "Einheit der Demokraten" letztlich in Vorschlägen für die Reformierung bestehender Herrschaftsverhälnisse zu überbieten, als besseres Gewissen der Bourgeoisie sich anzudienen und damit auf einen Deal über das Mehr oder Weniger an Ausbeutung und Repression sich einzulassen (wozu haben wir denn die Grünen?), sondern dieses System in seiner komplexen Totalität zu begreifen und zu bekämpfen. Das allerdings schließt eine "Beliebigkeit politischer Haltungen" gegenüber staatlicher Repression aus und führt sie ad absurdum. Und auch für eine Solidaritätsarbeit gilt dasselbe wie für jede politische Praxis: Auseinandersetzungen mit anderen Teilen der Linken sind nicht zu führen, indem die eigene Position möglichst bis zur Unkenntlichkeit verwässert und den anderen versucht wird häppchenweise schmackhaft zu machen, sondern indem klare Standpunkte bezogen werden. Inhaltliche Bündnisse auf kleinstem gemeinsamen Nenner sind blanker Opportunismus.

Natürlich muß der §129a bekämpft werden, so wie wir jede Einschränkung der objektiven Bedingungen unseres Kampfes verhindern müssen, aber nicht isoliert und damit suggerieren, ohne ihn sei die heile linke Welt wieder in Ordnung, sonder als ein integraler Bestandteil aktueller und präventiver staatlicher Aufstandsbekämpfung. Die Aufgabe einer Solidaritätsarbeit kann es nicht sein und wäre außerdem völlig unhistorisch, permanent Einmaligkeiten und Skandale zu beschwören, so als würde das imperialistische System ständig von einer Eskalation zur nächsten springen, sondern die Kontinuität staatlicher Repression gegen radikale und revolutionäre Politik aufzuzeigen.

Das erfordert allerdings auch ein Verhältnis zu staatlicher Repression, das

nicht von anklagender Opfermentalität geprägt ist, sondern sich mit der Tatsache auseinandersetzt, daß eine Radikalisierung und Intensivierung sozialer und revolutionärer Bewegungen zwangsläufig eine verstärkte Repression nach sich zieht, denn die Herrschenden sehen nun mal nicht seelenruhig zu, wenn sie bekämpft werden. Wir, die antagonistische Linken, müssen versuchen, langfristig handlungsfähige Strukturen gegen die Repression und Kriminalisierung revolutionärer Kämpfe zu entwickeln, die eine mögliche Zerschlagung abfangen. Es sei denn, wir können uns selbst, unsere Hoffnungen, unsere Erfahrungen der letzten Jahre, unsere Perspektiven und Ziele nicht mehr ernst nehmen und sind unfähig, kritisch mit unserer eigenen Geschichte umzugehen.

Praktische Solidaritätsarbeit trägt zwangsläfig defensiven Charakter, denn nichts anderes ist das Sammeln von Kohle, Verbreitung der aktuellen Infos usw. Eine politische Solidarität muß aber darüber hinausgehen, sich als eine spezifische Form des politischen Kampfes begreifen und das bedeutet: revolutionäre Inhalte, also die die kriminalisiert werden, offensiv zu verbreiten statt diffuse Verfolgungsparanoia zu schüren und so der Ohnmacht und Perspektivlosigkeit auch noch kräftig Vorschub zu leisten. Der Titel der Veranstaltung im Pavillon "...und so wirst du verdächtigt..." ist ein schöner Ausdruck einer Anti-Repressions-Arbeit, die objektiv reaktionären Charakter trägt, weil damit ausgeblendet wird, daß wir nicht nur Objekt der Verhältnisse sondern auch Subjekt ihrer Veränderung sein können. "Die" Linke ist natürlich nicht betroffen, denn "die" Linke, die ein radikales Potential in den vom System bereitgestellten legalen Räumen absorbiert und ihm die Spitze brechen soll, ist ein viel zu notwendiger und immanenter Faktor innerhalb des imperialistischen Systems, dem höchstens ab und zu mal wieder Grenzen seines Verhaltens vorgeführt und notfalls eingebleut werden. Die Grundlage einer revolutionären Praxis, denn die wird von den Herrschenden bekämpft und nicht irgendeine legalistische Linke, ist dagegen die Hoffnung und Perspektive auf Befreiung und das heißt einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, die ohne eine Revolution nicht zu verwirklichen ist. Revolutionäre Praxis, und das schließt Militanz und bewaffneten Kampf mit ein, hier und heute bedeutet, dafür die objektiven Bedingungen auszunutzen, an den existierenden Widersprüchen des Systems anzusetzen, diese zuzuspitzen und vor allem einen politischen Kampf gegen die Hegemonie des Kapitals und der bürgerlichen Ideologie zu führen und Gegenmacht zu organisieren.
Es geht nicht darum, in der Illusion von Freiheit sog. Freiräume zu besetzen und sich dabei auch noch einzubilden, radikale Politik zu betreiben, sondern den theoretischen und praktischen Bruch mit diesem System zu vollziehen. Um Mißverständnissen vorzubeugen: ich bin nicht gegen mehr oder weniger selbstbestimmte Zentren, Häuser und Räume, weil sie die Bedingungen unseres Kampfes verbessern und Möglichkeiten für praktische Ansätze einer neuen Kollektivität bieten können, Bestandteil von Gegenmacht sind oder sein können. Das kann aber immer nur Mittel zum Zweck, niemals das eigentliche Ziel sein und das heißt auch, das staatliche Zuckerbrot einer sich scheinbar selbst genügenden und damit befriedeten Nische kompromißlos abzulehnen.

Wichtig ist mir vor allem, den grundsätzlichen Widerspruch zwischen reformistischer und radikaler Solidaritätsarbeit deutlich zu machen:
Eine reformistische Politikakzeptiert prinzipiell den staatlichen Verfolgungsanspruch angeblich "Schuldiger" und damit die bestehenden Herrschaftsverhältnisse und reproduziert durch die Trennung von strafwürdiger Tat und angeblich freier Gesinnung ideologisch den notwendigen Widerspruch von bürgerlicher Theorie und Praxis, der aber unbegriffen bleibt, weil seine Ursachen nicht dort gesucht werden, wo sie zu finden sind, nämlich in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sondern unterstellt wird, dieser Widerspruch sei innerhalb des Systems aufhebbar. Das ist nicht nur kleinbürgerliches Geschwafel sondern führt konsequenterweise zu einer Kriminalisierung revolutionärer Praxis, die natürlich die Gesetze brechen muß, wenn sie den Staat und die bestehenden Eigentumsverhältnisse angreift, und einer rein idealistischen Betrachtungsweise revolutionärer Inhalte, die mensch sich dann im Kaufhaus der Meinungsvielfalt nach herzenslust aussuchen darf, deren praktische Dimension und historische Perspektive aber ignoriert und verschleiert wird. Das kann man als "repressive Toleranz" (Marcuse) bezeichnen, ich nennedas eine klare Distanzierung von allen, die hier um Befreiung kämpfen und konkret von den Betroffenen staatlicher Repression und deren politischer Identität, unerheblich hinter wieviel Verbalradikalismus diese Distanzierung versteckt sein mag. Plakativ gesagt: counter. Als Resultat einer derartigen Solidaritätsarbeit können nur ohnmächtige Opfer, die nur noch die scheinbare Allmacht staatlicher Repression und Perfektionierung der Macht wahrnehmen, oder Komplizen herauskommen, die objektiv den Interessen des Staates in die Hände arbeiten, indem sie das staatliche Gewaltmonopol praktisch akzeptieren und lediglich dessen Konsequenz einer offenen Brutalität (z.B. Ermittlungsmethoden) oder einer unverhüllten Gesinnungsjustiz (also den §129a), die sog. "Auswüchse", kritisieren.
Eine radikale Solidaritätsarbeit muß demgegenüber zumindest die Ursachen staatlicher Repression deutlich machen, statt diese lediglich auf ihrer Erscheinungsebene mit dem aufklärerischen Gestus eines verschreckten Kleinbürgers zu beschreiben, dem jegliche konkrete Perspektive im Einheitsbrei politischer Beliebigkeit untergegangen ist. Dahinter verbergen sich in der Regel nichts als Integrationssehnsücht, Verlustängste um das bischen gesellschaftliche Macht, die zudem noch eine meist eingebildete ist, und die vorgeschobene Legitimation der eigenen Untätigkeit. Radikale Solidarität, nebenbei bemerkt das genaue Gegenteil von Kritiklosigkeit an revolutionärer Praxis, bedeutet, sich von einer solchen Solidarität, deren Basis hilflose Paranoia und undifferenzierte caritative "Betroffenheit" ist, klar abzugrenzen und ihr einen politischen Begriff von Solidarität gegenüberzustellen, der zugleich eine Alternative kollektiven Handelns, nämlich des gemeinsamen Bruchs mit der Ohnmacht, aufzeigen muß. Damit verbunden wäre aber auch eine Konstatierung der real existierenden Widersprüche innerhalb der Linken (insgesamt betrachtet), die jeweils aufgrund z.T. ganz unterschiedlicher Interessen vorhanden sind, statt vor dieser Tatsache die Augen zu verschließen. Wunschträume einer Einheit der Linken, zumal aufgehängt an punktuellen Schweinereien des Systems, sind eine Illusion, die wir uns nicht leisten können und versperren auch die Chance einer wirklich konstruktiven politischen Auseinandersetzung.

Isabel Jacob,

(März 1986)



Beurteilung der Erweiterung des § 129a StGB

Lochte vor dem Rechtsausschuß des Bundestages

1. Im geplanten Gesetzgebungsvorhaben ist vorgesehen, den im § 129a Abs. 1 bis 3 StGB aufgeführten Katalog von Straftaten terroristischer Vereinigungen um die Straftatbestände
   - Gefährlicher Eingriff in den Bahn-, Schiffs- und Luftverkehr (§ 315 StGB, Störaktionen gegen Munitionstransportzüge durch Entfernen von Eisenbahnschwellen, Blockieren von Weichen, Beschädigung der Oberleitungen der Bundesbahn)
   - Störung öffentlicher Betriebe (§ 316b StGB - Beschädigung von Stommasten)
   - Brandschläge auf Polizei- und Militärfahrzeuge sowie auf Anlagen im Energieversorgungsbereich, insbesondere auf Baumaschinen

   zu erweitern.

   Anlaß für die Überlegungen, diese Straftatbestände in den § 129a StGB aufzunehmen, sind die erhebliche Zunahme von Anschlägen in diesen Bereichen teilweise seit 1985, z.T. seit 1986. So wurden bisher im Jahre 1986 92 Anschläge auf Strommasten gegenüber 36 in den Jahren 1981-1985 verübt. Gegen Bundesbahneinrichtungen richteten sich 1985 101 und im Jahre 1986 bisher 65 Anschläge. Anschläge mit dem Bezug Umweltschutz im weitesten Sinne steigerten sich von 186 im Jahre 1985 auf 588 in den ersten zehn Monaten des Jahres 1986. Die große Mehrheit dieser Anschläge waren Sachbeschädigungen. Die Anzahl der Sprengstoffanschläge blieb gering.
2. Der Straftatbestand des § 129a StGB bezog sich bisher ausschließlich auf Straftaten terroristischer Organisationen. Der militante Kampf gegen AKW, Einrichtungen der Bundesbahn oder Baumaschinen wird dagegen, soweit er überhaupt zuzuordnen ist, von militanten Autonomen und Anarchisten im Rahmen ihrer überwiegenden Mitarbeit in unterschiedlichen Protestbewegungen geführt. Im Jahre 1986 wurde nicht ein einziger Anschlag in diesen Bereichen bekannt, zu dem sich die in der Bundesrepublik agierenden linksextremistischen terroristischen Organisationen und militanten Autonome auf eine Stufe stellen. Eine gleiche Bewertung dieser unterschiedlichen Bereiche des Linksextremismus ist unzulässig.
3. Terroristen und militante Angehörige des Linksextremismus unterscheiden sich in ihrem Selbstverständnis und ihrem politischen Konzept erheblich. Merkmal des Terrorismus ist der bewaffnete politische Kampf als einzig mögliche Form der politischen Auseinandersetzung, der auf einem langfristig orientierten politischen Konzept basiert. Aufgrund dieses politischen Konzepts werden die Anschlagziele ausgewählt. Terroristische Gruppen versuchen in jedem Fall, durch eine Tatbekennung ihre Anschläge der Öffentlichkeit zu ermitteln und als logische Konsequenz ihres politischen Konzepts darzustellen. Die schwerwiegendsten Attentate werden in der Bundesrepublik von der RAF begangen. Obwohl diese Anschläge nur von einem begrenzten Personenkreis eines Kommandos verübt werden, werden sie konzeptionell von allen Mitgliedern der RAF getragen. Die RAF ist eine Organisation mit fester Gruppenstruktur, die sich einheitlich darstellt und gemeinsam handelt.
4. Militante Linksextremisten reagieren demgegenüber kurzfristig auf aktuelle politische Ereignisse oder Schwerpunktthemen. Sie haben kein langfristiges politisches Konzept. Für sie sind militante Aktionsformen nur ein Mittel unter anderen im politischen Kampf. Sie arbeiten in den Protestbewegungen mit. Die Intensität ihrer militanten Aktionen sind schwankend und sprunghaft. Die politischen Themen ihrer Aktivitäten wechseln häufig. Die Anschläge militanter Linksextremisten werden von sich streng abschottenden Kleinstgruppen begangen, die keine übergreifenden Gruppenstrukturen aufbauen. Die Anschläge werden häufig aus persönlicher Betroffenheit begangen. Sie richten sich ausschließlich gegen Sachen. Die Gefährdung von Personen wird weitgehend ausgeschlossen. Militante Linksextremisten bekennen sich nur selten öffentlich zu ihren Taten.
5. Mit ihrer im Mai 1982 erschienenen Schrift "Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front" forderte die RAF zur Bildung einer gemeinsamen "antiimperialistischen Front" von Guerilla, militanten und politischem Widerstand auf, um die politische Isolation der Terroristen in der linksextremistischen Szene zu durchbrechen. Ziel war es, die "militärischen" Aktionen der RAF und die militanten Aktionen des militanten Teils des Linksextremismus, insbesondere Autonome, Anarchisten, Antiimperialisten, politisch abzustimmen, um den Eindruck eines verstärkten gemeinsamen Widerstandes zu vermitteln. Dieses Vorhaben ist gescheitert. Zwar stellen vereinzelt militante Linksextremisten ihre Aktionen propagandistisch in Zusammenhang mit terroristischen Anschlägen. Die überwiegende Mehrheit militanter Anarchisten und Autonomer stehen aufgrund ihres Selbstverständnisses von Selbstbestimmung ohne Indoktrination von außen in kritischer Distanz zur RAF. Dies wurde insbesondere bestätigt durch den Verlauf der Veranstaltung des "antiimperialistischen und antikapitalistischen Widerstandes in Westeuropa" vom 31.1.-4.2.86 in Frankfurt, wo sich die unüberbrückbaren Gegensätze der Autonomen zur RAF zeigten.
6. Durch die geplante Erweiterung des § 129a StGB werden Dinge miteinander verquickt, die nicht zusammengehören. Unter dem gemeinsamen Begriff terroristische Vereinigung würden so unterschiedliche politische Bereiche wie die terroristische RAF, die schwerste Straftaten bis hin zu Morden und Entführungen begeht, und militante Anarchisten und Autonome, deren überwiegende Straftaten aus Sachbeschädigungen bestehen, miteinander verknüpft. Dadurch wird ein Sachverhalt vorgetäuscht, der in der Praxis nicht gegeben ist. Weder arbeiten RAF und militante Autonome und Anarchisten im Sinne eines abgestimmten, gemeinsamen politischen

Kampfes zusammen, noch rekrutiert die RAF Mitglieder aus diesem Bereich. Militante Linksextremisten sind keine Terroristen. Sie werden jedoch durch den Rechtsbegriff terrroristische Vereinigung dazu hochstilisiert. Die willkürliche Ausdehnung des Begriffs Terrorist kann zu einer Radikalisierung und einer verstärkten Solidarisierung der Betroffenen mit der RAF führen. Durch eine dadurch bewirkte Durchlöcherung ihrer Isolierung könnte eine Stärkung der RAF eintreten. Diese negative Wirkung kann durch vermeintliche Vorteile der geplanten Gesetzesregelung nicht ausgeglichen werden. Die militanten Autonomen und Anarchisten bilden ein diffuses, schwer durchdringliches Erscheinungsbild. Ihre abgeschotteten Kleinstgruppen bieten kaum Ansätze für Fahndungserfolge, wie die Vergangenheit gezeigt hat. Die Anwendungsmöglichkeiten des § 129a StGB auf diese Personenkreise werden gering bleiben. Zudem sind Teile des § 129a StGB, wie etwa die Rädelsführerschaft, auf militante Linksextremisten nicht anwendbar, da derartige Strukturen bei ihnen fehlen. Unangemessen erscheint auch die Zusammenfassung so unterschiedlicher Straftaten wie Sachbeschädigung durch das Werfen eines Kabels auf eine Oberleitung der Bundesbahn oder mehrfacher Mord. Die Einführung der Erweiterung des § 129a StGB würde schwerwiegende Nachteile für die Bekämpfung des Terrorismus und eine Verschärfung der Aktivitäten des militanten Bereich des Linksextremismus bewirken.

7. Mit der Ausweitung des § 129a StGB auf das sogenannte Mastumlegen würden nicht nur Aktionsformen militanter Autonomer erfaßt, sondern auch Widerstandsformen von bisher nicht linksextremistisch strukturierten Bürgerinitiativen. Für den Bereich der Anti-AKW-Arbeit gilt das Umlegen oder Umsägen von Strommasten als eine von mehreren Formen gewaltfreien Widerstandes. Von den rund 90 Anschlägen gegen Strommasten wurden lediglich 12 mit schriftlichen Bekennungen begleitet, von denen nur 10 überhaupt eine politische Zuordnung in Richtung des militanten Autonomen-Spektrums erlauben. Die niedrige Quote einer politischen Begleitung des sogenannten Mastumlegens bestätigt die Aussage, daß es sich hierbei um eine Aktionsform auch bürgerlicher Anti-AKW-Gegner handelt, die den demokratischen Staat nicht grundsätzlich in Frage stellen wollen.



Nachts Strommast umgerissen

SDZ 16.02.1987 **Rödermark (dpa)**

Unbekannte haben in der Nacht zum Sonntag einen Hochspannungsmast in Rödermark (Kreis Offenbach) umgerissen. Nach Polizeiangaben wandten die Täter eine völlig neue Methode an: Sie rissen den 30 Meter hohen Mast mit einem an Verstrebungen befestigten Tau um. Der Mast ist Teil einer 110-Kilovolt-Leitung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke (RWE). einem Gebiet mit 62 000 Einwohnernfiel für etwa zwei Stunden der Strom aus. Der Anschlag ist der fünfte innerhalb eines Jahres in diesem Gebiet.

KOMMUNIKEE

DER KRIEG GEGEN DIE PALÄSTINENSER IST KRIEG GEGEN UNS!

wir haben heute als teil einer koordinierten aktion beim El-Al büro die scheiben eingeschmissen. die El-Al ist eine staatliche fluggesellschaft der zionisten und steht somit für die zionistische besatzungspolitik und die permanente aggression gegen die palästinensische revolution.

wir wollen die desinformation bzw. nachrichtensperre in den imperialistischen medien über den lagerkrieg im libanon durchbrechen
und den imperialisten die ruhe nehmen, die sie in den metropolen brauchen, um das ziel dieses krieges zu erreichen:
die palästinensischen lager um den preis der ausrottung der bewohner/innen zu zerschlagen und die bewaffneten, revolutionären palästinensischen kräfte im libanon zu beseitigen.
also genau das, was sie mit der permanenten aggression, v.a. der zionistischen libanoninvasion von 82 nicht erreicht haben.
den vernichtungskrieg gegen die palästinensischen menschen führt heute vor allem die reaktionäre amal-miliz. sie wird von truppen der libanesischen armee, syrischen spezialeinheiten und der luftwaffe und marine der zionistischen aggressoren unterstützt. sie handeln in absprache und mit unterstützung der yanks und der westeuropäischen staaten. so traf sich genscher vor kurzem mit amal-chef berri zur weiteren abstimmung ihres vorgehens. die schweine haben 4 lager zerstört, es gibt 90000 obdachlose, 5000 tote, 20000 verletzte. 5000 bewohner/innen des zerstörten lagers mieh-mieh sind verschwunden. die situation in den eingekesselten lagern ist durch die monatelange blockade und das ständige bombardement total eskaliert; die palästinensischen menschen sterben vor hunger, an verseuchtem wasser, an epidemien, in den vom bombenhagel zerstörten bunkern.
der angriff auf die lager richtet sich gegen den kampf der revolutionären palästinensischen menschen um selbstbestimmung und gegen die besondere bedeutung der lager im libanon. den kampf um die befreiung palästinas führen die revolutionär/innen als kampf für die revolution im gesamten arabischen raum und weltweit. damit hat die palästinensische revolution sich zu einem orientierungspunkt für die unterdrückte klasse im libanon und international, und zu einem wichtigen faktor im internationalen klassenkrieg entwickelt. die lager sind der nährboden für den widerstand und beispiel für selbstorganisierung und befreiung zu zentren der revolutionären entwicklung im libanon geworden.
deshalb richtet sich der angriff gegen die lager und deshalb sehen die imperialisten die möglichkeit, über die niederlage der plo im lagerkrieg im internationalen kräfteverhältnis einen einbruch zu erzielen, und darüber einen schritt weiterzukommen, die region in den griff zu kriegen.
die zerstörung der lager und die entwaffnung der palästinensischen revolution sind teil der umfassenden nato-aufstandsbekämpfung im arabischen raum. sie gehen hand in hand mit dem politischen, ökonomischen und geheimdienstlichen druck der usa und der westeuropäer. der lagerkrieg ist dabei die eine seite. auf der anderen seite steht der versuch, die plo an den verhandlungstisch und unter jordanische herrschaft zu zwingen. dem dienen auch geheimdienstaktionen im libanon und die jagd des bnd auf palästinensische revolutionäre in syrien.

auch für uns als teil des revolutionären widerstands in der brd ist die palästinensische revolution ein wichtiger orientierungspunkt. uns verbindet nicht nur der kampf gegen den gemeinsamen feind, sondern auch der kampf um die gemeinsamen ziele: selbstbestimmung und kollektivität.
wir wollen an dem abschnitt hier in westeuropa die gegenmacht entwickeln, die die imperialistische krisenlösungsstrategie durchkreuzt. wir gehen von der starken entwicklung des revolutionären widerstands und der revolutionären front in westeuropa im letzten jahr aus, und wollen auf dieser grundlage unsere politik für die befreiung des menschen durch den menschen weiterentwickeln.

EINHEIT IM KAMPF FÜR DIE WELTREVOLUTION!

ZUSAMMENLEGUNG DER GEFANGENEN AUS RAF UND WIDERSTAND IN SELBSTBESTIMMTE GRUPPEN!

23.02.1987 Köln

Verhaftung und Isolationsknast wegen „terroristischer Vereinigung"

Politische Berichte 04/87

Bielefeld. Am 5.12.86 wurde Jens K. verhaftet. Voller Genugtuung schrieb das reaktionäre „Westfalen-Blatt" am 8.12.: „Freitagmorgen vier Uhr. Im dunklen Kamphof preschen Polizeifahrzeuge mit Wiesbadener Kennzeichen vor. Ziel ist das Haus Nordstr. 32. Beamte des BKA dringen in den Flur ein, Holz von Wohnungstüren splittert. Jens, 24, Student, Parterre links, wird festgenommen. Der Generalbundesanwalt verdächtigt Jens, Mitglied einer eigenständigen terroristischen Vereinigung zu sein, die der RAF zuarbeitet." Bei der Wohnungsdurchsuchung soll ein Schreiben gefunden worden sein: „Wir haben am 9.12. auf das Bürogebäude von Siemens einen Sprengstoffanschlag verübt." Woher der angebliche Hinweis auf Jens K. kam, ist bis heute nicht geklärt.

Nach der Verhaftung begannen sämtliche Bielefelder Zeitungen mit der Hetze insbesondere gegen die autonome Linke. „Jens hatte schriftliche Verbindungen zu in NRW einsitzenden RAF-Häftlingen." „Kampfparolen in Rot und Blau, zumeist mit Bielefelder Lokalbeziehung, an fast allen Gebäuden der Straße. Hier, wo unter anderem die Hausbesetzerscene Unterschlupf gefunden hat, wohnte er." „Die Wahl des Namens Philip Müller (aus dem Bekennerbrief, d. Verf.) läßt auf eine orthodoxe kommunistische Gesinnung der mutmaßlichen Bombenbauer schließen." (Zitate Westfalen-Blatt und Neue Westfälische Zeitung). Philip Müller war Mitglied der FDJ und wurde 1952 bei einer Demonstration von der Polizei erschossen.

Von dieser Hetze zeigten sich etliche Kräfte außerhalb des autonomen Spektrums beeindruckt. Das „Stadtblatt" ließ den als „links" geltenden Professor Klönne darüber referieren, daß „Terroristen" sich nicht die Namen von Kämpfern der Arbeiterbewegung als Bezeichnung für ihre kämpfenden Einheiten zu eigen machen dürften. Über die Kundgebung von 200 Leuten noch am Tag der Verhaftung berichtet das „Stadtblatt" kein Sterbenswort. Aufrufe zu Aktionen der Autonomen im Zusammenhang mit der Verhaftung werden nicht abgedruckt, Distanzierungen dagegen sehr wohl. Die TAZ erörterte in einem Artikel am 9.12., wer denn nun der Spitzel gewesen sei (Mutmaßung: Der Schornsteinfeger), ohne sich mit einem Wort kritisch zu der Verhaftung zu äußern.

Für den 30. Januar (Jahrestag der Machtergreifung der Hitler-Faschisten) riefen Autonome Gruppen zu einer Demonstration gegen „Repression und Sicherheitsgesetze" auf. Kundgebungsbeiträge der Antifaschistischen Koordination Bielefeld, der Gruppe Volkszählungsboykott und des Ausländerbeirates unterstützten die Demonstration, an der sich ca. 350 beteiligten. Aus einem Flugblatt der Autonomen: „Mit gezielten Maßnahmen ... soll aus Jens, wie aus allen Menschen, die sich dem Apparat von Unterdrückung und Herrschaft nicht beugen, ein für das Kapital genormtes Individuum gemacht werden."

Jens K. befindet sich zur Zeit in der JVA Frankenthal in der Nähe von Kaiserslautern in Isolationshaft. „Dieses still-sauber-sichere Modell hebt sich nur äußerlich von der Internierung von Menschen zur Nazizeit ab. Die Intention ist die gleiche, wer sich nicht einreihen läßt, findet sich im Lager wieder. Ausländer, Kommunisten, Anarchisten, sozialpolitische Querulanten." (Flugblatt der Autonomen) Jens schreibt über seine Haftbedingungen: „Ich bin in der Psychozelle in der Überwachung. Weder links, noch rechts, noch unter, noch über mir eine Zelle. Milchglasscheibe, Metallochplatte, Betonstreben – Fenster. Gegensprechanlage, wo alles abgehört werden kann, Geräuschkulissen wie perverse Gesprächsfetzen übertragen werden können. Wenn die Zellentür aufgemacht wird, stehen mindestens zwei Schergen vor der Tür, und nachts wird entweder nur die Klappe aufgemacht oder das Rollkommando kommt, das sind zwischen sechs und acht. Bei allen Gängen aus der Zelle gehen mindestens drei zur Begleitung mit. Kein anderer Gefangener ist zu sehen."

Im April sind im autonomen Arbeiterjugendzentrum (AJZ) Antirepressions-Tage geplant. Sie sollen der Diskussion der Forderungen dienen: „Für Aufhebung aller Sondermaßnahmen im Knast – Zusammenlegung aller politischen Gefangenen in selbstbestimmten Gruppen – Abschaffung der Zwangsarbeit in den Knästen – für die Abschaffung der Lagerhaltung bei Flüchtlingen und Asylbewerbern und ihren freien Aufenthalt." – (ads, bes)

BRD ist direkt an Erpressungen und Aggressionen beteiligt

Mit der Verhaftung von zwei Libanesen und einem Palästinenser in der BRD haben die BRD-Imperialisten eine neue Phase ihrer Einmischung in den Nahen Osten begonnen. Am 13. Januar wurde Mohammed Ali Hamadei auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet, weil er angeblich Sprengstoff mit sich führte und an der Entführung des US-amerikanischen Flugzeugs im Juni 1985 beteiligt gewesen sein soll. Eine internationale Fahndung, ausgelöst von den USA, soll bereits seit langem stattfinden. Die USA verlangen die Auslieferung Hamadeis, um ihn für die Flugzeugentführung zu verurteilen. Hamadei war den westdeutschen Behörden als Flüchtling, der Antrag auf Asyl gestellt hatte, bekannt. Er hat sich bereits eine Woche vor seiner Verhaftung in der BRD aufgehalten. Warum die Verhaftung zu diesem Zeitpunkt? Fest steht, daß zur gleichen Zeit westeuropäische Unterhändler und Vertreter im Libanon um die Freilassung von Entführten und um diverse Geschäfte verhandelten und daß der um Entführte verhandelnde anglikanische Bischof Waite die Verhandlungen durch Verhaftungen gestört sieht. Nach der Verhaftung Hamadeis werden der Hoechst-Manager Cordes und der Siemens-Techniker Schmidt im Libanon entführt. Danach verhaftet die westdeutsche Polizei Ali Abbas Hamadei, ein Bruder von Mohammed Ali Hamadei, er ist westdeutscher Staatsbürger und hatte seine Ankunft aus dem Libanon seiner früheren Frau telefonisch angekündigt. Gleichzeitig wird der Palästinenser Kassim in Saarlouis bei der Durchsuchung des Hauses, in dem Hamadei wohnte, festgenommen. Er hat Asyl in der BRD und lebt seit mehreren Jahren in Saarlouis. Über die Verhandlungen um die Freilassung von Cordes und Schmidt verhängt die Bundesregierung eine Nachrichtensperre. Die Behauptung, daß beide entführt worden seien, um Hamadei frei zu bekommen, ist von der Bundesregierung nicht bestätigt worden. Bekanntgeworden ist aber, daß die Entführer von vier US-Staatsbürgern die Freilassung jener 400 Libanesen fordern, die Israel 1985 nach der Kaperung des US-Flugzeugs verweigert hat. 1985 hatten die Entführer die Freilassung von 740 Li-

banesen gefordert, Israel hatte später 331 freigelassen. Beweise für die Beteiligung der Verhafteten an der Entführung des US-Flugzeuges 1985 oder der Entführung von Schmidt und Cordes sind bisher ebenfalls nicht veröffentlicht worden. Anscheinend sollen die zwei Libanesen und ein Palästinenser als Geiseln in westdeutscher Haft gehalten werden, damit die Bundesregierung Erpressung im Libanon ausüben kann. Sie will durch eigene Einmischung, durch Unterstützung der israelischen Aggression und Gewinnung interessierter Kräfte im Libanon gemeinsam mit den anderen westeuropäischen Imperialisten den Libanon befrieden und kontrollieren und jeden antiimperialistischen Widerstand in der Region liquidieren.

Tatsächlich ist die andauernde Aggression der US-amerikanischen und europäischen Imperialisten und deren Unterstützung für Israel die Ursache der blutigen Auseinandersetzungen im Libanon. 1983 nutzten die europäischen Imperialisten die Niederlage der PLO und des Libanon für eigenes militärisches Eingreifen. Sie installierten französische und italienische „Friedenstruppen" in Beirut. Die USA entsandten ebenfalls Truppen. Deren Einsatz wurde damals vom US-Kommando Europa (EUCOM) in Stuttgart geleitet, die BRD war damit genauso darin verwickelt wie später in den Überfall auf Libyen. Die israelischen Truppen und die christlichen Milizen konnten im Schutz der imperialistischen Verbündeten ihre Massaker fortsetzen. Wahrscheinlich ist, daß auch der jetzige Aufmarsch der US-Mittelmeerflotte vor der libanesischen Küste von Stuttgart aus geleitet wird, die BRD also wiederum direkt in militärische Aggression verstrickt ist. Die europäischen Mächte erörtern weiteres selbständiges Eingreifen (siehe auch Kasten).

Gegenüber allen antiimperialistischen Kräften in der Region findet eine regelrechte Einkesselung statt. Gegen Syrien üben die Imperialisten ständigen Druck aus, sie drohen mit Überfall, gleichzeitig locken sie mit Angeboten zur Zusammenarbeit. Bereits in der israelischen Aggression gegen den Libanon zeichnete sich ab, daß Syrien den direkten Krieg mit Israel vermeiden wollte, aber nicht bereit ist, sich den Imperialisten zu unterwerfen. Die Niederlage 1982 gegen die israelische Aggression hat die antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten tief gespalten, innere Kämpfe, wie die Belagerung der Palästinenser-Lager durch syrische und libanesische Truppen, sind die Folge. Die BRD-Imperialisten benutzen die Kämpfe sogleich zur Einmischung. Genscher hat sein Herz für Palästinenser entdeckt und ruft zu humanitärer Hilfe für die Lager auf, nachdem die Bundesregierung sich seit Jahren weigert, die PLO als Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Die Imperialisten sind allein verantwortlich, wenn antiimperialistische Kräfte versuchen, sich durch so verzweifelte Aktionen wie Geiselnahme zur Wehr zu setzen.

In der BRD ist die Kritik am Vorgehen der Bundesregierung schwach. Gegen die Verhaftung der Hamadei-Brüder und des Palästinensers Kassim war wenig öffentlich wirksame Kritik zu hören, und die politische und militärische Aggression der BRD gegen den Libanon und Syrien ist weitgehend unbeachtet geblieben. Stattdessen demonstrierten die Grünen vor der syrischen Botschaft, weitere, ähnliche Aktionen werden in einigen Städten der BRD diskutiert. Wenn sich die Aktionen nicht gegen die Einmischung der BRD wenden, werden sie dem Befreiungskampf der Palästinenser nichts nützen und der Aggression gegen Syrien nichts entgegensetzen.

Quellenhinweis: Times, 11.2.87; Archiv der Gegenwart, S. 28903ff. 1985; FAZ, 6.2.87 – (uld, rül)

Stationen einer Geiselnahme: Westdeutsche Pressestimmen

Ist die Verhaftung der Brüder Hamadei eine Verhaftung von Geiselnehmern, wie die Bundesregierung behauptet? Vieles spricht dafür, daß sie umgekehrt eine Geiselnahme durch die Bundesregierung ist.

„Das Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel' berichtet in seiner jüngsten Ausgabe, der frühere US-Sicherheitsberater McFarlane habe im vergangenen Jahr in Beirut mit dem mutmaßlichen Flugzeugentführer Hamadei über die Freilassung mehrerer im Libanon inhaftierter US-Bürger verhandelt, ohne daß er von Hamadeis Identität gewußt habe." („Die Welt", 9.2.)

„Der ‚Schlüssel' zur Lösung der Geiselaffäre liegt nach den Worten eines britischen Vermittlers, Waite, eines Emmissärs des Erzbischofs von Canterbury, ‚nicht in Teheran, sondern allein in den Händen der Entführer. Er gab bekannt, er sei mit Vertretern der proiranischen Bewegung ‚Islamischer Heiliger Krieg', welche amerikanische und französische Geiseln festhält, zusammengetroffen ... Waite sagte, es träten während seiner Mission immer neue Faktoren auf, welche ‚die Gleichung ändern' ... wie beispielsweise vergangene Woche die Verhaftung von zwei Personen in der Bundesrepublik Deutschland und Italien, die libanesische Pässe hatten." (FAZ, 21.1.)

Beide verhafteten Brüder Hamadei waren westdeutschen Staatsorganen seit langem bekannt und reisten schon aus familiären Gründen mehrfach vom Libanon in die BRD und umgekehrt. Ihre angebliche „Entdeckung" als gesuchte „Terroristen" wie ihre Verhaftung ist voller Merkwürdigkeiten.

„Am 13. Januar wurde ... Mohammed Ali Hamadei (22) auf dem Frankfurter Flughafen verhaftet .. Er lebte von 1983 bis 1984 in der Bundesrepublik, hatte mit einer Deutschen in Saarlouis eine Tochter, Jessica (2) ... Ein weiterer Bruder von Mohammed, Ali Abbas Hamadei (28), ist deutscher Staatsbürger. Er ist mit einer Deutschen verheiratet, hat ebenfalls eine Tochter, Amira (3), lebte mit ihnen bis vor einem Jahr in einem Einfamilienhaus bei Saarlouis." (Bild, 23.1.)

„Am 26. Oktober 1984 hatte Mohammed einen Asylantrag zurückgezogen. Als seine Tochter Lydia am 11. November getauft wurde, hielt er sich noch in Saarlouis auf. Einen Tag später wurde er auf Kosten der saarländischen Landesregierung nach Libanon ausgeflogen ..." (FAZ, 28.1.)

„Anfang dieses Jahres, eine Woche vor seiner Festnahme, tauchte Mohammed wieder in Saarlouis auf. Er kam am 5. Januar mit seinem Bruder Abbas, blieb eine Stunde und versprach, am kommenden Tag noch einmal vorbeizukommen. Mohammed kam nicht mehr. Abbas war seit diesem Tag verschwunden ...“ (FAZ, 28.1.)

„Abbas – so ging er in die Falle. Die Polizei war auf die Rückkehr von Abbas Hamadei vorbereitet. Er hatte seine Frau Maria, von der er getrennt lebt, aus Beirut angerufen und sich angemeldet. Er landete Montagabend in Frankfurt mit einer Maschine der ‚SwissAir‘ aus Genf. Die Beamten hatten eine vorgezogene Paßkontrolle aufgebaut: Abbas Hamadei wurde festgenommen.“ (Bild, 28.1.)

Noch eine Geiselnahme und beinahe ein Todesschuß:

„Bei der großangelegten Polizeiaktion wurden auch ... die Villa der libanesischen Kassim Familie in Merzig Brotdorf (observiert). Dieses Haus hat einen Anbau, den Abbas gemietet hatte. Die Beamten brachen die Eingangstür auf, nahmen die Eltern, die drei Töchter und vier Söhne fest.

Als der älteste, Adnan (23) fliehen wollte, schoß der Beamte ... Außer dem Vater sind alle wieder auf freiem Fuß.“ (Bild, 28.1.)

Was treiben Siemens und Hoechst im Libanon? Was könnte die Entführer bewegen, sich eines Hoechst-Managers in Beirut zu bemächtigen? Andeutungen aus der „Welt“:

„Der iranische Parlamentspräsident hat eine Hilfe bei der Lösung der diversen Entführungsfälle vom Wohlwollen der betroffenen Regierungen abhängig gemacht ... Er kann auf Echo hoffen ... Teheran braucht dringend Ersatzteile. Was liegt näher, als die europäischen Verbündeten der USA, vielleicht gerade die Deutschen, anzusprechen? Das umso mehr, als in Deutschland auch heiße Fracht für den Irak verladen wird, nämlich Pflanzenschutzmittel, die nach iranischer Darstellung in riesigen, aber streng abgeschirmten Fabrikkomplexen zu chemischen Kampfstoffen umgewandelt werden ... Teheran muß also ein Interesse daran haben, die Lieferungen des Rohmaterials für den chemischen Krieg Bagdads zu unterbinden.“ (Welt, 30.1.)

In der „FAZ“ spekuliert ein Ernst-Otto Maetzke über Probleme, aber auch Möglichkeiten der BRD aus Anlaß der Entführungen. Erstmals böte sich der BRD eine Gelegenheit, auch offiziell an einer militärischen Aktion der Imperialisten im Nahen Osten teilzunehmen.

„Vier herausragende westliche Industriestaaten ... sind gegenwärtig in der gleichen Bedrouille: Großbritannien, Frankreich, die Vereinigten Staaten und die Bundesrepublik wissen in Libanon ein Dutzend ihrer Staatsangehörigen in der Hand schiitischer Geiselnehmer oder deren Hintermänner ... Was hindert sie daran, ihr einzelstaatliches Krisenmanagement lückenlos zu koordinieren ... Daraus entstünde zunächst Nutzen nach innen. Die Vier würden sich gegenseitig in ihrem guten, aber wankelmütigen Vorsatz bestärken, nicht schwach zu werden ... Im deutschen Fall kommt der stereotype Vorhalt hinzu, daß die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Zweiten Weltkrieg Nachdenklichkeit, also Zurückhaltung gebiete. Wenn derartigen Reaktionen mit dem Hinweis begegnet werden könnte, daß vier demokratische Staaten aus ihnen gemeinsamer Gefahrenlage gleiche Schlüsse ziehen, wäre viel gewonnen ... Denkbar wäre auch, daß die westlichen Krisenstäbe sich gemeinsam darüber klar würden, wie einem Kleinkrieg ... begegnet werden kann. Gewiß nicht mit den Mitteln des großen Krieges ... Stattdessen müßten sich die angegriffenen Staaten ihrerseits auf die Mittel eines ‚Kleinkriegs‘ besinnen ... Sie könnten unschön aussehen ... Aber ohne bewaffnete Gegengewalt wird es nicht abgehen, und nur in Gemeinsamkeit werden die vier erpreßten demokratischen Staaten sie begründbar machen.“ (FAZ, 6.2.)

Der ehemalige israelische Generalstabschef und Verantwortliche der Libanon-Invasion wie der nachfolgenden Gemetzel in den Palästinenserlagern Shabra und Shatila empfiehlt weitere Geiselnahmen von imperialistischer Seite. Israel, mit der Forderung einer Freilassung von 400 seiner Gefangenen konfrontiert, nimmt bereits mit einem neuerlichen Piratenakt in internationalen Gewässern die nächsten Gefangenen.

„Der ehemalige israelische Generalstabschef Eitan hat jetzt gesagt, die Vereinigten Staaten sollten Geiseln entführen, um die Freilassung der im Libanon festgehaltenen Amerikaner zu erzwingen ... ‚Wir haben es in der Vergangenheit getan, wir hätten es noch einige Male mehr tun sollen‘, sagte er.“ (FAZ, 6.2.)

„Die israelische Marine hat vor der Küste Libanons ein kleines Handelsschiff mit 50 Palästinensern aufgebracht ... Das Schiff war in die libanesische Hafenstadt Chalde unterwegs.“ (FAZ, 9.2.)

Millionen-Coup der „Roten Brigaden"

1,5 Millionen bei Raubüberfall in Rom erbeutet / Zwei Polizisten getötet

SDZ 16.2.87 Von unserem Korrespondenten Klaus Arnsperger

Rom, 15. Februar

Bei einem Raubüberfall in Rom sind zwei Polizeibeamte ermordet und einer schwer verletzt worden. Der Überfall auf einen Lieferwagen der Post und ein Begleitfahrzeug der Polizei erbrachte für die Banditen eine Beute von einer Milliarde und 150 Millionen Lire, mehr als eineinhalb Millionen Mark. Ausgeführt wurde die Tat von einer Nachfolgeorganisation der in den siebziger Jahren bekannt gewordenen Mordbande der sogenannten Roten Brigaden. Ein anonymer Anrufer der Bande meldete sich wenige Stunden nach dem Überfall bei der Redaktion einer italienischen Zeitung und nannte als Urheber des Verbrechens eine „Kämpfende Kommunistische Partei", auf deren Konto auch der bisher nicht aufgeklärte Mord am früheren Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, vom 10. Februar 1986 gehen soll.

Die Banditen hatten sich in einer Vorstadtstraße Roms aufgestellt, durch die jeden Tag zu gleicher Zeit ein Lieferwagen der Post fuhr, um Bargeld zu Postämtern des Viertels zu bringen. Nach Zeugenaussagen eröffneten die Täter zuerst mit über 50 Schüssen aus Maschinenpistolen und Pistolen das Feuer auf die drei Polizisten in dem Begleitauto. Dann wurde von einem quer über die Straße gestellten Auto der Lieferwagen der Post ausgeraubt. Die fliehenden Postbeamten wurden nicht behelligt.

Der italienische Innenminister Scalfaro, der seit mehreren Wochen vor der Möglichkeit neuer politischer Mordtaten gewarnt hat, kritisierte die passive Haltung der Bevölkerung. Angeblich warnten die Banditen Minuten vor der Tat mehrere Passanten, sich in der Gegend aufzuhalten, da es zu einer Schießerei kommen könne.

TAZ 13.2

Bombe im griechischen Rechnungsamt

Athen (dpa) — Ein Sprengkörper verursachte Mittwoch nacht im staatlichen Rechnungsamt in der Athener Innenstadt erheblichen Sachschaden. Menschen kamen nicht zu Schaden. Zu dem Anschlag bekannte sich in anonymen Telefonanrufen bei griechischen Zeitungen die Untergrundorganisation „ELA" (Revolutionärer Volkskampf).

CCC-bundel „aangerijkt" met overval op kazerne

DS 9.2.87

BRUSSEL — De raadkamer van de korrektionele rechtbank van Marche-en-Famenne hevelde het dossier van de overval op de kazerne van de Ardense Jagers in Vielsalm over naar het parket van Brussel. Wapens, afkomstig van die overval, werden in de zomer van 1985 aangetroffen in een flat te Ukkel die gebruikt was door de terroristen van de Cellules Communistes Combattantes (CCC), het Revolutionair Front voor de Proletarische Aktie (FRAP) en het Franse Action Directe (AD).

In mei 1984 overvielen een aantal personen het wapendepot in de kazerne van de Ardense Jagers te Vielsalm. Ze schoten een adjudant neer en roofden een aantal FAL-geweren en een FALO-wapen. Het onderzoek leverde geen enkel bruikbaar spoor op tot de Sectie-Terrorisme van de Brusselse BOB, de GIA-AGG en de Groep Diane in augustus 1985 een terroristenflat ontdekten in de Landhuisjesstraat te Ukkel. Men vond er twee FAL's en de FALO van Vielsalm.

Na de arrestatie van de vier CCC'ers op 16 december 1985 bleek dat één van hen, Bertrand Sassoye, enkele jaren voordien een deel van zijn legerdienst volbracht had in de kazerne te Vielsalm (tot hij deserteerde en onderdook bij CCC-leider Pierre Carette). Sindsdien vermoedt het gerecht dat Sassoye niet enkel aan de terreurorganizaties de tip gaf om in Vielsalm wapens te stelen, maar zelf ook de rooftocht leidde.

Al in de herfst van verleden jaar had de Brusselse onderzoeksrechter Francine Lyna (bevoegd in het CCC- en FRAP-onderzoek) enkele weken lang officieus het dossier-Vielsalm in haar bezit. In december stuurde ze het bundel terug naar het parket van Marche, met de vraag om het definitief en officieel over te hevelen naar Brussel.

Het gerecht van Marche heeft het dossier voorgelegd aan de plaatselijke raadkamer die de onderzoeksrechter ontlastte van het onderzoek en besliste dat het hele bundel dient overgemaakt aan het Brussels parket. Daar zal het, vermoedelijk vandaag, aankomen bij de antiterreurchefs André Vandoren en Patrick Duinslaeger. Die zullen het doorspelen naar onderzoeksrechter Lyna.

Nog in verband met de overval in Vielsalm meldde de Waalse krant Vers l'Avenir vorige week dat de granaat die begin januari in Parijs was gebruikt bij een mislukte aanslag op de Franse anti-terreuronderzoeksrechter Bruguière, afkomstig was van de roof in de Ardense kazerne. Dat is onjuist want in Vielsalm werden geen granaten ontvreemd, aldus gerechtelijke kringen. (HDK)

SDZ 13.02.87

„Revolutionäre Zellen" geben Bombenversteck bekannt

Die terroristische Vereinigung „Revolutionäre Zellen" hat in einem zweiten Schreiben an die Deutsche Presse-Agentur (dpa) das Versteck zweier von ihr gelegter Bomben bekanntgegeben. Die Polizei fand die Bomben an den Standbeinen eines rund 40 Meter hohen Gittermastes einer 360-Kilovolt-Leitung, eineinhalb Kilometer von der Ortschaft Eschede (Kreis Celle) entfernt. Eine Bombe war bereits explodiert. Ende Januar war der erste Brief der Gruppe bei dpa eingegangen, ohne daß es der Polizei gelungen war, die Bomben zu finden. In dem Brief war die Sprengung des Mastes angekündigt worden, um – wie es hieß – die Stromversorgung eines in dieser Gegend liegenden Rüstungsbetriebes von Rheinmetall zu unterbrechen.

Doppelte terroristische Gefahr für Frankreich.

-Action Directe:Die Richter sind Zielscheiben.
-ASALA:Wiederaufnahme der Attentate wenn...

-Die ultralinke terroristische Gruppierung Action Directe droht die "Spezialabteilungen" zu vernichten, das heisst die Staatsanwälte anzugreifen die im Justizpalast von Paris an der Arbeit sind,die Sachen über Terrorismus zu zentralisieren.Diese Drohung war dem Text beigefügt, der darauf abzielte sich zum Mord am ehemaligen Direktor der Regie Renault, Georges Besse zu bekennen. Dieser von der AFP erhaltene Brief erhält seine ganze Bedeutung einige Tage vor der Prozesseröffnung des vermuteten Anführers der libanesischen revolutionären bewaffneten Fraktionen, Georges Ibrahim Abdallah.1982 als die Farl amerikanische und israelische Diplomaten in Frankreich ermordete (Misstaten die vom 23. Februar an in Paris abgeurteilt werden) hatte die Polizei ideologische und logistische Verbindungen zwischen Action Directe und den libanesischen Terroristen festgestellt.So wird es bestimmt kein Zufall sein wenn sich Action Directe vor dem Beginn des Prozesses gegen den Anführer dieser libanesischen Terroristen wieder meldet und dies ebenfalls einige Wochen vor dem Beginn einer neuen Serie von Gerichtssitzungen gegen Régis Schleicher, die Nummer zwei des französischen Terrorismus.Und gestern hat sich eine terroristische Gruppe, die Asala,die in die libanesische Lage eingebunden ist,als Zeichen eines weiteren Einverständnisses, dazu bereit erklärt die Attentate gegen Frankreich und die französischen Interessen wieder aufzunehmen, wenn Abdallah nicht in Freiheit gesetzt würde.
Also eine Konvergenz der Drohungen und der Versuch von Action Directe zu erklären warum Georges Besse am 17.November durch vier Schüsse in Paris getötet wurde.Und dies mittels eines maschinengeschriebenen Textes von 26 Seiten der an die französische Presseagentur geschickt wurde.Der Text fängt auf Anhieb so an:
"am 17. november hat das kommando pierre overney, indem das "tier" besse beseitigt wurde, im herzen selber des stärksten widerspruchs innerhalb des allgemeinen konsens der befriedigung und ausbeutung zugeschlagen und dies im sinn der offensive die in westeuropa durch die guerilla und die revolutionäre bewegung ausgelöst wurde."
Diese Aktion "hat die wichtigste und zentrale phase der zweiten offensive der guerilla und der revolutionären bewegung abgeschlossen", fügt AD hinzu. Mehr als eine Seite ist der Karriere von Georges Besse gewidmet, "vorgeschobenes element der bürgerlichen unterdrückung" und nicht weniger als vier Seiten an Renault "die sich seit 45 immer im herzen der hauptwidersprüche der kapitalistischen produktionsweise befindet".
Nach AD schreibt sich die Ermordung von Georges Besse in einen internationalen Zusammenhang ein, daher auch der Ausdruck:'internationalistische Fraktion' die mit der westdeutschen Roten Armee Fraktion verbunden ist.

Action Directe desolidarisiert sich von den Aktionen gegen Peyrefitte und Bruguière.

Das interessanteste Element dieses Textes ist die Tatsache dass AD jede Verantwortlichkeit in den versuchten Anschlägen gegen den ehemaligen Jusizminister Alain Peyrefitte (am 15.Dezember 1986) sowie gegen den Richter Bruguière (am 5.Januar 1987) ableugnet.
"in der annahme dass es das werk revolutionärer ist und nicht von pasqua und pandrauds geheimpolizisten", wie in dem Text steht.
In dem Fall von Peyrefitte versichert AD:
"peyrefitte, tragische micky maus der provinz, obwohl er vom ganzen proletariat als notorisches schwein angesehen wird, hat nicht die strukturelle und politische rolle die man ihm im allgemeinen zugesteht".
Für den Richter Bruguière, wird die Aktion "als gipfel der politischen unbeständigkeit" bezeichnet, denn "versuchen diesen richer zu töten, bedeutet zu behaupten dass seine aktion für die revolutionären kämpfer gefährlich war oder ist, obschon er beim aufbau der sonderabteilungen ausgeschlossen wurde".

Eine besondere Erwähnung bezieht sich auf die "rückkehr der sonderabteilungen"(diese waren während der Vichyregierung im zweiten Weltkrieg errichet worden um die Widerstandskämpfer zu verurteilen.)
AD bezieht sich somit auf einige Anordnungen des Grossiegelbewahrers Alain Chalondon, wie die Zentralisierung der Untersuchung und der Verfolgung in Sachen Terrorismus.
Dieser langer Text behandelt ausserdem zahlreiche aktuelle Punkte:Streiks der

SNCF,Schüler-, und Studentenbewegung, Fehler der Polizei sowie den Aufruf "die kommunistische organisation aufzubauen".
Dieser Text errinnert auch an das fehlgeschlagene Attentat gegen Guy Brana, Vize-Präsident des CNPF sowie den Anschlag gegen den Sitz von Interpol.Er bezieht sich ausserdem auf das Attentat gegen Karl-Heinz Bekurts und Gerold von Braunmühl, die durch die RAF getötet wurden.
Action Directe schliesst mit diesen vier Aufrufen:
"die direkte aktion der arbeiter gegen die individualisierungs-, und unterdrückungspolitik die vom kapital geführt wird, verallgemeinern.
die kommunistische organisation aus den fabriken und vierteln ausgehend, aufbauen.
die sonderabteilungen vernichten.
die politisch-militärische front in westeuropa als teil der weltweiten auseinandersetzung zwischen dem internationalen proletariat und der imperialistischen bourgeoisie aufbauen".

-ASALA:Wiederaufnahme der Attentate wenn...

Einige Tage vor der Wiederaufnahme des Prozesses Abdallah, hat sich der terroristische Druck gegen die französische Regierung wieder verstärkt.Die Asala hat sich zum ersten Mal seit vier Monaten wieder gemeldet.Die Asala war eine der Bewegungen die im September an der terroristischen Erpressung gegen Frankreich beteiligt war.In einem Kommuniquédroht diese Organisation ihre terroristischen Aktionen wieder aufzunehmen:
"die explosionswelle wird wieder in den strassen frankreichs beginnen, wenn die französische regierung nicht unsere und arabische militanten freilässt" steht in dem Text, der hinzufügt:
"alle französischen interessen werden ziele sein, wir werden die wirtschaftlichen zentren sabotieren und die häfen und flughäfen werden als militärische zielscheiben betrachtet werden".
Diese Drohung ist nicht neu.Als am 6.Oktober in Paris,fünfzehn Franzosen und Libanesen armenischer Herkunft verhaftet wurden, hatte die Asala schon behaupet den Flugverkehr sowie Schiffahrt und Eisenbahnnetz anzugreifen.Und zum wiederholten Mal forderte sie:
"die befreiung der drei militanten :VAROUDJIAN GARBIDJIAN, GEORGES IBRAHIM ABDALLAH und ANIS NACCACHE".

Dies alles schreibt sich in die blutige Entwicklung dieser Organisation ein, die 1975 gegründet wurde und die ihre terroristischen Aktionen mit dem armenischen Genozid von 1916 rechtfertigt.Ihre marxistische Entwicklung hat sie im Lauf der Jahre dazu gebracht sich den härtesten palestinensischen Bewegungen anzunähern: die von Abou Nidal und des islamischen Djihad.

Le Figaro / Républicain Lorrain 12/02/1987

Double menace terroriste sur la France

Action directe : les juges pour cible

Le groupuscule français de l'ultra-gauche qui revendique l'assassinat de Georges Besse, l'ex-P.-D.G. de Renault, annonce son intention « d'anéantir les sections spéciales » du parquet chargé de la lutte antiterroriste.

Tracts signés

Barbouzes

A.S.A.L.A. : reprise des attentats si...

Les extrémistes arméniens exigent la libération rapide de trois terroristes detenus en France, Georges Ibrahim Abdallah, Garbidjian Varoudjan et Annis Naccache.



VS burgerlijke partij tegen vermoedelijke top-terrorist

DS 21.02.1987

Parijs beeft bij start van proces-Abdallah

Van onze verslaggever

PARIJS — Duizend extra-gendarmes zijn ingezet in Parijs, waar maandag het langverwachte proces begint tegen de Libanees Georges Ibrahim Abdallah, de vermoedelijke leider van de terreurgroep FARL. Iedereen vreest dat de Abdallah-clan de Franse hoofdstad opnieuw in vuur en vlam zal zetten, zoals in september 1986 toen er bij bomaanslagen in warenhuizen en spoorwegstations tien doden en 160 gewonden vielen in een goeie week tijd. Of het zo'n vaart loopt, valt nog te bezien: meer dan één teken wijst erop dat Frankrijk — waarvan in Libanon nog steeds brugers gegijzeld worden — in het geheim een overeenkomst heeft gesloten waardoor de top-terrorist al heel binnenkort zou kunnen vrijkomen.

Om twee andere redenen nog krijgt het proces-Abdallah extra-belangstelling. Het assisenhof, dat volgende week moet oordelen over de schuld van Abdallah, zal voor de eerste keer samengesteld zijn uit beroepsmagistraten. En de ambassade van de Verenigde Staten heeft zich burgerlijke partij gesteld.

Abdallah zelf schijnt ten volle de draagwijdte te begrijpen van dit proces, en zijn rol te willen spelen tegenover de publieke opinie, die meer dan honderd journalisten uit de hele wereld heeft laten akkrediteren in het Justitiepaleis.

In een zeven bladzijden tellend manuskript, dat wordt afgedrukt in het gisteren verschenen nummer van het Franse weekblad *Le Nouvel Observateur*, spuwt Abdallah al zijn haat tegen de „joods-kristelijke beschaving" die hem nu wil berechten. „Wat voor een sereniteit, wat voor een onafhankelijkheid is het", zo vraagt hij in dit pamflet, „die oorlogshandelingen wil beoordelen los van het proces van imperialistische agressie tegen ons volk?"

De legitimiteit van de rechtbank verwerpt Abdallah al bij voorbaat, nu de VS zich opwerpen als „verdediger van de zogenaamde slachtoffers". En over de inschikkelijkheid van zijn rechters maakt hij zich geen begoocheling: „De tolerantie van het Westen wordt georkestreerd op de kadans van de obussen uit de New Jersey of de F-111-s".

Dat soort kloeke taal geeft wellicht een voorsmaakje van het verloop van dit proces. De volle maat van de afgrond tussen Abdallah en zijn rechters legt hij bloot in zijn officieuze akte van verdediging: nu reeds kleeft er bloed aan de handen van de rechters, het bloed van 25.000 doden in Beiroet tijdens de Israëlische invasie van 1982...

Twee moorden

Georges Ibrahim Abdallah wordt beschuldigd van medeplichtigheid aan twee moorden en aan moordpoging.

Op 18 juli 1982 werd lt.-kol Robert-Charles Ray, adjunkt-militair attaché op de VS-ambassade in Parijs, doodgeschoten voor zijn woning aan de Boulevard Emile-Augier. De 3de april van hetzelfde jaar werd Yakov Barsimantov, tweede sekretaris en verantwoordelijk voor politieke zaken op de ambassade van Israël, doodgeschoten door een vrouw in de hal van zijn woning aan de Avenue Ferdinand-Buisson. En op 25 maart 1984 werd de Amerikaanse konsul in Straatsburg, Robert Onan Homme, het slachtoffer van een moordpoging.

De drie aanslagen werden opgeëist door de FARL, de Libanese Gewapende Revolutionaire Frakties die, naar men aanneemt, in 1980 werden opgericht door Georges Ibrahim Abdallah. In feite, zo blijkt uit een verslag dat de Franse contraspionage DST (reeds!) in 1982 opstelde, bestaat de FARL bijna uitsluitend uit leden van de familie-Abdallah: een clan van kristelijke Libanezen uit de dorpen Kobayat en Andakat, in de Akkarvlakte van Noord-Libanon. Sedert 1976 staat dat gebied onder de kontrole van Syrië. Het is in pro-Syrische Libanese partijen en aktiegroepen die bij Syrië aanleunen, dat Georges Ibrahim Abdallah de jongste twintig jaar wordt gesitueerd.

Georges Ibrahim wordt door uiteenlopende bronnen beschreven als een man van de daad, maar met een gedegen politieke bagage. Vóór 1980 werkte hij in het FPLP van Georges Habbash, en nadien zou hij gedurende twee jaar in West-Europa een waar netwerk van onderduikadressen, opslagplaatsen en bankdeposito's hebben georganizeerd vooraleer vanaf 18 juli 1982 met de aanslag op Ray voor het eerst in de openbaarheid te zijn gekomen.

In het dossier worden banden aangewezen met topterroristen als Waddid Haddad, van wie bekend is dat hij de politieke leiding verzorgde van aanslagen door „Carlos" tegen de OPEC-ministers in Wenen (1975) en de kaping van de Air France-Boeing in Entebbe (1976). Voor het opzetten van zijn netwerk maakte hij vanuit Libanon een 50-tal reizen, onder acht verschillende identiteiten.

CCC

Ook met de Rode Brigades in Italië en met Action Directe in Frankrijk worden banden van Abdallah aangewezen. Springstoffen voor FARL-aanslagen waren in sommige gevallen af-

komstig van de fameuze explosievenroof in het Belgische Ecaussines, waar de CCC zoals ze zelf in haar pamfletten toegeeft, een belangrijke rol bij speelt.

De politie is trouwens niet verbaasd over banden tussen de clan-Abdallah en de vermoedelijke CCC-leider Pierre Carette: twee broers van Georges Abdallah, met name Robert en Maurice, studeerden in 1984 aan het Hoger Instituut voor Vertalers en Tolken in Brussel. Althans, zij betaalden er het inschrijvingsgeld van 60.000 fr., maar naar het schijnt blonken zij niet uit door hun aanwezigheid in de kursussen...

Dat Georges Ibrahim Abdallah, door zijn politieke scholing en zijn militaire aktiviteit, tot het kleine groepje van de professionele terroristen moet gerekend worden, is overduidelijk geworden in de drie bomcampagnes die in december 1985, in februari-maart 1986 en vooral in september van verleden jaar heel Frankrijk deden opschrikken. De reeks bomaanslagen, die binnen de tien dagen 10 doden en 160 gewonden had geëist, stopte abrupt op 17 september 1986, volgens alle aanwijzingen nadat de Franse regering een bestand had gesloten waarbij zowel de gijzelaars in Libanon, het lot van Abdallah, en politieke en militaire steun aan Syrië en Algerië een rol hebben gespeeld. Ook de houding van Frankrijk in de Golfoorlog en zijn steun aan Irak werd daarbij genoemd.

Volgens het gezaghebbende dagblad *Le Monde* hield het „bestand" o.a. in dat de Abdallah-clan zich tot eind februari 1987 zou onthouden van aanslagen in Frankrijk, en dat het proces tegen Georges Ibrahim Abdallah in zijn voordeel zou kunnen uitdraaien. *La justice est, certes, apparemment libre*, voegde de krant eraan toe...

Dat Georges Ibrahim Abdallah een professioneel terrorist is, wordt niet betwijfeld, maar het bewijsmateriaal tegen hem betreffende de drievoudige beschuldiging is zwak, en steunt vooral op het terugvinden in zijn flat van het moordwapen. Zijn vriendin die voortvluchtig is, zou een veel grotere rol kunnen gespeeld hebben.

Verbazend

Op meer dan één punt vertoont het dossier merkwaardige, en verbazende aspekten. Abdallah is zichzelf op 24 oktober 1984 gaan aangeven bij de politie in Lyon, omdat hij zich bedreigd voelde door agenten van de Israëlische geheime dienst Mossad (in feite werd hij achtervolgd door inspekteurs van de... Franse contraspionage). In het daaropvolgend proces voor de korrektionele rechtbank werd hij slechts tot vier jaar veroordeeld wegens bendevorming.

Vreemd is ook dat Abdallah pas drie jaar na de moord op Ray hiervoor werd beschuldigd. En de moord op Homme werd hem pas zeer onlangs, op 10 november 1986, in de schoenen geschoven. Ook staat vast dat de prokureur virtueel een vordering tot buitenvervolgingstelling had opgesteld toen de burgerlijke partijstelling door de VS, pas in de zomer van 1986, zorgde voor het onderzoek van bewijsmateraal dat tot dan in een lade was blijven liggen.

De grote politieke belangen die op het spel staan, de Franse gijzelaars die in Libanon worden gevangen gehouden, het zwakke bewijsmateriaal tegen Abdallah, en de bizarre kanten in een gerechtelijk dossier dat bedekt blijft door de schaduw van o.a. de Franse geheime diensten en de contraspionage, zouden ertoe kunnen leiden dat de beroepsrechters van het biezondere assisenhof slechts een milde straf uitspreken, b.v. zes of zeven jaar. Vermits Abdallah sedert oktober 1984 in voorarrest zit, kan hij kort na het arrest al de helft van zijn straf hebben uitgezeten.

Georges Ibrahim Abdallah zou dan over zeer korte tijd al kunnen vrijkomen en over de grens worden gezet, er zou „niet toegegeven" zijn aan terroristen, Frankrijk zou ontsnappen aan de zo gevreesde nieuwe bommencampagne, en „rechtvaardigheid" zou zijn geschied.

Mon VANDEROSTYNE

ORGAN OF THE ARMENIAN SECRET ARMY FOR THE LIBERATION OF ARMENIA



Ab jetzt erhältlich über De Knipselkrant: die englische Ausgabe des Organs von ASALA: Armenia.
Diese Broschüre erscheint unregelmässig und ist gegen die geringe Vergütung von 1,50 DM zu bestellen.
Diejenigen die hierauf ein Abonnement wünschen, können das der Redaktion mitteilen, und vorausgesetzt dass sie ein positives Saldo bei der Knipselkrant haben, wird jede Ausgabe dann automatisch zugeschickt.

INTRODUCTION

In recent years, there has been a resurgence of left-wing terrorism in the northeastern United States. Issue-oriented groups, dormant since the end of the Vietnam War, have reemerged to champion new causes, and new groups have formed. These new groups have claimed responsibility for sixteen bombings in the New York and Washington, D.C., metropolitan areas during the past four years. In New York, multinational corporations, military facilities, and government offices have been the primary targets. Attacks have been carried out against branch offices of IBM, Honeywell, Motorola, Union Carbide, and General Electric, as well as the local FBI office, a Navy recruiting station, a Naval Reserve Center, and a National Guard armory. In Washington, D.C., the Senate wing of the U.S. Capitol was bombed, as were the Navy yard and a Navy recruiting station.

Although the exact composition of the new groups is not known, law enforcement personnel believe that all of these organizations are in some way related to the Black Liberation Army (BLA). They base this conclusion on several facts:

1) the wording of communiques issued by the new groups is extraordinarily similar to that used by the BLA;
2) identical types of weapons are employed by the groups; and
3) the new groups and the BLA generally select targets of similar symbolic significance.[1]

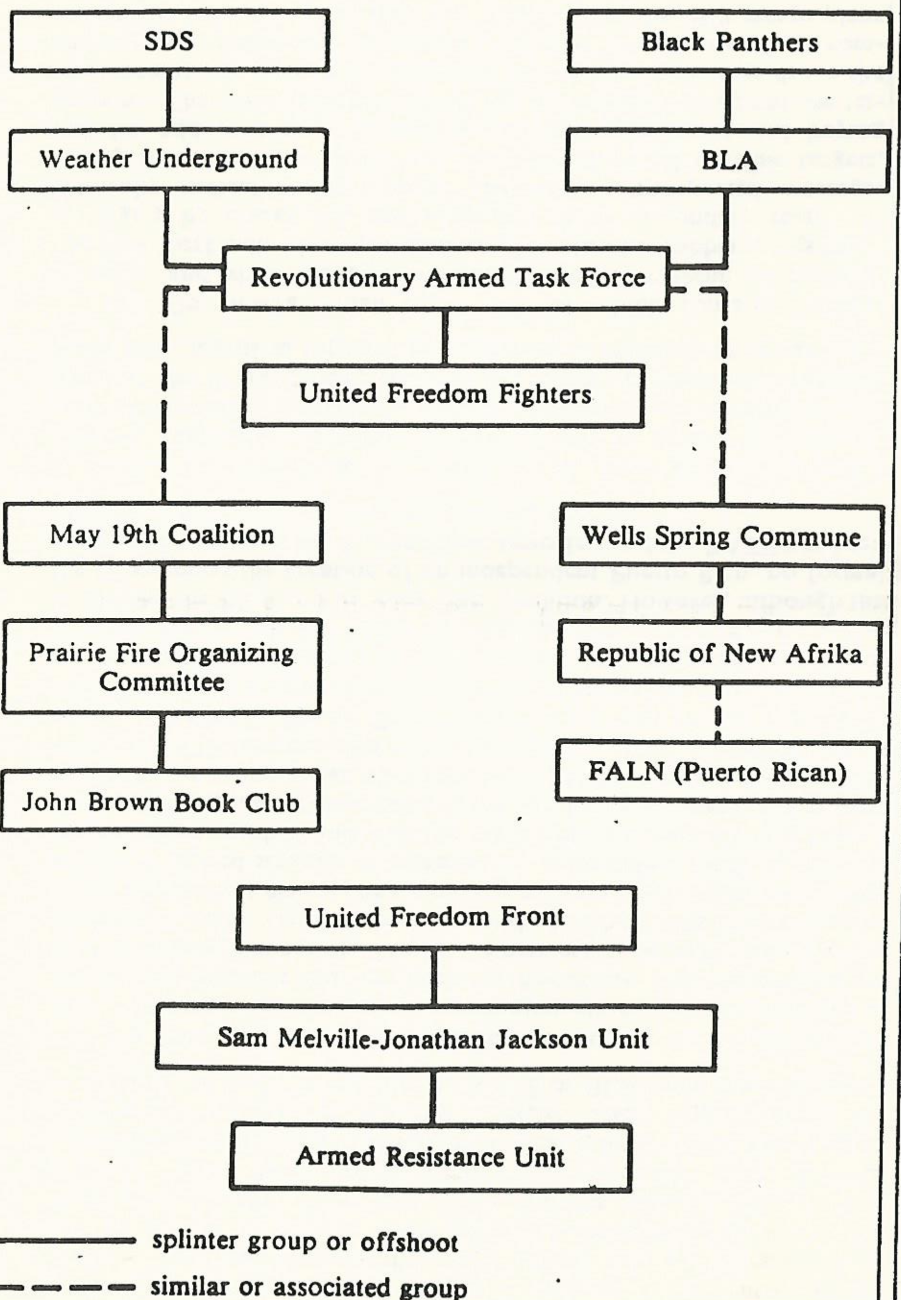
The major indigenous left-wing terrorist groups are shown in Fig. 1.

The leftist terrorists can generally be described as "uniformly anti-U.S., anti-imperialist organizations that believe that the root causes of the world's ills lie in America's exploitation of non-White Third World peoples."[2] Their targets — banks, corporate offices, and military facilities — are chosen to publicize the terrorists' cause and existence, as well as to symbolize their anti-imperialist/anti-capitalist ideology. Operations are staged to generate what the terrorists refer to as "armed propaganda."[3] The rationale behind this use of terrorism is explained by Thomas Manning, a member of the United Freedom Front:

> A few years back, somebody bombed the South African airlines office. Not long after, somebody bombed a South African building. That draws a lot of attention to those kinds of places. It wasn't long after that that people started demonstrating in front of the South African embassy — now that's popular.[4]

Other types of operations, designed to acquire operational funds, include armed robbery of banks and armored cars as well as narcotics

IN TERMS OF THE ENEMY



trafficking.[5] Bank robbing appears to be the leftists' principal, and most lucrative, source of income.[6]

THE REVOLUTIONARY ARMED TASK FORCE

The abortive holdup of a Brinks armored truck in Nyack, Rockland County, New York, in October 1981 furnished the first evidence of the cooperative bonds that had been forged between white radicals and black extremists.[7] Until that time, police and federal authorities had assumed that the variety of small, radical leftist groups that had periodically surfaced since the end of the Vietnam era were wholly separate and distinct, with no connection to other terrorist organizations in this country. The Brinks robbery, however, brought to light evidence that two of America's most notorious revolutionary groups, the largely white Weather Underground and the exclusively black BLA, had formed an alliance known as the Revolutionary Armed Task Force (RATF).[8] Although the exact date of this merger is unclear, it is believed that the two groups established formal relations sometime after BLA leader Joanne Chesimard's escape from a New Jersey prison in 1979.[9]

The RATF was responsible for the Brinks robbery, and police raids on safehouses used by the robbers uncovered documents that revealed the merger of the Weather Underground and the BLA. In itself, the merger was unprecedented. During the era of the Vietnam War, white leftist radicals and black militants with similar ideological orientations were unable to establish cooperation. Despite the radicals' efforts, their black counterparts tended to resent the whites' affluent suburban backgrounds and disparaged them for exhibiting "revolutionary pretensions" and for lacking a true commitment to achieving political change by whatever methods, specifically, violent methods, were necessary.[10]

The inability to conclude an agreement eventually spawned a series of internal disputes within the Weather Underground which finally compelled one faction to break away from the aboveground support apparatus, known as the Prairie Fire Organizing Committee, in 1975 and form a new group called the May 19th Coalition (sometimes referred to as the May 19th Communist Organization).[11]

The May 19th Coalition perceived its mission as the development and strengthening of links between politically militant blacks and Hispanics and their white ideological counterparts. It has largely become the aboveground political support apparatus of the RATF and the BLA. Its spokesperson, Judith A. Clark, participated in the Brinks robbery and is presently serving a sentence in New York's Woodbourne penitentiary. Clark is also alleged to have represented the May 19th Coalition at a conference sponsored by the PLO in Beirut, Lebanon, a month before the bank robbery.[12]

The May 19th Coalition actively pursues its aims in America's prisons, recruiting black criminals in the prisons and recently paroled convicts. The Coalition typically establishes contact by offering black inmates free legal services and counseling. The prisoners who accept this offer are gradually drawn into "consciousness raising" meetings and seminars run by other inmates, where they receive rudimentary political indoctrination into the terrorists' ideological beliefs. Those who start to recognize their "victimization" by a "racist" and "unjust" society are earmarked for recruitment into the RATF or BLA upon their release.[13]

The May 19th cadres also function as couriers for the RATF and BLA, running a tight clandestine communications network among the imprisoned terrorists and their peers on the outside. This has enabled the BLA to maintain cohesion. The RATF network appears to extend across the United States. Ties have been established with the Mississippi chapter of the Republic of New Afrika groups (a militant black organization that advocates armed struggle to establish an independent black country in the American south[14]) and with the Wells Spring Commune (a group of paroled black prisoners operating in the San Francisco area). A van used in the Brinks robbery was traced to the Republic of New Afrika group, while an RATF member who participated in the robbery reportedly was a guest of the Wells Spring Commune during a visit to San Francisco. These groups share arms and intelligence, provide safehouses, and assist in the planning and execution of operations, including prison escapes. William Morales, an FALN bomber, was aided in his escape from prison in 1979 by the BLA and the May 19th Coalition. However, although the RATF supports the creation of an independent Puerto Rico, no formal cooperation between the Puerto Rican terrorists and the RATF has been detected beyond that of fraternal political support.[15]

There are believed to be fewer than 50 active RATF members.[16] However, the group is highly disciplined and its limited membership makes it virtually impossible to infiltrate. Evidence uncovered in connection with the Brinks holdup reflected the security precautions, organizational skill, logistical support, and operational expertise of the group.

In 1976, several small cells, each of which contained black, Hispanic, and white members, were established throughout the country. The New York cell, which participated in the Brinks' robbery, was headed largely by blacks but was supported by a "secondary team" of politically radical white women. The women transported messages among safehouses and cells, surreptitiously surveyed possible targets, and did odd jobs such as renting cars and apartments and buying weapons. The black members of the cell apparently carried out the terrorist operations themselves, although the women sometimes drove the getaway cars. Respectably dressed and looking like housewives or commuters, the women were an essential component of the cell's escape plans and operations.[17]

The New York cell is thought to have accumulated an estimated $1

million from bank robberies between 1976 and 1981. The money was used for safehouses, food, and other living expenses, as well as weapons and drugs; $100,000 was used to lease a three-story building in Harlem that ostensibly served as an acupuncture clinic but in fact concealed an arms warehouse and a narcotics distribution center.[18]

When police raided a network of RATF safehouses in New York, they discovered detailed documents on several private companies and multinational corporations that were doing business with South Africa. It appears that the group was planning a terrorist campaign against American businesses involved in such dealings.

Apartheid in South Africa has long been an important issue among black militants and white activists in the United States, one that provides a common cause cementing the sometimes tenuous bonds that unite them. A few weeks before the Brinks robbery, a May 19th Coalition member had organized a violent demonstration at New York's JFK Airport to protest the arrival in the United States of the South African rugby team. During the team's nationwide tour, bombs exploded at the American Rugby Union offices in upstate New York and in Indiana. In December 1981, simultaneous bombings hit the South African Airways freight offices at JFK and an IBM office in Harrison, New York. The bombings were claimed by the hitherto unknown United Freedom Fighters, a name that may have been just a cover for RATF operations against or concerning South Africa. IBM was claimed to have been bombed because of its extensive investments in that country.[19]

Exactly a month later, a bomb exploded at the FBI office in New York. This attack was claimed by the Revolutionary Fighting Group, probably another pseudonym used by the RATF.[20] Terrorist groups often use different names in claiming responsibility for attacks, both to give an exaggerated impression of strength and numbers and to inhibit federal authorities from bringing charges against the terrorists. Under current laws, individuals linked to one group cannot be indicted for a bombing committed by another group unless they can be directly tied to that group — and this is not possible if the group exists only on paper.

On May 11, 1985, federal authorities arrested Marilyn Jean Buck, one of the Brinks robbery suspects who had been still at large. A search of Buck's apartment in Baltimore and other safehouses in Pennsylvania, New York, and Connecticut uncovered explosives, timers, weapons, cash, and false identity papers, and stolen vehicles were found in nearby garages. In addition, according to the FBI, "very detailed" plans to bomb at least a dozen federal offices in Washington — including the Old Executive Office Building where Vice-President Bush's office is located and a building at the U.S. Naval Academy — were found in a file drawer marked "in progress." The evidence linked Buck and two accomplices to sixteen bombings that had occurred in New York and Washington since 1982, including the bombing of the U.S. Capitol.[21]

UNITED FREEDOM FRONT

. The United Freedom Front (UFF), a group apparently formed to protest U.S. involvement in Central America (not to be confused with the United Freedom Fighters), first came to public attention on May 12, 1983, when it claimed responsibility for bombing an Army Reserve Center in Uniondale, New York. The following night, the group struck again, bombing the Naval Reserve Center in Queens. Two more bombings of military facilities were carried out in 1983, one against a National Guard Armory in the Bronx and the other at a Navy Recruiting Center in East Meadow. In December 1983, the group claimed responsibility for two bombs that exploded in front of the Honeywell offices in Queens. A caller stated that the Honeywell bombs were set off to protest U.S. policy in Central America.

On January 12, 1984, a spokesperson for the UFF called UPI and directed federal agents to a mailbox in Brooklyn, which contained a communiqué that explained the group's mission to "protest U.S. imperialism around the world" and promised future bombings.[22] The Pentagon later warned 22 top defense contractors about the possibility of bombing attacks by terrorist groups.[23] On March 19, 1984, the UFF exploded its tenth bomb in the New York metropolitan area, this one at an IBM facility in the town of Purchase. This was the third attack by the group against IBM. Literature was left at the site of the blast, decrying the relationship between the United States and South Africa. The most recent operation claimed by the group took place on September 27, 1984, when the offices of Union Carbide in Tarrytown, New York, were bombed. An FBI agent explained that the group was attacking, "what they perceived as the injustice of imperialism around the world and specifically Union Carbide for business dealings in South Africa."[24] Less than 24 hours earlier, a group calling itself Guerrilla Resistance took credit for a bomb that wrecked part of the South African consulate in New York City.

On March 13, 1985, seven members of the UFF were indicted on charges of bombing a total of ten businesses and military installations in the New York area. Five of the defendants had been arrested in Ohio in November 1984, including Raymond Luc Levasseur, a member of the Sam Melville-Jonathan Jackson Unit,[25] who was wanted for the 1981 murder of a New Jersey state trooper. The Sam Melville-Jonathan Jackson Unit and the United Freedom Front are now believed to have been the same group.

THE ARMED RESISTANCE UNIT

On November 6, 1983, the Armed Resistance Unit (ARU) claimed credit for the bomb that exploded in the Senate wing of the U.S. Capitol. An anonymous telephone caller explained that the blast was in retaliation for the U.S. invasion of Grenada a few days earlier and for the American presence in Lebanon. Investigations of the bombing and of two other

Washington-area attacks against U.S. Navy targets, also claimed by the ARU, established a number of similarities between those operations and the bombings perpetrated by the UFF.[26] An FBI spokesman stated, "There is a possibility that the ARU and the UFF are one and the same. The communiqués issued by the ARU had language very similar to the communiqués issued by the UFF. Furthermore, there is consistency in their target selection and bomb construction."[27]

Speaking at a press conference shortly after the Capitol bombing, FBI Director William Webster said that the bomb detonated at the Capitol had a dual firing mechanism similar to the devices used in ten or eleven other bombings during the previous two years. However, he conceded that the FBI had no basis for concluding that all of the bombings came from "the same source." Webster noted that calls from people claiming responsibility for the bombing contained "the same type of words we experienced with the older dissident groups that have become dormant and which in a way have metamorphosed through other organizations we've been watching closely in light of the Nyack [Brinks] robbery." He emphasized that "the inferences we are drawing result not only from the rhetoric of claims but also the nature of the explosives which were used in all of these cases and the manner in which they were put together".[28]

In any event, the UFF bombings motivated many corporations to bolster security. The Grumman Corporation, for example, built a three-foot-high concrete wall around its Bethpage, Long Island, plants to protect against truck or car bombs similar to those used in the Middle East. Moreover, federal bomb experts have been warning suburban police forces around the New York metropolitan area that they may be the next targets of terrorists. As Arostegui notes:

> At a time when security has been tightened around corporate and governmental facilities located in inner city areas, the suburbs have also come to offer softer targets for terrorists. During the past ten years many large corporations have moved their headquarters and main offices to suburban areas for the purpose of minimizing the risk of terrorist or criminal harassment. Corporate security directors admit that such facilities in the suburbs generally [have] less security than those in the inner city.[29]

CONCLUSION: FUTURE PROSPECTS OF LEFT-WING TERRORISM

Left-wing terrorist organizations have operated in the United States for nearly 20 years. The new leftist groups that have emerged in recent years have embraced controversial, popular causes such as U.S. involvement in Central America and South Africa's apartheid policy in an attempt to broaden their base of support. Because nuclear disarmament is one of the most emotional and controversial domestic issues, it is not inconceivable that these groups might turn their attention to nuclear facilities and weapons.

However, no attempt has ever been mounted against any target as well-defended as a nuclear weapons facility. Left-wing terrorist operations have been confined to bombings of symbolic targets and armed robbery. Bombings ("armed propaganda") are calculated to appeal to the terrorists' perceived constituency, the leftward-leaning, politically concerned, nonviolent activists. Almost all the bombings occur at night and in public areas; they are planned to avoid inflicting casualties or widespread destruction; they are announced ahead of time, to allow the evacuation of the target site.

This is not intended to imply that U.S. left-wing terrorists may not attack defended targets in the future. Clearly, few terrorist acts would be more symbolic than an attack on a nuclear weapons facility or the detonation of a small nuclear explosive. However, on the basis of past modus operandi, targeting patterns, and the general mindset of particular terrorist organizations, leftist terrorists seem unlikely to drastically alter their strategy or tactics.

Admittedly, as noted above, there is evidence that at least one left-wing group, the Sam Melville-Jonathan Jackson Unit, has entertained the idea of bombing a Department of Energy nuclear weapons research laboratory. And the June 1983 Prairie Fire Organizing Committee book[30] of communiqués issued over the years by the Red Army Faction (RAF) in West Germany, *War on the Warmakers*, stated:

> We believe that the experience of the movement against imperialist war in West Germany is of great importance to all people who want to build an effective struggle against imperialism inside the U.S. As war grows, the limitations of the mainstream leadership of the anti-nuke, anti-war organizations are becoming obvious....
>
> We support the people in the anti-nuclear movement who are taking up solidarity with El Salvador and are beginning to address the broader issue of U.S. Militarism. This process needs to be advanced and the movement must become more militant.[31]

However, the terrorists' attempt to link their goals and *raison d'etre* to broader political issues is less a direct threat to the security of U.S. nuclear weapons facilities than a public relations gambit. Of course, terrorist operations could escalate to include nuclear targets, but this seems unlikely, since an assault on a nuclear site is inconsistent with the basic beliefs of most left-wing terrorists. One disquieting possibility, however, is that of some foreign power enlisting indigenous left-wing terrorists to carry out an operation against a nuclear weapons facility.

Because many members of militant black and radical white

organizations have been arrested during the past two years, the level of terrorism carried out by leftist groups may in fact have peaked. Only one recent act of violent terrorism has been linked to the left: the bombing of the Police Benevolent Association in New York City on February 23, 1985. The attack was claimed by the Red Guerrilla Defense, which had taken responsibility for the April 1984 bombing of the Israeli Aircraft Industries offices in New York and an explosion five months later at the South African consulate in New York.[32]

The RATF was effectively neutralized following the abortive holdup of an armored car in 1981 and has suffered further setbacks since then as the group's remaining members have been rounded up by police. Accordingly, it does not pose a credible threat to nuclear weapons facilities. Although the RATF is skilled in clandestine tradecraft, the use of disguises, and the use of firearms and explosives, its operational capacity is severely limited. The group has never attempted to attack a well-defended target, and although members have been involved in shootouts with police, they have generally tried to avoid armed confrontation.

Left-wing terrorist groups in the United States have long found it difficult to recruit succeeding generations of terrorists. They have had to rely on the same "hard core" of individuals, many of whom went underground more than a decade ago. Accordingly, unless these groups are able to reverse their dependence on the old guard and recruit a new generation of members, it appears that they will continue to lose strength and momentum, as the few remaining terrorists on the outside become increasingly preoccupied with avoiding arrest rather than with staging new operations.

Endnotes

*This article is excerpted from the author's *Terrorism in the United States and the Potential Threat to Nuclear Facilities.* (Santa Monica, CA: The Rand Corporation, January 1986), R-3351-DOE.

1. *Wall Street Journal*, July 26, 1984.
2. International Association of Chiefs of Police (IACP), *Terrorist Trends: The Quarterly Intelligence Reporter* (1985), p. 11.
3. IACP, *Clandestine Tactics and Technology*, Vol. IX, issue 2, p. 2.
4. *USA Today*, July 15, 1985.
5. *Ibid.*, pp. 4-5; and Martin C. Arostegui, "Terrorism and the United States," *Clandestine Tactics and Technology: Group and Area Studies*, Vol. IX, p. 4.
6. Statement made by FBI agent Manuel Marquez, Jr., *USA Today*, July 15, 1985.
7. Unpublished draft report by the Policy Study Group on Terrorism of the New York State Division of Criminal Justice Services, 1984.
8. *Wall Street Journal*, July 26, 1984.
9. *CTT*, Vol. IX, issue 2, p. 6.
10. Arostegui, "Terrorism in the United States," p. 1-2.
11. *Ibid.*, The name was chosen to commemorate the birth dates of North Vietnam's Communist leader and founder, Ho Chi Minh, and American Black Muslim leader Malcolm X.
12. *CTT*, Vol. IX, issue 2, p. 4.
13. Arostegui, "Terrorism in the United States," p. 2.
14. The Republic of New Afrika has also been linked to a newer militant black organization called the New Afrikan Freedom Fighters (NAFF). Nine members of the NAFF were arrested by police in New York City on October 18, 1984, and were charged with planning the robbery of an armored car and the prison escape of a black radical. A 1984 Risks International report observed: "The breakup and indentification of the NAFF confirms previous speculation about an expanding underground network concentrated in the New York area. The various cells appear to be self-sufficient but plugged into common above ground support organizations." (*Quarterly Risk Assessment*, July-September, 1984).
15. *Wall Street Journal*, July 26, 1984.
16. *CTT*, Vol. IX, issue 2, p. 2.
17. *Ibid.*; and *Wall Street Journal*, July 26, 1984.
18. *Wall Street Journal*, July 26, 1984; and Arostegui, "Terrorism in the United States," p. 4.
19. Arostegui, "Terrorism in the United States," pp. 2-3.
20. *Ibid.*, p. 3.
21. *New York Times*, June 2, 1985.
22. *CTT*, Vol. X, issue 1, p. 3.
23. The contractors were Boeing Military Airplane Co., Witchita, Kansas; Hughes Aircraft plants in Tuscon and Los Angeles; the Rockwell Corp., Anaheim, California; Northrup, Los Angeles; Douglas and Rockwell Rocketdyne, Los Angeles; U.S. Air Force Plant #42, Palmdale, California; Lockheed, Sunnyvale, California; Martin-Marietta, Denver; Pratt and Whitney plants in East Hartford, Connecticut, and West Palm Beach, Florida; Lockheed-Georgia, Marietta, Georgia; Avco Systems Division, Wilmington, Massachusetts; and Westinghouse, Baltimore, Maryland. Plants operated by Fairchild Republic, General Electric, General Dynamics, and Thiokol were also warned.
24. *New York Times*, September 28, 1984.
25. This group was formed in the mid-1970s in the New England area. It took its name from Sam Melville, a white 1960s radical who was killed during the uprising in Attica Prison (New York) in 1971 and Jonathan Jackson, who was killed in a 1970 shootout with police after kidnapping a judge. The group is closely linked to the May 19th Coalition and the BLA.
26. *Washington Times*, June 26, 1984.
27. *CTT*, Vol. X, issue 1, p. 3.
28. *Ibid.*, p. 5.
29. Arostegui, "Terrorism in the United States," p. 4.
30. *War on the Warmakers* (John Brown Book Club, 1983).
31. IACP, *Terrorist Trends*, p. 11.
32. Risks International, *Weekly Risk Assessment*, Vol. 2, no. 9, March 1, 1985.

We are writing to alert you to a serious attack by the federal court in Boston, against the defendants in an upcoming seditious conspiracy trial. A series of rulings by Magistrate Joyce Alexander and Judge John McNaught have in effect stripped us of our ability to defend ourselves. The court is trying to force us to either accept former prosecutors it has selected to "defend" us or make us represent ourselves (pro se), with no legal assistance.

In May of 1986, a three count seditious conspiracy and RICO indictment was handed down against 8 women and men in Boston. Indicted were: Carol and Tom Manning, Richard Williams, Pat Gros, Ray Levasseur, Barbara Curzi-Laaman and Jaan Laaman (north american anti-imperialists known as the Ohio 7), and Boston Black community activist Chris King.

The eight of us have long histories of political activism, mostly in New England. This includes labor, civil rights, prisons, anti-klan, women's rights, anti-apartheid and national liberation support work. Some of the Ohio 7 had been clandestine for over 10 years as part of building a resistance movement. We are working class people, parents, who have committed our lives to working for a future of peace, freedom and justice.

When six of us were arraigned last June (Tom and Richard haven't been arraigned yet), the Magistrate, at our request appointed attorneys who had just represented us in a five month trial in Brooklyn. Since the Boston indictment includes all the charges of the Brooklyn case and these attorneys were already familiar with the massive amount of discovery and other aspects of this case, it was logical for both us and the court that they were appointed. These out of state lawyers made it clear that they would not seek any additional funds for travel or housing. Though this issue was resolved, a week later the Magistrate reversed herself and dismissed all our lawyers except onefrom the Boston area. Shortly after, we were assigned new counsel. Four of these are ex-federal prosecutors and the fifth is in the Public Defenders office.

We appealed these appointments, pointing out that these former prosecutors were agents of the Dept. of Justice at the same time we were the subjects of an extensive investigation for conspiracy to overthrow the government. Politically, practically and we feel legally, it is impossible for us to even discuss this case, let alone plan and execute a real defense with ex-prosecutors. The conflict of interest is clear, in fact two magistrates and a judge removed themselves from this case because they were federal prosecutors at the time the indictment charges us with sedition.

For six months now we have been trying to resolve this issue. We are trying to have Susan Tipograph, Elizabeth Fink and Peter Avenia from N.Y. and Robert Sheketoff and Arthur Johnson from Boston assigned. It's been estimated that this case will take from 6 to 9 months and while these lawyers have been working with us, it is impossible for them to do the trial with no pay (pro bono). Judge McNaught on Dec. 1, issued an order forcing us to either accept the court selected ex-prosecutors or go pro se.

Seditious conspiracy is a clearly political charge. Except in a few cases against the Puerto Rican Independence movement, this law has rarely been used in the last 60 years. The dusting off and use of this statute against us now, we believe is ominous in itself. If in addition people are not allowed to mount a real defense then the conclusion is foregone. In our Brooklyn trial after 16 days of jury deliberations, we hung or beat 40 counts of a 72 count indictment. There we had a legal team appointed that we selected and which had the experience and motivation to wage a political and legal defense. We've made it clear that we want to wage a vigorous defense in Boston also, but this is impossible if we are saddled with ex-prosecutors.

The legal issues are clear, the judge in his 12/1 order accepts that our requested attorneys, including out of state people, will not cost any extra money for the government. He totally ignored the issue that magistrates and a judge excused themselves on the very same basis, being former prosecutors, that we raised as objections. He also ignored the inconsistency in ruling, where one Boston lawyer we asked for was appointed during the arraignment and kept on the case, while all the others were removed. The judge is trying to frame this as a matter of us not having a right to choice of counsel. The real question is whether we will have a right to actually participate and mount any defense at all. Will revolutionaries facing overtly political charges be allowed to defend themselves in a court in Reagan's u.s.a. or not? While this case is obviously very important to us (we each face up to 60 years), we think it also will have impact on other cases, people and ongoing investigations. It is for these reasons that we are reaching out to inform you and ask for your assistance.

For more information or to offer support, please contact: 1.) Atty. Margret Ratner/Center for Constitutional Rights - (212) 614-6424 or 2.) Atty. Arthur Johnson - (617) 522-4848 and of course you can contact us [redacted] directly.

FREEDOM IS A CONSTANT STRUGGLE!

Jaan Laaman (for the Ohio 7)

Jaan Laaman

Jaan Laaman, MCC, 150 Park Row, NY, NY 10007, USA

Dec.21, 1986

Radical from era of Vietnam War held after 17 years eluding police

Associated Press
EUGENE, Ore. 22.01.1987

A founder of the radical Weather Underground who eluded police for 17 years was ordered held without bail yesterday after his arrest by the Federal Bureau of Investigation.

He faces Vietnam War-era charges that he tried to bomb a building used by the U.S. military's officer-training program.

Silas Trim Bissell, an heir to the founder of a carpet-sweeper company, was once described by the FBI as "extremely dangerous." He was found living as Terence Peter Jackson in the western Oregon university community of Eugene and working as a physical therapist at a hospital.

U.S. Magistrate Michael Hogan ordered Mr. Bissell, 44, held without bail until a hearing tomorrow saying he might try to flee.

If convicted, Mr. Bissell faces a maximum sentence of five years in prison and a $10,000 fine on a charge of conspiracy to injure federal property, and 10 years in prison and a $10,000 fine on a charge of possession of an unregistered destructive device.

Mr. Bissell had been sought since 1970 for allegedly planting a bomb beneath the stairs of a U.S. Air Force Reserve Officer Training Corps building on the University of Washington campus in Seattle.

He was arrested Tuesday night at his home. Associates said he worked for Sacred Heart General Hospital as a physical therapist.

HONOUR THE MEMORY OF



"i am a revolutionary anarchist involved in a war against the United States ruling class and believing in self-determination, will fight along with Nationalists and Marxists until i can play an active role in an anarchist formation. i became an anarchist after reviewing my experience while in prison in the early '70s and had been at war against this government before then... without freedom (the ability to live in total) there isn't any big deal in living, since to accept fascism is to forfeit life."

KUWASI BALAGOON

- -Arrested twice in 1967 in actions organized by the "Community Council on Housing in Harlem".
- -Joined the Black Panther Party in 1968. Arrested in April 1968 on fabricated charges as part of the Panther 21. Sentenced to 8 - 10 years for armed robbery and for assaulting some cops.
- -Escaped from Trenton State Prison in 1974. Recaptured some months later, while aiding in another escape.
- -Escaped from Rahway State Prison in 1978.
- -Arrested January 1982. Charged with participation in Black Liberation Army attempted expropriation of a Brinks Armoured Car on October 20, 1981, in Nyack New York.
- -Sentenced to 75 years in 1984.
- -Died of pneumonia in prison on the night of December 12-13, 1986.

"In all, without taking into account pending indictments, i've had 83 felony charges. All but two against police, jailers or money changers; of those two, one was a colonial super and a colonial subject who was acting like a pig, mistaken for a pig, and shot like a pig. If this isn't war, it's the best i can do."

FREEDOM FOR THE REPUBLIC OF NEW AFRICA

Rassenantagonismus gegen Klassenantagonismus zur Schaffung eines sozialen Konsenses in der Krise ist das Ziel.

Vorbemerkung

Positionspapiere sind zumeist schwer zu verstehen. Sie sind Ergebnis langer und ausführlicher Auseinandersetzungen und raffen den Diskussionsprozeß nur im wesentlichen zusammen. Trotzdem halten wir eine Grundsatzbestimmung für notwendig.
Die "Politischen Positionen gegen imperialistische Flüchtlingspolitik" stellen die inhaltlichen Grundlagen radikaler, sozialrevolutionärer Flüchtlingspolitik dar, sie sind als Standortbestimmung zu verstehen und als Antwort gegenüber systemtragender Auslander- und Asylpolitik.

Wir hoffen, daß möglichst viele Menschen und Zusammenhänge das Positionspapier diskutieren, es verbreiten, sich mit uns auseinandersetzen und natürlich über die Auseinandersetzung zu einer eigenen Praxis kommen.

Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen

POLITISCHE POSITIONEN GEGEN IMPERIALISTISCHE FLÜCHTLINGSPOLITIK

1) Wir begreifen die internationalen Flüchtlingsbewegungen als Ausdruck und Teil des internationalen Klassenkrieges. Es ist imperialistische Absicht, das überwiegend landlose internationale Proletariat ausgewählt zu verwerten: Inseln der hochtechnisierten, industriellen Produktion in einem Meer des Hungers zu schaffen.

Wir beziehen uns dabei nicht auf den marxistischen Proletariatsbegriff, der von einer mehrwertschaffenden, irgendwie produktiven Klasse ausgeht - erst recht nicht auf die "traditionelle" Arbeiterklasse. Gemeint ist vielmehr der Teil der Weltbevölkerung, der durch die imperialistische Politik mobilisiert wird, um entweder in Arbeit vernutzt oder nur noch vernichtet zu werden.
Diese Definition des Proletariats ersetzt nicht eine genauere Klassenanalyse, und beantwortet ebenso nicht die Frage nach dem revolutionären Subjekt.

Das Verwertungs- und Vernichtungsprogramm bedeutet ständige MOBILISIERUNG: Vertreibung aus alten industriellen Zentren in Hungerregionen oder neue Entwicklungszonen, Vertreibung des Proletariats aus den Resten selbstversorgender Landwirtschaft in industrialisierte landwirtschaftliche Produktion unter Weltmarktdiktat oder in den Tod.
Die Zwangsmobilisierung ist Ausdruck einer imperialistischen Bevölkerungspolitik, die auf die Zerstörung eigener Reproduktion dieses Teils der Weltbevölkerung zielt. Damit werden sowohl Subsistenzstrukturen, als auch Gebärfähigkeit angegriffen, die in erster Linie von Frauen getragen werden.

In Folge dieses imperialistischen Programmes verfügen die Männer über das Geld, das aus der Agrarproduktion für den Weltmarkt bezogen wird, während die Frauen alleine nur noch zu arbeiten haben. Es sind Frauen, die in den Weltmarktfabriken zu Billigstlohnen in kurzer Zeit kaputtgearbeitet werden, während die Manner längerfristig für die Produktion vorgesehen sind. Sie sind Ziel des Vernichtungsstrebens durch Zwangssterilisation und Geburtenkontrolle, um die "Oberbevölkerung" auf ihr verwertbares Maß zurückzuschrauben. Sie sind Objekte des metropolitanen Sextourismus und Frauenhandels: Profitmittel für die Zuhälter und Konsummittel für die Weißen, die sonst in der Metropole laut die

Oberfremdungsangst propagieren.

Die Frauen bleiben Objekt der alltäglichen männlichen Gewalt, die sich durch Auflösung der sozialen Strukturen noch weiter verstärkt. Es sind diese patriarchialen Strukturen, die Frauen zwingen, weiter allein die Reproduktionsarbeit zu machen, während die Männer als "Arbeitslose" untätig rumsitzen. Es sind diese Strukturen, die dafür sorgen, daß die Frauen in den Lagern bleiben und das letzte Geld aufgebracht wird, damit die Männer nach Oberlebensmöglichkeiten in den Metropolen suchen können. Und es sind genau diese Strukturen, die nur einem geringen Anteil Frauen die Möglichkeit verschafft, in die Metropolen zu gelangen.

Das imperialistische Klassenverhältnis und das Gewaltverhältnis von Männern zu Frauen sind die beiden Ebenen, die die Konfrontationslinien sozialrevolutionärer Politik markieren.

Gegen imperialistische Mobilisierung steht der Kampf des Proletariats um seine Existenzmöglichkeiten und um den Aufbau von eigenen Versorgungs- und Oberlebensstrukturen.
Die Wanderungen vom Land in die grossen Städte der drei Kontinente Asien, Afrika und Lateinamerika, die zunehmend illegale Einwanderung in die Metropolenländer und der Aufbau von Oberlebensmöglichkeiten ist nicht nur Ausdruck der Zwangsmobilisierung, sondern drückt auch den Willen aus, sich dem imperialistischen Programm nicht zu unterwerfen.
Diese entgegengesetzten Klasseninteressen führen aber auch zur Konfrontation: die Aufstände der karibischen Einwanderer in England, die Hungerrevolten in Nordafrika und Mittelamerika, der seit 84 andauernde Kampf in Südafrika sind Beispiele dafür. Wahrgenommen werden die Widerstandsformen der Männer, während die Basis der Kämpfe. z.B. Grundlagen der Reproduktion und Strukturen der sozialen Bewegung, weitgehend von Frauen getragen werden.

Gegen die sexistische Unterdrückung steht die zunehmende Organisierung der Frauen auch in den drei Kontinenten gegen Vergewaltigung, Abtreibungsverbote und Zwangssterilisation.

2) Wir begreifen die Flüchtlingsbewegung als Ausdruck von Klassenkämpfen, wobei wir der Tatsache Rechnung tragen, daß es verschiedene Fluchtgründe gibt.
Jede Kategorisierung der Flüchtlinge in politische und "andere" aber dient dazu, die imperialistische Bevölkerungspolitik aus dem Schußfeld zu ziehen. Sie verteidigt nicht das Recht des Proletariats, sich in die Reichtumszonen der Welt zu begeben und die Imperialisten dort mit ihren Bedürfnissen zu konfrontieren. Sie verhindert weiterhin, daß die wenigen Frauen, die überhaupt in die Metropolen gelangen, hier kein eigenes Aufenthaltsrecht durchsetzen können, weil sie hier mit Gesetzen konfrontiert sind, die geschlechtsspezifische Verfolgung und sexuelle Unterdrückung als Fluchtgründe nicht anerkennen, die weibliche Widerstandsformen nicht als politische anerkennen und die Frauen in Asylverfahren lediglich als Anhängsel der Männer sehen.
Die Kategorisierung führt zur Spaltung der Flüchtlinge und hat damit in einer sozialrevolutionären Flüchtlingspolitik keinen Platz.

3) Für Westeuropa, bzw. die BRD, läßt sich der Zusammenhang von Zwangsmobilisierung, Arbeitsemigration, Verwertung und Abschiebung wie folgt skizzieren:

Mit der Mobilisierung der Landbevölkerung in Europa (Polen, Balkan, Italien) Mitte des 19. Jahrhunderts begann in großem Stil die Rekrutierung billiger Arbeitskräfte als Fremdarbeiter/innen nach Deutschland.
Die Zahl der Immigranten wurde durch eine rigide Aufenthalts- und Ausweisungspraxis je nach konjunkturellem Bedarf gesteuert.
Von Mitte der 50er Jahre bis zum Anwerbestopp 1973 wurde die Landbevölkerung insbesondere von Italien, Griechenland, Spanien und der Türkei in die BRD zur Verwertung ihrer Arbeitskraft geholt.
Die Erfahrungen mit dem Widerstand der Arbeitsimmigrantinn-en in den Fabriken, die Sättigung des Arbeitsmarktes, die Umstrukturierung der Fabrikgesellschaft, waren die wichtigsten Gründe, die zur Abschottung der Metro-

pole führten.
Der Anwerbestopp und bilaterale Vereinbarungen mit insbesondere den europäischen Ländern verhinderten weitgehend, daß noch Arbeitsimmigrant-inn-en in die BRD kamen.
Ein Teil der Immigranten wich auf die Möglichkeit aus, über einen Asylantrag in der Metropole, Geld verdienen zu können. Dies und der Anstieg der direkt politisch Verfolgten wurde dann zum Anlaß genommen, das Asylrecht drastisch zu verschärfen.
Fünfjähriges Arbeitsverbot, Aufenthaltsbeschränkung auf den Wohnort, Zuweisung der Flüchtlinge in bestimmte Städte (Quotierung), Sammellager und Zwangsarbeit sind die neuen Methoden, die Flüchtlinge weitgehend aus der Metropole zu halten.

4) Der materielle Kern der Verschärfung zielt auf die Flüchtlinge aus den drei Kontinenten. Die weltweiten Flüchtlingsbewegungen sollen um die Metropolen herumgesteuert werden, und wenn überhaupt, dann an den dafür vorgesehenen Orten in Afrika, Asien und Lateinamerika vernutzt werden. Die rassistische Mobilisierung der Bevölkerung in der BRD soll auch die kleinsten Ansatzpunkte einer Gemeinsamkeit der "Entgarantierten" in der Metropole mit diesen Flüchtlingen vorbeugend den Boden entziehen. Die zunehmenden Angriffe gegen Flüchtlinge und Wohnheime sind ein Ausdruck hiervon.
Rassenantagonismus gegen Klassenantagonismus zur Schaffung eines sozialen Konsenses in der Krise ist das Ziel. Die rassistische Mobilisierung des BRD-Staates hat umsomehr Erfolg, wie es ihm gelingt, die Klassengegensätze zu verschleiern. Bislang ist es ihm gelungen, die Abkoppelung von großen Teilen des Metropolenproletariats aus der Arbeitsgesellschaft langsam und spaltend zu vollziehen und die Flüchtlingsströme auch sozial einzugrenzen.

5) Die imperialistische Vertreibungs- und Vernichtungspolitik fällt mit den Flüchtlingsbewegungen in die Metropole zurück und wird zum

Angriffspunkt in der Metropole selbst.

Die Ausländerpolitik der BRD wird am Beispiel der Flüchtlinge deutlich: ausgewählte Verwertung internationalen Proletariats in der Metropole, ihre Zwangsmobilisierung zurück in die Heimatländer und die Abschottung vor zukünftigen Flüchtlingsströmen.
Der Maßnahmenkatalog gegen die Flüchtlinge wird teilweise auch gegen die "neuen, westdeutschen Armen" angewandt: polizeiliche Sonderbehandlung, lagerähnliche Unterbringung, vollkommene Abhängigkeit von der staatlichen Versorgung bis hin zu Warengutscheinen statt Geld. Das ist Ausdruck einer internationalen Klassenlinie, die von oben gezogen wird und durch das untere Drittel in den Metropolen führt.
Demgegenüher versuchen die Flüchtlinge auch in den "Zentren" ihre Existenzmöglichkeiten auszuweiten:
durch Schwarzarbeit, durch direkte Aneignung, durch fingierte und gefälschte Papiere. Die Methoden ähneln denen, mit denen sich auch die westdeutschen Armen ohne Perspektive auf garantierte Existenz über Wasser zu halten versuchen - Ausdruck eines voneinander getrennten Ober-Lebens im gleichen gesellschaftlichen Gebiet.
Aus diesen Gründen ist die Auseinandersetzung mit der Flüchtlingsfrage und eine Praxis dazu ein Kernpunkt für sozialrevolutionäre Politik, unabhängig davon, ob die Herrschenden eine Kampagne führen.

6) Die ersten Schritte einer gemeinsamen sozialrevolutionären Praxis zu den Flüchtlingsbewegungen ist selber in der Metropole Stellung beziehen:
- den Zusammenhang zwischen weltweiter Mobilisierung, Arbeitsemigration, Vertreibung und Bevölkerungspolitik als Grundlage des imperialistischen Programmes zu begreifen.
- die ideologischen Kampagnen mit dem Kernbegriff "Wirtschaftsflüchtling" denunzieren.
- die sexistische Ausbeutung und patriarchale Unterdrükkung von (Flüchtlings-) Frauen thematisieren und Interventionsmöglichkeiten entwickeln.
- die Projekte der Sonderbehandlung von Flüchtlingen angreifen.
- die Praxis der Institutionen der Flüchtlings- und Aus-

länderverwaltung und die verantwortlichen Menschen zu benennen.
- gegen Abschiebungen von Flüchtlingen und insbesondere von Frauen zu mobilisieren.

Das ist die Voraussetzung, um von der eigenen linksradikalen Position in der Metropole, Verbindungen zu den Flüchtlingen selbst aufzubauen, über die eine Infrastruktur von direkter Hilfe und Umverteilungsaktionen möglich wäre.
Eine solche Flüchtlingsarbeit ist trotz allem nur ein Teil möglicher und nötiger sozialrevolutionärer Politik in der BRD.
Sie ist nicht trennbar von nationalen und internationalen Kämpfen und Klassenauseinandersetzungen. Flüchtlingsarbeit kann nicht kampagnenorientierte Teilbereichsarbeit sein, sie muß Ausdruck und Ansatz sozialer Revolution gegen den Imperialismus und seine Programme im Ganzen werden.

Koordinationskreis Rhein/Ruhr autonomer Flüchtlingsgruppen 1/1987

THE SEARCH FOR THE BIONIC COMMANDO

Fall/Winter 1986 The National Reporter

BY ELTON MANZIONE

Imagine the ultimate warrior. A warrior who needs no sleep, no food. A warrior who sees in the dark, kills on command and feels neither heat nor cold. A warrior who does not bleed and feels no pain.

This could describe a Star Wars android warrior, but if the Department of Defense has its way it may describe the GI of the future: a flesh-and-blood human being stripped of all human needs, all human feeling.

Since 1954 various agencies of the Defense Department have conducted hundreds of experiments designed to create the super soldier. In that year, a working group headed up by noted psychologist Harry Harlow was established to evaluate army research and development efforts. The group's report recommended the acceptance and integration of psychology, behavioral and social science into the army's research and development activities. It was a beginning. In time it became a pattern.

Just how much of a pattern was made clear in a 1967 address to a group of social scientists given by Donald M. McArthur, deputy director of research and engineering for the Defense Department:

> Twenty-five years ago, perhaps even 15 years ago, a defense R and D [research and development] meeting such as this — devoted to behavioral and social sciences — would have been unlikely. But today it would be unlikely to have any meaningful R and D conference without your participation."

The extent of the participation, from 1954 to today, can only be guessed at. It remains hidden behind clouds of secrecy, tangled in webs of technical jargon and obscured by euphemistic reports. The facts of this article were obtained only by repeated Freedom of Information Act requests over a 10-month period. Much of what the government finally released is minimal or incomplete. What is clear is that the same researchers seeking the ultimate weapon are seeking the ultimate warrior to operate it.

More than two dozen experiments have focused on sleep, with a basic aim in mind, an aim stated in a brief on project ENDURE, conducted by the army's Human Resources Research Office in Alexandria, Virginia. It was, they said, "to establish ways of extending troops' endurance so that the effectiveness of the equipment will not be limited by the user."

For example, a project contracted in 1981 is apparently designed to create soldiers able to operate new extended operation weapons. The newest tanks can operate at a sustained level for days; soldiers, however, need sleep. Doctors W. B. Webb and C. M. Levy of the University of Florida hope to change all that.

Webb and Levy study the effects of sleep deprivation on military performance. They hope to develop what they call "optimum placement of sleep opportunities": how often, when and for how long should tired soldiers doze so they can still perform at peak efficiency. The experiment is one of many aimed at regulating a soldier's need for sleep.

During the Vietnam War certain units, mainly Long Range Reconnaissance Platoons (Lurps) and navy SEAL teams, often went days without sleep with only de-

xedrine to "enhance" their performance. (The Navy says that SEAL stands for Sea, Air and Land. When I trained in Vietnam we were told it stood for Small, Efficient, Assault Landing Teams. SEAL missions included "undermining the infrastructure of the enemy" — i.e., assassination. Lurps did intelligence work.)

"We called ourselves Uncle Sam's snow-men," James Gilligan, a former Lurp and now a member of Vietnam Veterans Against the War, quipped. "We had the best amphetamines available and they were supplied by the U.S. government." When I was a SEAL team member in Vietnam, the drugs were routinely consumed. They gave you a sense of bravado as well as keeping you awake. Every sight and sound was heightened. You were wired into it all and at times you felt really invulnerable.

While the Lurps and SEALs were capable of sustained operations, returning to base was often painful. "They cut you off then," Gilligan said. "So what you had was a lot of guys who had been freaked by intense combat and suddenly they were crashing from a 10- or 14-day speed run."

For most soldiers in Vietnam it was common wisdom to avoid SEAL and Lurp camp areas. They put us into the worst possible combat situations. The screams, the pain, the fear were all heightened by the speed. Then they cut us off and we crashed. We weren't at all rational. If anybody — officer, other soldiers, civilians — got in our way we just walked over them. I stuck a .45 under a commander's nose and threatened to kill him just because he told me to get a haircut. I wasn't even reprimanded. It was just a foregone conclusion we weren't wrapped too tightly.

In order to avoid the unpleasant experience of facing dozens of wired, heavily armed, crashing and hostile groups of their *own* men, the army brass commissioned Dr. M. T. Orne of Pennsylvania Hospital to develop a way to teach soldiers to "therapeutically" nap. In 1971 Orne began his research. Nine years and half-a-million taxpayer dollars later he concluded, "Unless such control [for sleep] can be taught to individuals not possessing the skill, attempts to teach prophylactic napping would be unsuccessful." After all that time and money Orne could only conclude that if you can't teach someone to nap it's impossible to teach them to nap when it would do the most good!

Another sleep experiment seems aimed at applying the "chicken-house effect" to the military. Large-scale egg-producing farms long ago learned they could increase egg-laying by leaving the lights on in a chicken house for 18 or 20 hours. The chickens, seeing the light, would think it was still daytime and go on laying for the entire period.

The army thinks a similar approach might work for them. Under a contract with Human Factors Research, Inc., on the "biomechanical aspects of performance," researcher J. L. McGrath is investigating how to "control temporal orientation to increase performance." Although details of the research are classified, one wonders if future army barracks will be equipped with slow-moving clocks, windows which show only daylight or lights that stay on 20 hours a day. They might even begin to look like chicken coops.

The army also conducts experiments to improve night vision, presumably so soldiers can see better while they stay awake all night. Early experiments focused on developing night-vision glasses, starlight scopes and the like. These devices were cumbersome, delicate and subject to failure. Current military experiments aim at improving the ability of an individual soldier's *own eyes* to see at night.

In two such experiments, soldiers served as guinea pigs while researchers measured the effects of dangerous drugs. In June, 1978, Optical Sciences Group of San Rafael, California, began administering benactyzine, a powerful central nervous system drug, to soldiers to see if it would improve their night vision. In April, 1980, OSG repeated the experiment using Atropine, a belladonna derivative.

Both drugs dilate the pupil of the eye, which could aid night vision, but both can have serious side effects. Various chemical reference books say the drugs can produce delirium, fever, convulsions, coma and heart stoppage. A declassified report on one of the two experiments notes that 10 volunteers were used and they reported "mild discomfort." OSG and its chief researcher, A. Jampolsky, received nearly $700,000 in government funds for the experiments. The military volunteers were not paid for their risk. It was never noted whether the drugs did indeed improve night vision.

Perhaps the most frightening series of experiments are being carried out under the broad banner of "controlling autonomic response." (Autonomic functions are those which are usually automatic but over which we can exercise some control, such as respiration rate.) One of the most diabolical experiments in this area involves the use of hormones to "change bodily responses to stress and injury." In late 1977, researcher W. F. Hegge terminated an experiment designed to teach soldiers "non-drug management of wound-related pain." In other words — not to feel pain.

Another series of experiments seeks to determine what makes a particular soldier a killer, what will motivate a soldier to fight and what personality traits will influence their performance. Although the military closely guards this aspect of its research, some older reports have been declassified. Their contents are startling and disturbing.

The U.S. Army Personnel Research Office, for example, tried to establish a psychological test for selection of Special Forces officers. Among the items measured were the aggressiveness, energy level and assertiveness of the candidate. Another ongoing project of the Personnel Research Office seeks to "identify the qualities for effective performance in combat" and to "develop test measures of combat potential."

If the military were attempting to create the "super soldier" for protection of U.S. civilians, these projects might, perhaps, be excused. But in the age of nuclear war, the experiments seem superfluous. The government, however, might have possible applications in mind. One research project, perhaps stirred by the violent upheavals in the nation's cities in the 1960s, was aimed at the role of "minority groups in counterinsurgency," or how to get one Vietnamese ethnic group to fight against another. Although the project was started in 1965, it is still continuing. It is entirely possible that the Miskito Indians of Nicaragua were involved in this program.

Moreover, the projects emphasize "limited warfare situations." Night operations, as well as continuous operations, are more characteristic of guerrilla than conventional warfare. At least one of the army's Human Factors conferences took place at the J.F.K. School for Special Warfare at Fort Bragg in North Carolina — considered by many to be a consulting agency for repressive regimes.

What will be the effect of an army of super soldiers on future wars of liberation? One can only guess, but perhaps, as in the case of the F-15 and the smart bomb, even these technological zombies will be no match for a determined people's struggle. But that is certainly where they will be used.

Vietnam taught our military strategists that technically sophisticated equipment does not necessarily provide the winning advantage. Addressing a Human Factors conference in 1968, General Frank S. Besson, Jr., passed the lesson along: "In a limited warfare situation, man — more than ever — is *the* weapons system," he said. □

Portions of this article appeared previously in Southern Exposure.

Deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit

Ein dreitägiges Symposium in München

Deutsch-amerikanische Rüstungskooperation war das Thema eines Symposiums, zu dem in der Universität der Bundeswehr in Neubiberg 450 Teilnehmer, davon 150 Amerikaner, Anfang November zusammenkamen. Für die Organisation sorgten auf der Amtsseite die Unterabteilung II der Rüstungsabteilung des BMVg zusammen mit dem Office of Defence Cooperation bei der Botschaft in Bonn und auf der Industrieseite der BDI. Organisator für die amerikanische Industrie war die National Security Industrial Association. Das Programm gliederte sich in drei Teile: einen Vortragsteil, in dem die deutsche Beschaffungsorganisation, das Forschungs- und Technologiekonzept und künftige Beschaffungsplanungen sowie einerseits die einschränkenden amerikanischen Bestimmungen, aber auch die vergleichende Bewertung ausländischer Waffensysteme erläutert wurden; Tagungen von dreizehn Arbeitsgruppen und zum Abschluß Besuche der Firmen AEG, Dornier, Krauss-Maffei, MAN, MBB, MTU und Renk.

wt 2/87

In seiner Begrüßungsansprache definierte Generalleutnant Dipl.-Ing. Wolfgang Tebbe, Abteilungsleiter Rüstungswirtschaft im BMVg, das Ziel der Veranstaltung als das Aufzeigen von Mitteln und Wegen für die bilaterale Rüstungszusammenarbeit, zur Diskussion von Problemen in den Arbeitsgruppen und schließlich als Gelegenheit zum Besuch deutscher Firmen durch die amerikanischen Gäste. Gründe für die Rüstungszusammenarbeit seien steigende Kosten, teure Innovationen und somit der Zwang zur besseren Nutzung vorhandener Ressourcen. Erforderlich sei eine Abstimmung der militärischen Forderungen. Auch sei der politische Wille allein nicht ausreichend, er muß sich in industrieller Kooperation niederschlagen. Dabei ist ein Technologietransfer in beiden Richtungen erforderlich. Wenn sich die Zusammenarbeit in der Vergangenheit nur zögernd entwickelt habe, so solle man nicht zurück, sondern vorwärts in die Zukunft blicken.

Kooperation zur besseren Nutzung der Ressourcen

Als Delegationsleiter des Department of Defence erläuterte Mrs. Eleanor Spector, Deputy Assistant Secretary für Beschaffung, die Bemühungen der amerikanischen Regierung bei der Aufhebung der vom Parlament eingebrachten restriktiven Bestimmungen, die sich hinderlich auf die Rüstungszusammenarbeit ausgewirkt haben und auch noch auswirken. Einige dieser Hindernisse, wie die Bestimmung, Werkzeugmaschinen nur von amerikanischen oder kanadischen Herstellern zu beschaffen, hätten bei einem Jahresbeschaffungsetat von 15 Mio. Dollar kaum Auswirkungen. Andererseits hätte sich das Verhältnis der Beschaffungen auf der Zweibahnstraße von 7 : 1 zugunsten der USA im Jahre 1981 zu der heutigen Zahl von 2 : 1 geändert (daß dieser Vergleich hinkt und nicht durch zusätzliche Beschaffungen der USA, sondern durch geringere Käufe der deutschen Seite zustande kam, hätte das Bild gestört).

Temperamentvoll wies Dr.-Ing. Gerd Gassner als Sprecher der deutschen Industrie auf eine fünfzehnjährige erfolgreiche Zusammenarbeit der Firma Diehl mit den USA hin. Hervorgehoben wurde insbesondere die Tatsache, daß Diehl bereits Entwicklungsaufträge des Pentagon erhalten habe. Um in den USA zum Zuge zu kommen, müsse man die Bestimmungen und Verfahren der amerikanischen Administration kennen und speziell die Arbeitsweise des zweitältesten Gewerbes der Welt — der Lobby.

Dies bestätigte auch der Sprecher der amerikanischen Rüstungsindustrie, Lennard P. Gollobin, Präsident der Research Incorporated: »It is a very difficult act to follow.«

Mit dem amerikanischen NATO-Botschafter David M. Abshire sprach ein Vollblutpolitiker. Angesichts steigender Rüstungsanstrengungen des Warschauer Paktes müssen die Bündnispartner der NATO bei effektiv nicht mehr steigenden Verteidigungsausgaben dafür sorgen, daß man die Investitionen für die Verteidigung wirtschaftlicher einsetzt. »We must get greater return on our defence investment.« Nach Reykjavik stelle sich die Frage: »Wie ersetzen wir die nukleare Stabilität durch eine konventionelle Stabilität?« Wir verfolgen zwar zur Zeit das Prinzip der flexiblen Antwort, doch verfüge die andere Seite durch eine Vervollständigung ihres Waffenspektrums über die flexibleren Optionen. Die Verstärkung der Nordflanke durch die UdSSR sei eine neue konventionelle Ebene. Die Herausforderung an uns sei heute eine bessere Nutzung unserer Ressourcen, und dies erfordere eine stärke Zusammenarbeit in der Rüstung. Hoffnungsvolle Ansätze seien da. Vor anderthalb Jahren beschloß die NATO ein 12-Punkte-Programm, allein elf Nationen beteiligten sich beispielsweise am NATO-Identification System NIS. Schon dreimal trafen sich die Minister bei IEPG-Tagungen. Erneuerungsbedürftig sei das Krisen-Management, und das Technologie-Management müsse verbessert werden. Abschließend warnte der Botschafter vor Protektionismus, denn Protektionismus in einem Lande führe zu Protektionismus in anderen Ländern.

Deutsche Beschaffungen in den USA		US-Beschaffungen in Deutschland	
1978	US $ 500 Mio.		40 : 1
1979	US $ 530 Mio.	US $ 60 Mio.	
1980	US $ 400 Mio.	US $ 100 Mio.	
1981	US $ 280 Mio.		
1982	US $ 450 Mio.		4 : 1
1983	US $ 426 Mio.	US $ 248 Mio.	2 : 1
1984	US $ 581 Mio.	US $ 307 Mio.	1,5 : 1
1985	US $ 1,9 Mrd.	US $ 345 Mio.	5 : 1

Deutsch-amerikanische Rüstungskooperation: Vergangenheit und Zukunft

Ausführlich behandelte Ministerialrat Dr. Wilhelm Diestelmeier das Thema »Der künftige Weg der deutsch-amerikanischen Rüstungskooperation«. Ausgehend von der gescheiterten europäischen Verteidigungsgemeinschaft, schilderte er den Weg vom Beitritt der Bundesrepublik in die NATO über das gegenseitige Verteidigungshilfsabkommen und die NASH-Liste, über die FMS-Beschaffungen, den steigenden Anteil der deutschen Industrie an der Bewaffnung der Bundeswehr bis zur Schaffung der IEPG im Februar 1976 und die Stärkung der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren (CNAD) mit dem Ziel einer Zweibahnstraße. Von 1956 bis 1978 hatte die Bundesrepublik in den USA Wehrmaterial im Wert von 10,832 Milliarden Dollar beschafft. Dem standen Beschaffungen der USA in Deutschland in

folgender Höhe gegenüber: 1973: DM 6,7 Mio.; 1974: DM 5,75 Mio.; 1975: DM 31,75 Mio.; 1976: DM 23,75 Mio.; 1977: 28,1 Mio. und 1978: DM 32 Mio. Dies entspricht bis 1978 einem amerikanischen Exportüberschuß von 40 : 1.

Das MoU über die Zweibahnstraße aus dem Jahre 1978 über die gegenseitige Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung, Produktion, Beschaffung und logistische Unterstützung bei Rüstungsgütern eröffnete eine neue Phase. Die Verpflichtung der deutschen Seite, amerikanische Wettbewerber von Einfuhrabgaben freizustellen, ist eine Belastung für den Verteidigungshaushalt, weil diese Beträge aus dem Bundeshaushalt an die Europäische Gemeinschaft überwiesen werden müssen.

Rückblickend auf acht Jahre MoU stellen sich die Zahlen wie folgt dar (siehe Tabelle):

Erfolgreiche Programme amerikanisch-deutscher Zusammenarbeit sind: AMRAAM-ASRAM, HARM, RAM, MLRS, NFR-90, GPS (Global Positioning System), JTIDS (Joint Tactical Information Distribution System), ATOC (Allied Tactical Operation Centers), EIFEL, ROLAND/PATRIOT, LRSOM und auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung insgesamt 99 MWDDEA (Waffenentwicklungs-Datenaustausch-Programme).

Abgewehrt werden konnten die protektionistischen amerikanischen Gesetze »Specialty Metals Clause« und der Artikel 27 des Waffenexportkontroll-Gesetzes, der zwar eine gemeinsame Entwicklung eines Waffensystems gestattete, aber die Produktion einseitig in den USA vorsah.

Mit dem Quayle-Nunn-Roth-Amendment ist nunmehr für die USA der Weg zur Koproduktion offen. Dr. Diestelmeier zeigte dann die Entwicklung des Bundeshaushaltes mit dem Finanzplan 1986–1990 auf, wies auf die 11,9 Mrd. DM Beschaffungsmittel im Haushalt 1986 hin sowie auf die Steigerung bei den F&E-Mitteln. Die Beschaffungen in den letzten fünf Jahren aus den USA sind, wenn man FMS-Beschaffungen, BWB-Direktkäufe bei der amerikanischen Industrie und Käufe der deutschen Verteidigungsindustrie in den USA zusammenzählt, etwa gleich geblieben und werden in den nächsten Jahren auch pro Jahr 800 Mio. bis 1 Mrd. $ ausmachen. Dies bedeutet, daß jede 12. Beschaffungsmark in den USA ausgegeben wird.

Dr. Diestelmeier hob dann die Möglichkeit einer Zusammenarbeit nach dem Stil der ROLAND/PATRIOT-Beschaffungen hervor, d. h. die Beschaffung eines deutschen Systems durch die Amerikaner und eines amerikanischen Systems durch die Deutschen. Für das Luftverteidigungssystem des amerikanischen Heeres stünden beispielsweise in Deutschland ROLAND, GEPARD und WILDCAT zur Verfügung. Bei den Panzerabwehrwaffen seien dies HOT, MILAN, Panzerfaust 3 und zukünftig PARS 3. Andererseits werde für den europäischen Jäger 90 amerikanische Technologie benötigt, wie es auch bei TORNADO der Fall war. TADS/PNVS sei z.B. ein starker Konkurrent zur Eurovisionik. Diese Art der Kompensation sei einiges Nachdenken wert.

Die gefährlichsten Hindernisse bilden die Probleme beim sogenannten Technologietransfer. Sie stellten sich in einer Reihe von Verordnungen dar, beispielsweise die DoD Directive International Transfer of Technology Goods, Services and Munitions vom 17. 1. 1984, die zwischen COCOM-Ländern und anderen Ländern nicht unterscheidet. Weiter die National Security Council Directive vom 23. 3. 1984, wonach das Verteidigungsministerium ein Einspruchsrecht beim Transfer selbst nichtmilitärischer Technologie an die Partner besitzt. Dann die Military Critical Technology List des Pentagons, das praktisch die Commodity Control List des Handelsministeriums ersetzt. Dann die Distribution Licence Procedure, ein Verfahren, das in Europa als Eingriff in die nationale Unabhängigkeit gesehen wird wie beispielsweise Untersuchungen vor Lizenzvergabe und auch nach der Verschiffung. Dann die Zurückhaltung unklassifizierter technischer Daten vor der Veröffentlichung vom 6. 11. 1984 und die Direktiven des Pentagons über Distribution Statements und Technical Documents vom 20. 11. 1984, wonach das Pentagon Daten zurückhalten kann. Hier gibt es keine Freistellung für die Bündnispartner mit Ausnahme von Kanada. Weiter die Military Significant Emergent Technologies Wareness List (Metal), eine spezielle Liste des Pentagons für nichtmilitärische, aber möglicherweise militärische Technologie. Hinzu kommen noch eine Reihe von Amendments, die jeweils protektionistische Gesetze für die amerikanische Industrie sind, wie beispielsweise das Stratton-Amendment (Geschützrohre), das Byrd-Amendment (Rümpfe), das Trible-Amendment über Kohle und Koks, das Kazen-Wright-Amendment (Mobilisierungsbasis), das McDade-Amendment über zivile Fahrzeuge, die Specialty Metals Clause, das Glenn-Amendment (SDI), das Trificant-Amendment (Buy American), das Mattingly-Amendment über Werkzeugmaschinen und das Dodd-Amendment über Kugellager.

Ein Rückfall in die Handelsverfahren der Steinzeit sind die »Offsets«, wenngleich auch die deutsche Seite auf parlamentarischen Druck drei Offset-Vereinbarungen abgeschlossen hat, und zwar wegen AWACS, ROLAND/PATRIOT und HARM. Es wäre seinerzeit viel vernünftiger gewesen, wenn anstelle der AWACS-Kompensation die Amerikaner LEOPARD 2 beschafft hätten, auch hätte man PATRIOT/ROLAND schon 1976 in den AWACS-Offset einbeziehen können. Bei der gegenwärtigen Dollar-Relation ist die deutsche Industrie natürlich über die Klauseln und Offsetvereinbarungen »unter Wettbewerbsbedingungen« nicht glücklich.

Im BMVg habe man in einer Arbeitsgruppe alle Gesichtspunkte künftiger Kompensationsvereinbarungen geprüft und kam zu folgenden Ergebnissen:

- ☐ Keine Notwendigkeit von Offset in kooperativen Produktionsprogrammen mit dem verkaufenden Land.
- ☐ Kein Offset, wenn der Güterfluß zwischen beiden Ländern ausgeglichen ist.
- ☐ Jede ausländische Firma hat die Gelegenheit, sich Käufe in der Bundesrepublik als sogenannte Kompensationskredite anrechnen zu lassen. Diese Käufe können dann später als »Offset« bei deutschen Käufen angerechnet werden.

Einer der wichtigsten Schritte in Richtung Zweibahnstraße war das sogenannte Nunn-Amendment. Nunn, sonst ein Verfechter amerikanischer Truppenreduzierung in Europa, kam zu dem Schluß, daß durch eine Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung die jährliche Steigerung der Verteidigungshaushalte um 3 % unnötig wäre. Nach dem Nunn-Amendment sind im amerikanischen Verteidigungshaushalt 125 Mio. $ pro Jahr für Forschungs- und Entwicklungsprojekte zusammen mit NATO-Partnern vorgesehen.

Derartige Projekte sind:

- ☐ autonom präzisionsgelenkte 155-mm-Munition (APGM),
- ☐ modulare Abstandswaffen (MSOW),
- ☐ das NATO-Identifizierungssystem NIS,
- ☐ ADA PSE (Projektunterstützung für ADA),
- ☐ das multifunktionale Informations- und Distributionssystem MITS sowie
- ☐ der Stand-off Airborne Radar Demonstrator for Surveillance and Target Acquisition Programme, d. h. Nachweis für ein Bodenziel-AWACS.

Die Bundesrepublik Deutschland schlägt für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet Forschung und Entwicklung folgende weitere Projekte vor:

- ☐ EMP,
- ☐ Gefechtsfeld-Management-System,
- ☐ Verminderung der Radarsignatur von Flugzeugen,
- ☐ VHSIC,
- ☐ bordgestützte Waffensysteme für Flugzeuge zur Bekämpfung von Bodenzielen (Panzern usw.),
- ☐ Submunition zur Bekämpfung von Flugzeugen in Sheltern,
- ☐ ein experimentelles Sensorsignalverarbeitungssystem zur Erkennung und Aufklärung mobiler und quasi-mobiler Ziele,
- ☐ abgesetzte Minen zur Sperrung von Straßen,
- ☐ Mechanische Minenleger für Panzersperrminen,
- ☐ Faltfestbrücke mit einer Spannweite von 40 m,
- ☐ Mobile Schwimmbrücke,
- ☐ Panzerfestbrücke von 12 bis 40 m Spannweite,
- ☐ Schnelle Behebung von Schäden durch Feindeinwirkung an Flugzeugen (ABDR — Aircraft Battle Damage Repair),
- ☐ Entwicklung von Feststoff-Staustrahl-Raketenantrieben,
- ☐ Roboter auf dem Gefechtsfeld,
- ☐ Schiffsgasturbinen,
- ☐ Generatorantrieb für die Marine durch Gasturbinen statt Dieseln,
- ☐ Abstands-Dispenser kurzer Reichweite mit Submunition gegen Panzerziele,
- ☐ Binäre Flüssigkeitstreibstoffe für Geschütze,
- ☐ Verbesserte 155-mm-Bomblet-Munition und modulare Treibladungen,
- ☐ Aktivpanzerung unter Verwendung von Sprengstoff an der Innenseite der Schichtpanzerung als Schutz gegen panzerbrechende Geschosse, speziell Hohlladungsgeschosse,
- ☐ IR/Radar-Nebel,
- ☐ Insensitive Munition (LOVA — Low Vulnerability Ammunition),
- ☐ Kampfwertsteigerung des 35-mm-Flakpanzers GEPARD,
- ☐ Kampfwertsteigerung des Flak-Systems ROLAND,
- ☐ Flugbahnkorrektur kleiner Kaliber gegen Luft- und Seeziele,
- ☐ Luftgestützte Sensoren für die Ortung nichtdetonierter Abwurfwaffen (UXO — Unexploded Ordnance) nach Luftangriffen auf Fliegerhorste,
- ☐ Automatisierte Luftbild-Auswertung,
- ☐ Strahlungsempfindlichkeit von Lichtwellenleitern.

Über die Organisation des BMVg, Planung von Rüstungsprogrammen, Beschaffungsverfahren und die Management-Struktur im BMVg referierte Ministerialrat Hans-Josef Domgörgen von Rü I 4. Eine Aufstellung der Phasen und Dokumente im Vergleich zwischen den USA, Großbritannien, der Bundesrepublik und Frankreich zeigt die Tabelle (S. 58).

Das deutsche Forschungs- und Technologiekonzept

Über die Konsequenzen des deutschen Forschungs- und Technologiekonzepts für die deutsch-amerikanische Rüstungskooperation sprach Ministerialrat Dipl.-Ing. Detlef Forndran von RüPl 5. Dabei stellte er heraus, daß zwischen 1984 und 1987 die Ausgaben für Forschung und Technologie von 630 auf 840 Mio DM anstiegen bzw. ansteigen. Im selben Zeitraum erhöht sich der Forschungs- und Technologieanteil an den investiven Verteidigungsausgaben von 4,7 auf 5,5 %. Selbst mit 800 Mio. DM könne sich die Bundesrepublik Deutschland nur ein Fünfzehntel der Forschungs-und Technologieausgaben der USA leisten. Die USA seien technologisch unabhängig, da sie das gesamte rüstungsbezogene Technologiefeld in der Tiefe abdecken könnten. Die Bundesrepublik Deutschland muß auf diese Unabhängigkeit verzichten und sich daher auf gewisse Schwerpunkte konzentrieren. Diese Schwerpunkte werden im Rahmen des Forschungs- und Technologiekonzepts festgelegt. Außerdem muß dieses Konzept mit dem BMFT, anderen Ministerien und den Alliierten abgestimmt werden. Gefördert werden mußten außerdem Initiativen der Industrie bezüglich der wehrtechnischen Forschung und Technologie. Nach den Planzahlen werden im laufenden Jahr etwa 270 Mio. DM im weitesten Sinne für die Informationstechnik ausgegeben, 60 Mio. DM für Werkstoffe und Bauweisen sowie 195 Mio. DM für die Luftfahrtforschung und Technik.

Die Forschungs- und Technologieleitlinien für 1987 setzen folgende Akzente: Die Beurteilungsfähigkeit muß auf allen technologisch relevanten Gebieten erhalten bleiben. In ausgewählten Fällen erlauben die Planungszahlen in Forschung und Technologie die Aufrechterhaltung des Wettbewerbs während der Forschungs- und Technologiearbeiten. Bei der Auftragsforschung und -technologie übersteigen die Forschungs- und Technologiemittel auf den Gebieten Aufklärung und Führung zum erstenmal diejenigen der Beweglichkeit und des Transports. Die Mittel für Aufklärung und Führung steigen im Vergleich zum Vorjahr um 15 % und erreichen damit 26 % der F&T-Mittel. Die Beweglichkeit fällt dabei auf rd. 25 %. Rund 31 % der Forschungs- und Technologiemittel werden 1987 dem Bereich Waffeneinsatz und Waffenwirkung zugeteilt. Auch dem Schutz wird die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet. Hier steigen die Mittel um 24 % auf 11 % der Forschungs- und Technologiemittel. Von den zusätzlichen Forschungs- und Technologiehaushaltsmitteln 1987 entfallen 40 % auf den Bereich Feuerkraft, 30 % auf Aufklärung und weitere 30 % auf Überlebensfähigkeit und Durchsetzungsvermögen.

Eine kurze technologische Analyse der Brennpunkte rundet das Bild folgendermaßen ab: Der erste Schwerpunkt befaßt sich mit dem intensiveren Einsatz von Intelligenz bei Aufklärung, Führung, Zielsuche und indirektem Schutz, d. h. mit der Informationstechnik, für die 37 % der Forschungs- und Technologiemittel aufgewendet werden. Im Bereich Feuerkraft gibt es vier Schwerpunkte, und zwar Vertragsforschung auf den Gebieten Innenballistik und die Treibmittel im Hinblick auf die Flüssigkeitskanone und elektromagnetische Beschleunigung. Hier steigen die Planungszahlen um 50 %. Die Zielvorstellung ist die Aufrechterhaltung des Ideenwettbewerbs während Forschung und Technologie. Die Arbeiten auf dem Gebiet der hochenergetischen Laser sollen um 40 % intensiviert werden, weil nur auf diese Weise taktische Experimentalsysteme in Angriff genommen werden können. Schließlich werden auf dem Gebiet der Dispenser und Aktivierungsmechanismen/Zünder die Mittel um 25 % erhöht. Im Bereich der Überlebensfähigkeit und des Durchsetzungsvermögens wird die Auftragsforschung um 25 % intensiviert, und zwar sowohl aktiver als auch passiver Schutz, Warnsensoren, die Reduzierung der Entdeckbarkeit und der ABC-Schutz. Um 20 % gesteigert werden die Ansätze für den Bereich alternative Antriebe/Antriebssätze mit den Schwerpunkten elektrische Antriebe und außenluftunabhängige Antriebe.

Folgende Lücken sind erkennbar: Die spezielle Arbeit für SDI/EUREKA oder für europäische Satellitensysteme sind in den Leitlinien 1987 nicht enthalten, und die Arbeiten im Bereich luftgestützter Radarsysteme mit großer Reichweite sind mit so niedrigen Mitteln ausgestattet, daß die Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiet mittelfristig akzeptiert werden mußte. Über die Auftragnehmer sagte Ministerialrat Forndran: »Jeder fünfte Vertrag geht an Firmen mit einem Umsatz von weniger als 50 Millionen DM, jeder dritte Auftrag geht an Firmen mit einem jährlichen Umsatz von über einer Milliarde DM, was bedeutet, daß Forschungs- und Technologieaktivitäten, die hohe Investitionen erfordern, an große Unternehmen vergeben werden.« Etwa zwei Drittel aller Forschungs- und Technologieaufträge gehen an die Industrie, ein Viertel an Institutionen wie IABG Industrie-Anlagen-Betriebsgesellschaft, MTG Marinetechnik Planungsgesellschaft und DSP Dornier System Planungsberatung und der Rest an Forschungsinstitutionen an Hochschulen und Universitäten.

Nach einer Erläuterung der Zielsetzung des Konzepts für die wehrtechnische Forschung und Technologie kam Ministerialrat Forndran auf die gemachten Erfahrungen zu sprechen. So lagen die Schwierigkeiten in der Vergangenheit beim Informationsaustausch. Hier ist der Geist der Partnerschaft noch immer die Ausnahme. Der Grund hierfür könnte nach deutscher Meinung sein, daß die von den europäischen Ländern gelieferten Beiträge nicht gleichgewichtig zu denen der Amerikaner sind. Das liegt zum Teil an den unterschiedlichen wirtschaftlichen Fähigkeiten der Partner. Hieraus schließt man deutscherseits, daß eine transatlantische Partnerschaft nur durch eine Stärkung der europäischen industriellen Basis erreicht werden kann. Vorbedingung für gleiche Rechte ist die technologische Fähigkeit der Europäer.

Um eine höhere Gleichgewichtigkeit unter den Europäern zu erreichen, wurde eine Reihe von Initiativen begonnen. So sucht man innerhalb der IEPG eine breite multilaterale Kooperation. Diese Zusammenarbeit findet in Form gemeinsamer Forschungs- und Technologieprogramme unter der Leitung einer Pilotnation für jedes Projekt statt. Dabei werden die nationalen Beiträge aus den nationalen Haushalten beglichen. Zusätzlich zu den multinationalen Projekten gibt es eine große Anzahl bilateraler Programme. Sie bilden eine notwendige Ergänzung der multinationalen Programme und finden vornehmlich zwischen Partnern gleicher wirtschaftlicher Fähigkeiten statt. Eine Analyse der Forschungs- und Technologiekonzepte zeigte die Notwendigkeit, künftig den Experimentalsystemen zusätzlich zu den Arbeiten an Verfahren und Techniken mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Folgerungen für F und T

Abschließend zog Ministerialrat Forndran folgende Schlüsse bezüglich der transatlantischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Forschung und Technologie:

□ Die Bundesrepublik Deutschland begrüßt die Nunn-Initiative und unterzeichnete eine Reihe von Statements of Intent für folgende Projekte: NATO-Identifizierungssystem NIS, multifunktionales Informationsverteilungssystem MIDS, ADA-Computersprache, autonome 155-mm-präzisionsgelenkte Munition und modulare Abstandswaffensysteme (MSOW). Besonders bezüglich MSOW strebt die Bundesrepublik an, Pilotnation zu werden.

□ Die Bundesrepublik Deutschland begrüßt außerdem die Anstrengungen der Konferenz der Nationalen Rüstungsdirektoren im Gebiete der Emerging Technologies Long Term. Allerdings wird eine pragmatische Bearbeitung vorgeschlagen. Anstatt einen Katalog von 30 transatlantischen CTPs (Co-operation Technology Projekts) zu verfolgen, sollte man sich auf zwei oder drei erfolgversprechende Projekte beschränken.

□ Schließlich begrüßt die Bundesrepublik Deutschland alle Initiativen zur Verbesserung der US-deutschen Kooperation in Forschung und Technologie und sieht in solchen Initiativen eine notwendige Ergänzung multilateraler Kooperationen.

Abschließend wäre zu bemerken: Vier ausschlaggebende Elemente werden benötigt, um die Stärkung der konventionellen Verteidigungsfähigkeit durch ein breites Spektrum modernster Technologien zu erreichen:

□ die Bereitstellung angemessener finanzieller Mittel,

□ die Auswahl von Schwerpunkten,

□ die Beibehaltung der Urteilsfähigkeit in anderen Gebieten sowie

□ ein Zusammenwerfen der verfügbaren Ressourcen im Bündnis unter maximaler Anwendung ziviler Ergebnisse.

Oberst i. G. Dingler von FüS III behandelte das Thema »Künftige Forderungen und dazugehörige Beschaffungspläne für die deutschen Teilstreitkräfte«. Bei dieser Gelegenheit stellte er die Planungen und Beschaffungen für die drei Teilstreitkräfte im einzelnen dar.

Das Foreign Weapons Evaluation Program

Captain (USN) Dennis A. Sullivan sprach als Manager für Internationale Erprobungs- und Bewertungsprogramme im Pentagon über das Foreign Weapons Evaluation Program, für das 1981 mit 9,15 Mio. $ erstmals Mittel verfügbar gemacht wurden. Dieses Programm ist nicht auf NATO-Länder beschränkt, so daß auch japanisches, schwedisches, schweizerisches und australisches Gerät erprobt werden kann. Es ist für das amerikanische Haushaltsjahr 1986 mit 16,1 Mio. $ ausgestattet. Bis 1990 ist ein gradueller Aufwuchs auf 21 Mio. $ geplant. Erweitert wurden die Aufgaben dieser Dienststelle durch das Nunn-Amendment, das zu einer erheblich höheren Mittelausstattung führte, diesmal allerdings beschränkt auf die NATO-Länder. Von den für die Bewertung existierender Systeme eingeplanten 50 Mio. $ wurden schlußendlich 25 Mio. $ genehmigt.

Auswahlkriterien sind für die amerikanische Seite das Bestehen einer militärischen Forderung, die mit national existierendem Mate-

rial nicht gedeckt werden kann (non-development items) und zudem soll das untersuchte ausländische Wehrmaterial nach Möglichkeit in Produktion oder bereits eingeführt sein.

Die Liste der Bereiche für derartige Bewertungen umfaßt Dispenser, Panzerabwehr und Panzerabwehrlenkwaffen, Minen, Startbahnzerstörbomben, Torpedos, Mörsersysteme, leichte Panzerfahrzeuge, Zivilfahrzeuge, Hochgeschwindigkeits-Panzerabwehrgeschütze und Luftverteidigungssysteme geringer Reichweiten. Weitere Schwerpunkte sind ABC-Spürfahrzeuge, Minenentdeckung und -räumung, Bewertung des französischen Lenkflugkörpers MISTRAL und der kanadischen Drohne CL-227. Auf dieses Programm wird wt zu einem späteren Zeitpunkt eingehen.

Amerikanische Geheimhaltungsvorschriften

Über die Auswirkungen amerikanischer Geheimhaltungsvorschriften auf die rüstungswirtschaftliche Zusammenarbeit berichtete Charles Wilson, Leiter des International Security and Disclosure Office, das zum Bereich des Staatssekretärs für Policy gehört. Er stellte fest, daß das Culver-Nunn-Amendment im 77er Haushalt mit der Ausnahmegenehmigung für das »Buy-American«-Gesetz sowie das Roth-Glenn-Nunn-Amendment zum 83er Haushalt die Grundlage für die MoUs zwischen dem amerikanischen Verteidigungsministerium und den wichtigsten Verbündeten über die Prinzipien bei der Zusammenarbeit in Forschung, Entwicklung, Produktion, Beschaffung und Unterstützung von Wehrmaterial bildeten. Nunmehr hätte das Nunn-Amendment zum 86er Haushalt 125 Mio. $ ausschließlich für Kooperationsprogramme innerhalb der NATO vorgesehen. Diese Memorandi garantieren jedoch der ausländischen Industrie keinen uneingeschränkten Zugang zu amerikanischen Rüstungsaufträgen. Es müssen bestimmte Bedingungen erfüllt werden. Diese sind: Angebote im Wettbewerb, Vorbehalte für die Kleinindustrie, Beschaffungen für die heimische Mobilisierungsbasis sowie Vorbehalte bezüglich Export oder der Freigabe von Wehrmaterial und der zugehörigen klassifizierten Information. Bezüglich des Exports gibt es gravierende Unterschiede zwischen der Gesetzgebung der Vereinigten Staaten und den meisten anderen Ländern. In den meisten Ländern unterliegt der Export mit gewissen Einschränkungen nicht der Regierungskontrolle. In den USA hingegen wird der gesamte Export — auch der zivile —, und zwar durch die verschiedensten Oberbehörden, kontrolliert. Für Rüstungsgüter hauptsächlich anzuwenden ist der Arms Export Control Act, für den das Außenministerium zuständig ist. Kein Wehrmaterial darf ohne Lizenz exportiert werden mit einer einzigen Ausnahme: beim Export einer Behörde der Vereinigten Staaten für die Verwendung bei einer Behörde der Vereinigten Staaten im Ausland oder für ein gesetzlich genehmigtes Sicherheitshilfsprogramm. Des weiteren müssen bei der Überlassung von Wehrmaterial an ein fremdes Land oder eine internationale Organisation drei Voraussetzungen erfüllt sein:

☐ Weiterverkauf nur mit Genehmigung der amerikanischen Regierung,

☐ Verwendung des Materials nur für den von den Vereinigten Staaten vorher genehmigten Zweck und

☐ das Gerät muß denselben Sicherheitsbestimmungen unterworfen werden, wie sie in den USA anwendbar sind.

Das Waffenexportkontrollgesetz behandelt nicht das Thema »klassifizierte Gegenstände oder Daten«. Hierfür ist die gesetzliche Grundlage die Executive Order des Präsidenten 12356. Es besagt, daß geheime Informationen von der Behörde nicht weitergegeben werden dürfen, falls beim Empfänger nicht für angemessenen Schutz gesorgt wird, und außerdem muß der Empfänger vertrauenswürdig sein sowie die Informationen benötigen, um einem gesetzlichen und genehmigten Zweck der Regierung zu dienen. Damit sind die Grundlagen umrissen, die Interpretation ist allerdings eine Kannbestimmung.

Zunächst soll niemandem, ganz gleich, ob einem amerikanischen Staatsbürger oder einem Ausländer, Geheimmaterial von der Behörde zugänglich gemacht werden, falls er nicht für die entsprechenden Sicherheiten sorgt.

Zweitens kann aber der Passus »für Zwecke der amerikanischen Regierung« die Standardisierung innerhalb der NATO als amerikanischen Regierungszweck beinhalten. Eine Reihe von klassifizierten Informationen, wenngleich sie vom Pentagon verwendet werden, unterliegen nicht der sogenannten National Disclosure Policy, sondern weiteren Gesetzen und Verordnungen wie beispielsweise solchen des Director of Central Intelligence, dem Atomic Energy Act, dem Fernmeldesicherheitssystem und ähnlichen. Die Freigabe von Informationen ist an folgende Voraussetzungen gebunden:

☐ Die Freigabe muß in Übereinstimmung mit der amerikanischen Außenpolitik im Hinblick auf die empfangende Nation oder Organisation sein,

☐ die Freigabe darf die Sicherheit der Vereinigten Staaten nicht beeinträchtigen,

☐ die empfangende Nation oder Organisation muß denselben Grad an Sicherheitsschutz bieten wie die Vereinigten Staaten,

☐ die Freigabe muß den Vereinigten Staaten einen klar definierten Vorteil bieten,

☐ die freigegebene Information muß nur das für die Erfüllung der Aufgabe Notwendige beinhalten.

Falls nicht alle diese Voraussetzungen zutreffen, heißt das nicht automatisch Ablehnung, sondern eine Entscheidung muß von höherer Stelle gefällt werden. Für den Informationsaustausch gibt es im Grunde zwei Vereinbarungen, und zwar einmal die Regierungsvereinbarung, genannt »General Security and Information Agreement«, und als Anhang hierzu eine industrielle Sicherheitsvereinbarung »Industrial Security Agreement«.

Mr. Wilson behandelte dann abschließend die Frage, wer als Individuum oder als Betrieb eine generelle Freigabe erhalten kann. Nach seiner abschließenden Wertung betrachten die Vereinigten Staaten ihre klassifizierte Information und Technologie als einen nationalen Besitzstand, doch sei man willens, mit den Bündnispartnern und anderen befreundeten Regierungen diesen Besitzstand zu teilen.

Dr. Lothar Griesbach, Geschäftsführer der Deutsch-Amerikanischen Handelskammer in Washington, behandelte das Thema »Wie verkauft man in den USA?«. Die Hauptschwierigkeit liegt darin, daß in den USA keine Zentralorganisation wie das BWB existiert,

Foreign Weapons Evaluation Program Haushaltsjahr 1987

Im Haushaltsjahr 1987 unterzieht das Pentagon folgendes Wehrmaterial aus NATO-Ländern einer Erprobung, um bei positivem Ausgang Lücken im eigenen Bedarf zu schließen:

— Deutsche, britische u. italienische Maschinenkanonensysteme. Eine Bewertung der 30 mm Mauserkanone 30F in den Schiffslafetten Laurence Scott (GB) LS 30F und Breda (I) Einzel 30, um die beste Kombination für die Bestückung von Kampfschiffen und Versorgern herauszufinden. Der Bedarf steht bei 200 Systemen.

— Britische und italienische Torpedos gegen Überwasserschiffe. Kandidaten sind eine Ableitung des Marconi (GB) TIGERFISH und eine des italienischen Whitehead A-184 als Ergänzung zum Mk48/ADCAP. Der Bedarf beläuft sich auf 2 000 Torpedos.

— Bewertung des Canadian Marconi CMA-882 Avionics Management Systems auf seine Eignung für die E-2C Flugzeuge der US Navy.

— Bewertung von neun britischen Nachtsichtuntersystemen für Flugzeuge der US Navy und des Marine Corps.

— Bewertung einer Flugzeugversion des britischen Ködersystems AN/SLQ-49 von G.B. Ltd für die Verwendung an Hubschraubern und Starrflüglern der Muster S-3 und P-3.

— Fortführung der Bewertung des britischen Action Information Organization Systems auf die Eignung für die Minenkampfboote der AVENGER-Klasse.

— Vergleichende Bewertung der elektro-optischen Kanonenfeuerleitsysteme SEA ARCHER 30 (GB), VOLCAN (F), LIOD (NL) und OFLA-M (D). Ähnlich wird das schwedische 9LVXXX-System (PEAB) untersucht.

— Bewertung des britischen Mk.46 Übungstorpedos von Marconi für die US Navy.

— Signaturverminderung der SIDEWINDER durch einen neuen Treibstoff von IMI.

— Bewertung des britischen Minenräumgerätes WDME von BAJ Ltd.

— Bewertung des Hochdruck-Reinluft-Generators von Dowty Fuel Systems Hi-PPAG 320 für die SIDEWINDER-Starter als Ersatz der Stickstoff-Anlagen.

— Bewertung britischer und kanadischer flextensionaler akustisch-elektrischer Wandler.

— Bewertung des Sonobojen-Prozessors AN/UYS-503 von Canadian Marconi und des akustischen Verarbeitungssystems AQS-902 von GEC Avionics für die Hubschrauber SH-2F.

— Bewertung der Wärmebild-Handgeräte von Thorn EMI.

— Bewertung des französischen Sprech-Intercom Systems für amerikanische Flugzeugträger.

— Bewertung des britischen Tauchsonars CORMORANT von Plessey für die SH-2F Hubschrauber.

— Bewertung von zwei britischen digitalen Cockpit-Displays für die Schulflugzeuge T-45A.

— Bewertung des Tiefenlots DBSH von Honeywell-ELAC für amerikanische Angriffs-U-Boote mit Atomantrieb.

— Bewertung des kanadischen Active Shaft Grounding Systems von Davis Engineering zum Schutz von Schiffen gegenüber Minen, die auf das ultra-niedrigfrequente EM-Feld der Antriebswellen ansprechen.

— Bewertung des britischen induktiv-gekoppelten elektrischen Initiators von ML Aviation.

— Bewertung von vier britischen und französischen Geräten: einem Gewehrnachtsichtvisier, einem Geschützfeuerdetektor, einem Flugkörper-Warnsensor und einem TOW-Visier-Adapter.

— Fortsetzung der Bewertung eines neuen britischen Schiffs-Ködersystems, einer Verbesserung des AN/SLQ-49.

— Bewertung der Tauglichkeit der Dieselmotoren Rolls-Royce Perkins CV-12, des Unidiesel UDV 8×1500 und des MTU MT 883 im Vergleich zur Turbine des M-1 oder des M-1 Nachfolgers. Je 2 der 3 Kandidaten sollen geborgt oder geleast werden.

— Bewertung des französischen 100 HLES Stahls von Creusot-Loire für die Eignung zum Bau amerikanischer U-Boote.

— Bewertung der Wanderfeldröhren von Thomson-CSF und Siemens im EHF-Ban für das EHF-Satelliten-Programm der US Navy.

sondern daß es sich um Hunderte von Beschaffungsstellen handelt. Außerdem verkauft man in den USA nicht durch Kritik. Der Amerikaner ist im Grunde genommen ein Optimist und liebt keine Kritik von außen. In den letzten Jahren sei eine verstärkte Präsenz der deutschen Industrie in den USA zu spüren, so hätten bereits zwölf deutsche Firmen eine Niederlassung in Washington.

Als ein Beispiel für eine internationale — allerdings innereuropäische — Zusammenarbeit stellte Generalmajor Helmut Gülzow das Projekt TORNADO vor.

Fazit

Das Symposium in München hat seinen Zweck erfüllt. Die Schwierigkeiten der Rüstungszusammenarbeit wurden offen angesprochen, und die kritischen Schwachpunkte sind erkannt. Allerdings, wie ein »Om mani padme hum« tibetanischer Gläubiger zogen sich die Worte »German American Armament Cooperation« durch die Veranstaltung, wobei die häufige Wiederholung ein Anzeichen dafür war, daß die Beziehungen eben doch besser sein könnten. Klar wurde, daß das amerikanische Verteidigungsministerium, unterstützt von einer Reihe von Parlamentariern, alles tut, um die Rüstungszusammenarbeit für den gemeinsamen Zweck »Steigerung der Kampfkraft der NATO« zu fördern, während andererseits immer wieder, besonders aus innenpolitischer und lokalwirtschaftlicher Sicht, Versuche gemacht werden, protektionistische Gesetzesvorlagen einzubringen. Völlig außen vor scheint noch die deutsche mittelständische Industrie zu stehen. Und so reicht auch das Echo aus der deutschen Industrie zur Rüstungszusammenarbeit von Dr. Gassner (Diehl), der stolz auf den ersten Entwicklungsauftrag aus den USA berichtete, bis zum Vorstandsmitglied eines anderen großen deutschen Unternehmens, das in den USA gut im Geschäft als Zulieferer ist, und der äußerte: »Wenn einer meiner Leute sich in den USA im Rahmen der Rüstungskooperation um einen Auftrag bewerben sollte, würde ich ihn feuern.« Und so ähnelt die deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit gegenwärtig einem Lotteriespiel. Wer einen hohen Einsatz wagt, für den sind die Gewinnaussichten gering. Für Zulieferungen auf Spezialgebieten sind die Geschäftsaussichten günstiger. Das Risiko protektionistischer Gesetzesvorlagen wird sich in Zukunft aber eher erhöhen als mindern. Und so kann die deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit auch nur eine Ergänzung, aber nie ein Ersatz für die europäische Kooperation sein.

Ausgewogenheit auch bei SDI

Die amerikanische Ankündigung, daß die Arbeiten für das SDI-Programm auch die Grundlage für einen Schutz Europas gegen taktische ballistische Raketen bieten können, wurde lange bezweifelt. Nunmehr kündigte der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger die Vergabe von Aufträgen im Wert von insgesamt 14 Mio. Dollar an sieben Firmenkonsortien an, und zwar für die Phase 1, die Architekturstudien für eine ballistische Flugkörperverteidigung auf örtlichen Kriegsschauplätzen vorsieht. In den sieben Konsortien — die Aufträge lauten auf je 2 Mio. Dollar — haben sich insgesamt 51 Firmen aus den Ländern USA, Großbritannien, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Israel, Belgien, den Niederlanden und Frankreichs zusammengefunden. Vier der Konsortialführer kommen aus den USA und je einer aus der Bundesrepublik, Frankreich und Italien.

In der ersten Untersuchungsphase werden gegenwärtige und künftige Bedrohungen durch ballistische Flugkörper auf einem Kriegsschauplatz untersucht und mögliche Lösungen vorgeschlagen. Die Phase 2 soll sich mit einer Auswahl im Wettbewerb zur Entwicklung einzelner Systemforderungen und Spezifikationen befassen.

In der folgenden Aufstellung sind die sieben Konsortien aufgeführt:

□ Hauptauftragnehmer:
LTV Aerospace & Defense Co. (USA)
— Unterauftragnehmer:
Rockwell International (USA)
HRA Inc. (USA)
Westinghouse Electric Co. (USA)
BDM Corp. (USA)
Oxford Analytical (U.K.)
British Aerospace (U.K.)
Contraves (West Germany)
Contraves Italiana (Italy)
Rafael (Israel)

□ Hauptauftragnehmer:
Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (West Germany)
— Unterauftragnehmer:
Science Applications International Corp. (USA)
Siemens AG (West Germany)
Ferranti Computer Systems (U.K.)
Selenia S.P.A. (Italy)
Diehl GmbH (West Germany)
ELW (West Germany)
Rheinmetall GmbH (West Germany)

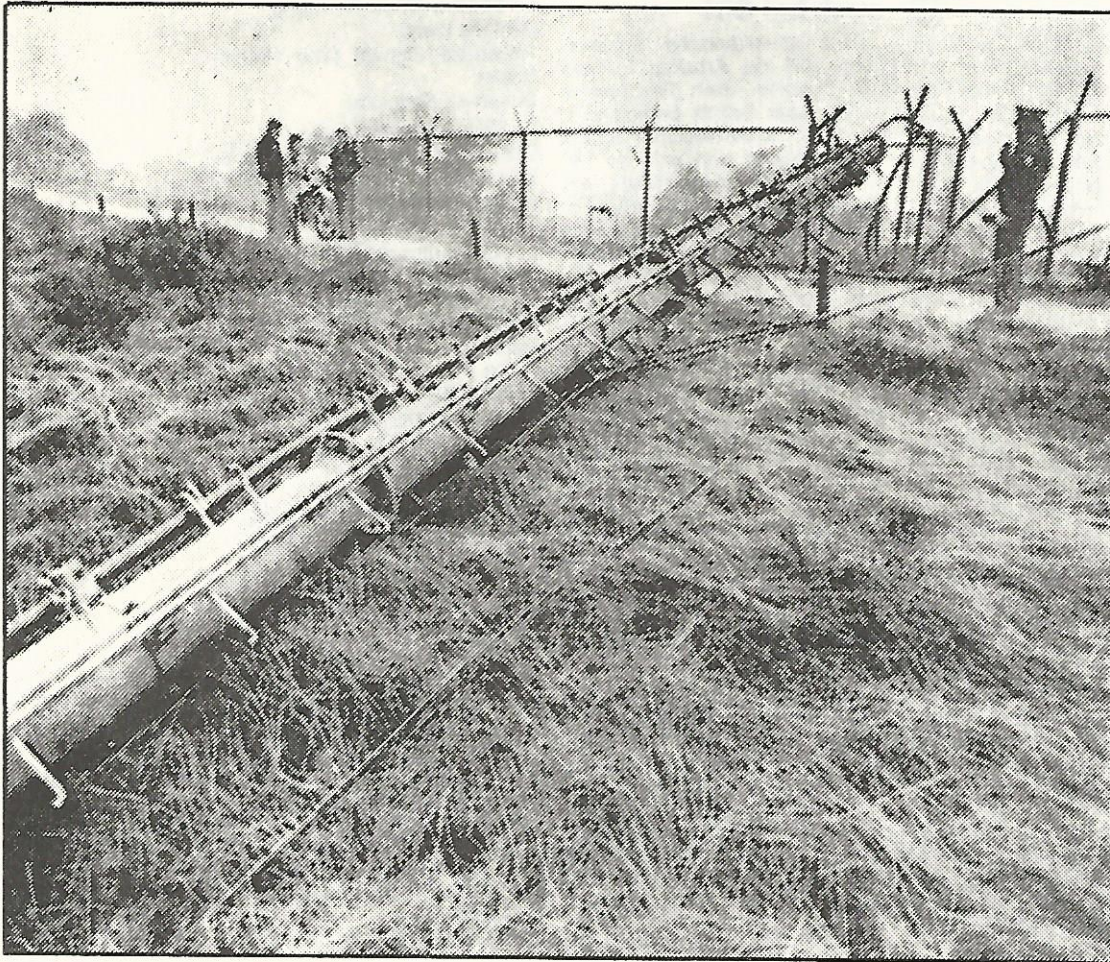
□ Hauptauftragnehmer:
RCA Corp. (USA)
— Unterauftragnehmer:
General Electric Co. (USA)
McDonnell Douglas Co. (USA)
Titan Systems Corp. (USA)
Hunting Engineering (U.K.)
Marconi Space Systems Ltd. (U.K.)
GFS/Metra (West Germany)
Aeritalia (Italy)
Hollandse Signaal (The Netherlands)
Sobemap (Belgium)

□ Hauptauftragnehmer:
Cosy De (Consortium of Aérospatiale and Thomson CSF) (France)
— Unterauftragnehmer:
TRW, Inc. (USA)

□ Hauptauftragnehmer:
Hughes Aircraft Co. (USA)
— Unterauftragnehmer:
Booz-Allen & Hamilton, Inc. (USA)
Matra (France)
Krupp Atlas (West Germany)
Easams (U.K.)
Selenia-Spazio (Italy)

□ Hauptauftragnehmer:
Lockheed Corp. (USA)
— Unterauftragnehmer:
General Research Corp. (USA)
Dornier GmbH (West Germany)
Scicon Ltd. (U.K.)
Marconi Radar System Ltd. (U.K.)

□ Hauptauftragnehmer:
SNIA BPD (Italy)
— Unterauftragnehmer:
ORI Inc. (USA)
EER System Corp. (USA)
Fairchild Space Co. (USA)
W. J. Schafer Associates (USA)
ITT Research Institute (USA)
Intercon Systems Corp. (USA)
Contraves Italiana (Italy)
Fabrica Italiana Apparecchiature Radio Electtriche (FIAR) (Italy)
Institute for International Affairs (IIA) (Italy)
Microtechnica (Italy)



Een anti-militaristische actiegroep heeft gisteren op de Lemmelerberg een zendmast van het telefoonsysteem van defensie buiten dienst gesteld door de tuidraden door te zagen of te brande. Dit zou zijn gedaan uit protest tegen een Navo-oefening. (Foto ANP)

Protestacties tegen Navo-oefening

NRC

Door onze Amsterdamse redactie

AMSTERDAM, 10 febr. — Op vier plaatsen in het land zijn het afgelopen weekeinde en maandag inbraken en vernielingen gepleegd door anti-militaristische actiegroepen uit protest tegen de Navo-oefening Wintex/Cimex.

Ingebroken werd er in een voormalige BB-bunker in Noordwijk en een bunker van Rijkswaterstaat in Maarssen. Van een vroegere BB-bunker in Zoeterwoude werden de sleutelgaten en ventilatiekanalen met isolatieschuim volgespoten. Een zendmast van het leger op de Lemelerberg bij Ommen is omver gehaald en de schade wordt hier geschat op 200.000 gulden. De zendmast maakt onderdeel uit van het telefoonsysteem van defensie. Het militaire telefoonverkeer is door de aanslag niet verstoord, aldus een woordvoerder van het ministerie van defensie. De marechaussee is samen met de rijkspolitie in Ommen een onderzoek begonnen.

In Maarssen worden wat papieren vermist, maar die hebben niets te maken met civiele verdediging of defensie. Het bouwwerk in Noordwijk werd onder water gezet. Bij de bunkers werden leuzen aangebracht, aldus woordvoerders van politie en Verkeer en Waterstaat.

In een anomieme verklaring, die bij verschillende persmedia werd bezorgd, staat dat de inbraken het werk zijn van de anti-militaristische actiegroepen „Waterschade" en „De Vijfde Kolonne". Die willen op deze manier protesteren tegen de Navo-oefening die volgens hen dit jaar in maart wordt gehouden. De oefening is een papieren staf-oefening waarbij geen soldaat of geweer aan te pas komt. Vooral de samenwerking tussen het leger en verscheidene civiele diensten wordt geoefend.

Burgemeesters, ministers en hoge ambtenaren doen aan de oefening mee, aldus de verklaring. Volgens een woordvoerder van het ministerie van defensie betreft het een routine-oefening die om de twee jaar wordt gehouden om „procedures te testen". Voor de rest worden er over de aard van de oefening of over wie daar precies aan meedoen, geen mededelingen gedaan.De inbrekers in Noordwijk kwamen volgens de politie de vroegere BB-bunker binnen via een keldergat. Er werd gebruik gemaakt van snijbranders. Kranen werden vervolgens opengezet en de waterafvoer kapot gemaakt. Van het Rijkswaterstaat-complex In Maarssen werden enkele sloten geforceerd.

slow-motion: de verbinding werd verbroken

In de bossen op de Archemerberg, tussen Ommen en Lemele, stond een militaire zendmast. Deze mast hoorde bij het militaire straalverbindingsnet in Nederland, het ASCON. Er staan nu nog 42 van die ASCON-masten in Nederland. Ze dienen voor het militaire telefoon- en telex-verkeer, wat deels door de grond en deels door de lucht plaatsvindt. (Een kaartje van de 43 masten plus bijbehorende plaatsnamen vind je in de 'Wilde Wegwijzer' van Onkruit). De ASCON-masten zijn in een zodanig net opgesteld dat het wegvallen van één mast nog geen verbindingen lamlegt, berichten kunnen omgeleid worden. En bovendien beschikken de militairen ook nog over een ondergronds net. De betekenis van het omver halen van 1 mast willen we dus niet overdrijven, maar 't is wel een tikje tegen de achilleshiel van de Wintex-Cimex-oefening. Juist deze oefening die zich geheel in bunkers afspeelt, is volkomen afhankelijk van de verbindingen tussen die bunkers. Als die uitvallen raken de militairen ambtenaren en politici ondergronds letterlijk afgesneden van de buitenwereld, en wordt de oefening onmogelijk.

De zendmast op de top van de Archemer berg zag er indrukwekkend uit. Het was een ongeveer 40 meter hoge stalen paal met een doorsnede van ca. 40 cm. Bovenaan hingen twee schotels in tegenovergestelde richting: een om te zenden, en een om te ontvangen. Aan de voet van de mast ligt een houten gebouw van 10 bij 4 meter, waarin waarschijnlijk de zender zit. Daarnaast ligt een mini-bunkertje, niet meer dan een grote kamer om te schuilen tegen bommen. Om dit alles stond een hek, met rollen prikkeldraad aan de binnenkant. De mast werd vastgehouden door drie keer vier stalen kabels. In een gelijkzijdige driehoek staan drie twee meter hoge betonnen kubussen, op een afstand van 25 meter van de mast. Aan elk betonblok zaten vier staalkabels vast, die elk op verschillende hoogtes aan de mast vastzaten. Eén van de betonblokken staat op het hoofdterrein, de andere twee staan erbuiten, met elk een apart hek er om heen.

Deze mast wilden wij omver halen, maar we wisten natuurlijk ook niet hoe. Voor zover wij weten was dit in Nederland nog nooit gebeurt, en ook uit het buitenland kenden we geen beschrijvingen van hoe je dat doet. Wel werden we geïnspireerd door AKB-ers in de BRD die met grote regelmaat hoogspanningsmasten omhalen met een ijzerzaagje. Maar een hoogspanningsmast heeft 4 poten en geen kabels, dus dat is wel wat anders. Er was maar een ding waar we niet bang voor hoefden te zijn: op de schotels staat maar 380 Volt, honderden keren zo weinig als op hoogspanningskabels, dus de kans dat we geëlektrokuteerd zouden worden was nihil. Waar we wel bang voor waren was dat het ding onverwachts de verkeerde kant op zou vallen, en dat losschietende kabels ons zouden raken. Na lang nadenken besloten we het op onderstaande manier te doen, en dat is goed gegaan. Maar bedenk dat de meeste masten niet zo vrij staan als deze, en dat de details overal kunnen verschillen. Kijk goed en denk na voor je wat doet.

Hoewel de mast in een stukje hei op een heuveltop ligt, en dus goed in 't zicht, hadden we 't voordeel dat het eerste huis pas op ca. 2 km. afstand lag. Bovendien werd de mast 's nachts niet bewaakt, en was 't vrij mistig. Voor teveel lawaai of licht hoefden we dus niet al te bang te zijn We begonnen met het op een aantal plaatsen zorgvuldig wegknippen van hek en prikkeldraad, zodat we bij onverwachte bewegingen van de mast of de smeris nooit opgesloten zouden zitten. Vervolgens bepaalden we de richting van de wind (die er trouwens vrijwel niet was). De vier kabels die het meest uit de richting kwamen waar de wind vandaan kwam, zouden onze prooi worden. Aan de kant van de mast waar deze kabels vastzaten begonnen we te zagen, op een meter van de grond. Dat werd bemoeilijkt door een trapje en allerlei elektriciteitskabels die aan de mastvastzaten. Die kabels wilden we niet doorknippen, omdat daardoor de zender uit zou vallen, wat mogelijk ergens gemerkt zou worden. We maakten ze dus zo goed mogelijk los, en bogen ze weg,maar lastig bleef het. We hadden meerdere zagen, zodat doorgezaagd kon worden terwijl iemand de kapotte of botte zaagbladen verving. Het staal van de mast bleek ongeveer 1 cm. dik. We zaagden door tot we ongeveer de helft van de omtrek hadden ingezaagd. Dat kostte ongeveer 8 zaagbladen. Dit half-inzagen deden we om een soort scharnier te kreëren, waar de mast zou moeten omknakken.

Toen de kabels. Die zaten aan het betonblok vast met een harpje (bekend van zeilboten, maar dan groter). Door een ijzeren staaf of grote schroevendraaier door het oogje van de pin van het harpje te steken, konden we de pin losdraaien. Als de pin is losgedraaid, moet je hem in principe uit het harpje kunnen trekken, maar door de spanning op de kabels ging dit vrij moeilijk, moesten we een soort hef-

boom maken. Bij dit werk hielden we zoveel mogelijk afstand, uit angst voor het zwiepen van de losgeschoten kabels.
Maar dat viel ontzettend mee, als een kabel los was viel hij gewoon door z'n eigen gewicht schuin omlaag op de grond. Hij zat dan alleen nog vast aan een bliksemafleidingsdraad, die je los kon knippen. We begonnen met de onderste kabel, en werkten dan naar boven, omdat we bang waren dat als we eerst de bovenste kabel zouden losmaken, de mast halverwege om zou knakken. En hij moest tenslotte helemaal om. Bij de onderste drie kabels konden we met enige moeite de harpjes losdraaien, bij de bovenste lukte dit niet. Die kabel was twee keer zo dik, en stond door het wegvallen van de onderste 3 natuurlijk onder grote spanning. Daarom hebben we die doorgezaagd, wat nog eens 5 zaagbladen en heel wat klam zweet kostte. Toen hij bijna doorgezaagd was, knapte-ie af en viel met een doffe plof op de grond. Heel even was het stil en keken we naar het silhouet voor ons: een enorme mast met aan weerszijden vier kabels, vrij scherp afgetekend tegen de witte lucht. Toen begon er zachtjes iets te kraken, en deden de 8 overgebleven kabels wat we hoopten. Heel langzaam trokken ze de mast van ons af, voor ons gevoel zagen we een film in slow-motion. Een film die je nooit meer vergeet, wat een gratie, wat een elegantie ! Toen de top de grond raakte, wipte het onderste stuk nog een keer omhoog, een soort golfbeweging. Het ballet van de stervende mast. Ondertussen knalden de schotels kapot, braken de elektriciteitskabels af, en sprongen de vonken in 't rond. En toen was 't stil, het hele uitzicht in één zachte klap kompleet veranderd. Nog effe stonden we met open mond te kijken, verbaasd over dat het gelukt was, over de traagheid van de val, en over het gebrek aan lawaai. Maar toen was 't: wegwezen!

Actiegroep 'Verbinding verbroken'



HET NEDERLANDSE MILITAIRE STRAALVERBINDINGSNET

1	Wier (F)	27	Schoonhoven
2	Ried (F)	28	Delft oost
3	Zuidlaren	29	s Gravenhage
4	Kuinre	30	Scheveningen
5	Havelterberg	31	Noordwijkerhout
6	Lemele	32	Ouddorp west
7	Beckum	33	Westkapelle
8	Schalkhaar	34	Goes oost
9	Wezep	35	Woensdrecht
10	Eibergen	36	Gilze west
11	Arnhem	37	Vught west
12	Kootwijk	38	Vessem west
13	Garderen	39	Erp oost
14	Nieuw Milligen	40	Vredepeel west
15	Nijmegen	41	Herkenbosch oost (NAVO)
16	Remerden	42	Brunssum (NAVO)
17	Hilversum zuid	43	Maastricht zuid (NAVO)
18	Soesterberg		
19	Driebergen		
20	De Bilt west		
21	Utrecht		
22	Huisduinen		
23	De Kooy oost		
24	Hoorn		
25	Oegstgeest		
26	Gouda		

Frankreich liefert Rechtsradikalen an die Bundesrepublik aus

TAZ
4.2.87

Der 28jährige Odfried Hepp kam schon in der vergangenen Woche völlig abgeschirmt über die Grenze / Rebmann wirft ihm unter anderem Sprengstoffanschläge auf Amerikaner vor

Karlsruhe (ap) — Frankreich hat den deutschen Rechtsradikalen Odfried Hepp, der mehrere Sprengstoffanschläge auf Amerikaner verübt haben soll, völlig abgeschirmt von der Öffentlichkeit an die Bundesrepublik ausgeliefert. Generalbundesanwalt Kurt Rebmann sagte erst am Dienstag, der 28jährige Hepp sei bereits seit Mittwoch vergangener Woche in der Bundesrepublik und sitze in Untersuchungshaft. Hepp war am 12. April 1985 in Frankreich festgenommen worden.

Am 27. November vergangenen Jahres verurteilte ihn das Oberlandesgericht Paris nach französischem Recht wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung sowie wegen Hehlerei und Gebrauch eines gehehlten und verfälschten Reisepasses zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren sowie zu fünf Jahren Aufenthaltsverbot. Am 9. Dezember ordnete das französische Justizministerium dann seine Auslieferung an.

Generalbundesanwalt Rebmann wirft Hepp vor, an mehreren Überfällen sowie Sprengstoffanschlägen auf Amerikaner beteiligt gewesen zu sein. Er schrieb, er verdächtige Hepp der „Beteiligung an zwei bewaffneten Raubüberfällen am 6. April 1982 auf die Sparkasse Herolsberg und am 18. August 1982 auf die Sparkasse in Hungen, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung in Tateinheit mit zwei bewaffneten Raubüberfällen am 18. November 1982 auf die Sparkasse in Neunkirchen am Brand und am 2. Dezember 1982 auf die Sparkasse in Nidda, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung in Tateinheit mit Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion und versuchtem Mord an einem Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte am 14. Dezember 1982 in Butzbach."

Der Ankläger erklärte, das Appellationsgericht in Paris habe einem weiteren Auslieferungsersuchen wegen des dringenden Verdachts der Beteiligung Hepps an zwei anderen Sprengstoffanschlägen und Mordversuchen an amerikanischen Soldaten am 14. Dezember 1982 in Frankfurt-Fechenheim und am 15. Dezember 1982 in Darmstadt nicht stattgegeben. Den französischen Behörden hätten die Beweise nicht ausgereicht.

Der Haftbefehl gegen Hepp sei entsprechend geändert und ihm am vergangenen Donnerstag vorgelesen worden.

Die internationale militärische Handlungsfähigkeit der BRD

Politische Berichte 03/87

Vor der Bundestagswahl haben Politiker der Regierungsparteien eine öffentliche Debatte um die Außenpolitik der BRD angezettelt, für die Strauß das Stichwort „Heraustreten aus dem Schatten Hitlers" geliefert hat. Am Volkstrauertag 1986 konnte Dregger ohne Widerspruch den „deutschen Soldaten" im zweiten Weltkrieg reinwaschen und sich mit ihm „versöhnen"; Wörner bereitet entsprechend für dieses Jahr endgültig den neuen Traditionserlaß für die Bundeswehr vor. In einem Interview mit der Zeitung „Welt" vom 19.1.87 hat Strauß sehr deutlich die Ziele dieser Debatte dargestellt: „Die Deutschen müssen wieder bereit und fähig sein, Aufgaben in der Welt zu übernehmen. Man vermißt die Mitverantwortung der Deutschen. Die Deutschen sind entweder auf der Flucht vor sich selber oder noch im Luftschutzkeller der Politik."

Erster Schritt beim verstärkten Mitmischen in der Welt ist die Aufhebung der letzten wenigen Beschränkungen für den Rüstungsexport der BRD, wie es die CSU fordert. Gilt hier schon, sich aus dem „Schatten Hitlers" zu lösen, um wieviel mehr ist dies erforderlich bei der Vorbereitung direkter militärischer Interventionen der BRD. Während Frankreich und Großbritannien international relativ unangefochten Militäroperationen in aller Welt durchführen, während Italien und sogar Österreich, beide historisch ebenfalls belastet, Streitkräfte im Rahmen der UNO operieren lassen, war der BRD bislang internationaler Einsatz der Bundeswehr verwehrt. Das bedeutet allerdings nicht, daß die BRD bei Kriegseinsätzen der WEU-Partner oder der USA nicht unterstützend tätig war.

Im Rahmen des Wartime Host Nation Support Abkommens mit den USA hat sich die BRD zur direkten logistischen Unterstützung von US-Aktionen verpflichtet. Im Einsatzfall größerer britischer Streitkräfte, Ende letzten Jahres haben UK-Streitkräfte in Oman ein großes Wüstenmanöver durchgeführt, müßte ebenfalls die BRD die „Lücke" stopfen. Mit der neuen französischen schnellen Eingreiftruppe (FAR) von 47000 Soldaten bestehen so feste Verbindungen, daß ein isolierter Einsatz der FAR kaum noch möglich ist. Der größte Teil der FAR z.B. wird am kommenden zentralen Herbstmanöver der Bundeswehr teilnehmen. Die Stationierung ihrer Streitkräfte in der BRD ermöglicht den imperialistischen Verbündeten darüber hinaus, diese Truppen als Reserveeinheiten der Konterrevolution zu nutzen, wie es Großbritannien mit dem Einsatz von Teilen der Rheinarmee in Nordirland praktiziert.

Um in der Welt aber militärisch mitsprechen zu können, wie Strauß es verlangt, muß auch die Bundeswehr eingesetzt werden können. Ohne daß wir wissen, ob hier bereits unmittelbare Einsatzpläne bestehen, soll im folgenden die Ausgangslage für die BRD dargestellt werden.

Im Rahmen der NATO verfügt die BRD besonders im Mittelmeerraum über eine Reihe von militärischen Stützpunkten, die hauptsächlich aus der Verantwortlichkeit der BRD innerhalb der NATO für die Länder Griechenland, Türkei und Portugal resultieren. In Beja (Portugal), Decimomannu (Sizilien) und auf Kreta sind Luftwaffenstützpunkte, von denen aus größere Mittelmeereinsätze möglich wären. Der Fliegerhorst Beja wurde Anfang der 60er Jahre gegründet und mit Starfightern bestückt. Geplante Ausbauten fanden jedoch nicht statt, und so verfiel der Stützpunkt ein wenig, bis 1979 ein neuer Vertrag zwischen Portugal und der BRD abgeschlossen wurde. Seither kommen Alpha-Jet, Phantom und auch MRCA-Tornado dort zum Einsatz; fast 250 Soldaten sind ständig stationiert. Der 1959 auf Sizilien eingerichtete Übungsplatz wurde 1977 mit modernen Luftwaffenübungsgeräten ausgebaut, 170 „Deutsche" sind ständig dort. Kommt es zu der in der NATO geplanten Einrichtung des Luftwaffen- und Panzerübungsplatzes in Konya (Türkei), der ebenfalls hauptsächlich von der Bundeswehr betrieben würde, verfügte die BRD über Luftwaffenbasen für den Einsatz vom westlichen Mittelmeer bis tief in den Nahen Osten. Weiter hat die Bundeswehr noch Soldaten auf einem Panzerübungsplatz in Shilo (Kanada) stationiert, und in Budel (Niederlande) liegt ein ganzes Ausbildungsregiment der Luftwaffe.

In Afrika operiert die Bundeswehr mit kleinen militärischen „Beratergruppen". Solche Militärberater wirken in den alten deutschen Kolonien Togo und Kamerun, in Niger, Rwanda, Somalia, Dschibuti, Mali, Zaire, dem Sudan und seit 1986 in Kenia und Tunesien. Die Gruppen sind nicht groß (ca. zehn Soldaten), aber in die Logistik der jeweiligen Streitkräfte eingebunden und haben enge Kontakte zur jeweiligen Regierung. Erwähnt werden müssen hier auch die sog. Hilfsaktionen der Bundeswehr, in deren Rahmen vor allem die Lufttransportgeschwader zu weltweiten Übungseinsätzen kamen (u.a. in Äthiopien, Sudan, Kolumbien, Türkei).

Neben den militärischen Verbindungen für weltweite Interventionen verfügt die BRD auch über die entsprechenden Truppen. Hier sind die erwähnten Lufttransportgeschwader und Luftlandetruppen als Elite des Heeres wichtig. Zur Zeit werden diese Einheiten mit Tropenanzügen und Splitterschutzwesten ausgerüstet.

Als Ergebnis dieser Bestandsaufnahme kann als sicher gelten, daß die BRD fähig und willens ist, über ökonomische Erpressung und diplomatische Ränke hinaus auch militärisch Außenpolitik zu machen. Ob es tatsächlich zu BRD-Beteiligungen an Interventionen kommt, hängt sehr stark vom Widerstand in der BRD und im Ausland ab.

Quellenhinweis: bundeswehr-aktuell, Österreichische Militärische Zeitschrift, Nachrichten Jugend/Militär/Gefängnisse, div. Ausgaben 1985 und 1986 – (jok)

Die Beteiligung der Bundeswehr an Eingreifverbänden der NATO

1960 wurde auf Initiative des NATO-Befehlshabers Europa ein kleiner, strategisch beweglicher, multinationaler Gefechtsverband eingerichtet: die Allied Command Europe Mobile Force (AMF). Dieser Eingreifverband der NATO umfaßt Truppenkontingente aus Belgien, Kanada, Italien, Luxemburg, Großbritannien, den Niederlanden, den USA und der BRD. Die AMF ist untergliedert in die Landstreitkräfte AMF(L) und Luftstreitkräfte AMF(A). Das Hauptquartier von AMF(L) liegt in Seckenheim bei Mannheim. Kommandeur von AMF ist z.Zt. ein kanadischer General. Mit 1100 Soldaten ist der Anteil der Bundeswehr ziemlich hoch (AMF(L) hat insgesamt 5200 Soldaten). An den Lufttruppen ist die BRD ebenfalls beteiligt. Das Bundeswehrkontingent besteht hauptsächlich aus folgenden Einheiten: Fallschirmjägerbataillon 262 aus Merzig im Saarland, Teile des Feldartilleriebataillons 545 in Lahnstein und die 1. Staffel der Heeresfliegerabteilung 301 in Niederstetten. Das Fallschirmjägerbataillon 262 hat bisher an allen AMF-Manövern an der südlichen NATO-Flanke teilgenommen, ist somit die Eliteeinheit der Bundeswehr für eventuelle „Feuerwehr"-Einsätze.

Regelmäßig werden AMF-Manöver duchgeführt; ein Teil findet am Nordrand der NATO in Norwegen statt, ein anderer Teil an der Südflanke in Italien, Griechenland oder der Türkei. Die Geschwader aus NL, GB, CND und USA sind für die Nordflanke, die aus B, I und BRD für die Südflanke zuständig. 1985 fand das Manöver „Archway Expreß" in der Türkei statt. „bundeswehr-aktuell" vom 30.10.85 berichtet: „Über eine Strecke von rund zweieinhalbtausend Kilometern waren die Männer des deutschen Anteils mit den ‚Transall' des Luftwaffentransportkommandos in wenigen Tagen eingeflogen, Fahrzeuge und Material per Schiff vom Verladehafen Zeebrügge (Belgien) bis zum türkischen Tekirdag ‚herangeschippert' worden." Während der „Kampfphase" fanden Luftlandeangriffe auf Nachschubbasen statt. Auch bei der Übung 1986 in Norditalien war der rasche Transport von Truppen in ein bestimmtes Gebiet wichtiges Manöverziel.

Insgesamt muß man diesen NATO-Verband neben der schnellen Eingreiftruppe der USA als Spezialtruppe ansehen, deren Teile auch zu Aktionen außerhalb des NATO-Operationsgebietes, z.B. im Nahen Osten, fähig sind.

Ähnlich wie bei den Heeresstreitkräften sichert sich die NATO schnelles militärisches Eingreifen auch auf den Meeren. 1968 wurde der Ständige NATO-Einsatzverband Atlantik (STANAVFORLANT) gebildet, der aus sechs bis acht Zerstörern besteht. Beteiligt sind die USA, Kanada, Norwegen, Dänemark, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Portugal und die BRD. 1984 war erstmals ein BRD-Offizier Kommandeur dieses Verbandes, gleichzeitig wurde der Zerstörer „Lütjens" Flaggschiff. STANAVFORLANT ist für die NATO jederzeit verfügbar und kann rasch in „bedrohten Gebieten" eingesetzt werden. Der Verband untersteht dem NATO-Oberbefehlshaber Atlantik. Das Operationsgebiet der NATO-Flotte erstreckt sich auf den ganzen Atlantik. Hauptaufgabe ist die Sicherung der Seeverbindungen zwischen den USA und Europa, aber der Verband ist ebenfalls zu Einsätzen vor afrikanischen Küsten oder in Mittelamerika in der Lage.

Ein Problem für die BRD stellt sicher die Beschränkung des NATO-Verbandes auf den Atlantik dar. Die Notwendigkeit eines multinationalen Flottenverbandes Indischer Ozean wird in den Fachzeitschriften immer mehr beschworen. Ein möglicher Rahmen dafür wird in der WEU gesehen, die ja im Gegensatz zur NATO territorial für ihr Wirken nicht beschränkt ist (siehe hierzu ausführlich die Broschüre der Volksfront zur Bundeswehr vom September 1986).

Quellenhinweis: Information für die Truppe, 4/80; Europäische Wehrkunde 12/85; ÖMZ 1/86 und 1/87, bw-aktuell, div. Ausgaben

Politische Berichte 03/87

KILLING THEM SOFTLY

A Primer on Low-Intensity Conflict

BY TOM BARRY

The National Reporter Fall/Winter 1986

A dangerous new concept of war is sweeping through Washington, and Central America is being used as its main laboratory. It involves what the military terms low intensity conflict (LIC) or operations that fall short of conventional or nuclear war. While middle level and high intensity conflict involve massive deployment of U.S. troops and weaponry in heavy or prolonged combat, low intensity warfare makes sparing use of U.S. soldiers.

LIC doctrine includes many of the instruments of the counterinsurgency strategy developed in the 1960s: civic action, interagency coordination, pacification, special operations, internal civil defense, and military assistance and training. But there are important differences. The new doctrine calls for the combat deployment of U.S. troops only as a last resort. Neither the U.S. public nor the Pentagon want to sink into a Vietnam-like quagmire. LIC strategists acknowledge that the commitment of U.S. ground troops in the third world is likely to be counterproductive because such intervention erodes domestic and international support for U.S. foreign policy and can spur increased internal resistance.

Instead of sending off plane loads of U.S. boys to fight in foreign jungles, the new U.S. global defense in the third world relies more on Rambo-style raids, mopping up operations like the one in Grenada, support for anticommunist "freedom fighters," and counter-terrorist strikes. Get in and out is the motto of this new interventionism.

Whereas the previous counterinsurgency strategy aimed to geographically contain the socialist world and to prevent leftist guerrillas from gaining power in new states, LIC strategy is even more ambitious. Counterinsurgency still figures prominently in LIC doctrine. But the new strategy also aims to roll back what the military describes as the Soviet Union's "global reach." LIC doctrine is an offensive strategy that has the goal of reasserting U.S. hegemony by recovering territory that the "free world" has lost.

Another distinguishing trait of contemporary LIC strategy is its broad definition of U.S. security. In the global vision of proponents of LIC doctrine like George Shultz, the U.S. (and everything for which it stands) is under attack by diverse and

devious forces virtually everywhere on this planet. Guerrilla wars, terrorist assaults, drug trafficking, domestic turmoil in the third world, and even media criticism of U.S. foreign policy are all symptoms of this overall attack on U.S. security and values. In this view, national security is defined in ideological as well as geopolitical terms.

Advocates of U.S.-sponsored low intensity conflict say that all resources have to be tapped in the struggle against communists and terrorists. LIC has been described as "total grassroots war" that encompasses the "total environment — a fusion of economic, political, and military intelligence." Economic aid and humanitarian assistance are regarded as weapons of low intensity conflict, as distinctions between the roles of different branches of government like the Agency for International Development (AID), the CIA, the United States Information Agency, and the Pentagon become blurred.

Low intensity conflict strategy targets not only leftist guerrillas and socialist states but also U.S. and third world residents. To ensure the success of U.S. sponsored LIC, its proponents support psychological operations aimed at the U.S. public and the Central American population. "I think the most critical special operations mission we have today is to persuade the American people that the communists are out to get us," warns J. Michael Kelly, Assistant Deputy Secretary of the U.S. Air Force. "If we can win this war of ideas, we can win everywhere else." Likewise, George Tanham, former president of the Rand Corporation, says, "Our most pressing problem is not in the third world, but here at home in the struggle for the minds of people."

As LIC theorist Dr. Sam Sarkesian states: "National leaders and the public must understand that low intensity conflicts do not conform to democratic notions of strategy or tactics. Revolution and counterrevolution develop their own morality and ethic that justify any means to achieve success. Survival is the ultimate morality."

The Army's publication in 1981 of its *Field Manual on Low Intensity Conflict* officially placed LIC strategy within military operations for the first time. That manual is now regarded as a bridge between the older counterinsurgency theory and the latest formulations of LIC theory. It presents LIC as an expression of the "Internal Defense and Development" (IDAD) theory of counterinsurgency which evolved in the 1970s. IDAD theory, an extension of the counterinsurgency strategy of the 1960s, emphasized the organization of pacification and civic action campaigns.

The 1981 field manual outlines the need for national IDAD pacification campaigns that consolidate civilian and military institutions. These campaigns would be administered by national and local coordination committees that would deploy military, paramilitary, and economic resources to strengthen the nation. Psychological operations would "make population and resource control measures more acceptable to the population." Local self-defense patrols and other paramilitary forces should be organized to guarantee the security of pacified areas.

It is highly likely that this manual provided the conceptual basis for the current pacification campaigns in Guatemala and El Salvador. Both countries have introduced national security and development plans, adopted programs of psychological operations, and supported their pacification campaigns with AID and U.S. private economic assistance. In Guatemala, the military's Inter-Institutional Coordination Committees bear striking resemblance to the coordination and consolidation committees described in the Army manual.

LIC doctrine is much more than a cerebral war game for militarists. In the last several years, its postulates have been integrated into the highest levels of government and have been popularized for mass consumption. A DOD report by four prominent military strategists in 1984 summarized the major LIC initiatives currently at work. The report, *Low Intensity Conflict in the 1980s: Policy Recommendations for the United States*, said that LIC doctrine should comprise three major categories of action: counterinsurgency, assisting anticommunist insurgency, and counterterrorism. It was suggested that the National Security Council form a "special group" for LIC that would be subdivided into the same three categories of operations.

The authors commended the Reagan Administration for establishing a policy that includes these categories and for moving the U.S. from its post-Vietnam War stance of non-intervention. But they said the initiative must continue and they offered a series of recommendations, many of which have since been implemented.

The defense strategists asserted that in counterinsurgency situations the U.S. should redirect the energies of third world security forces "to provide security and self-defense efforts while nation building and pacification efforts are underway." They recommended the creation of a country-dedicated Civic Action Force under the auspices of the proposed "special LIC group." This force would include representatives from CIA, DIA (Defense Intelligence Agency), DOD, State, AID, and USIA.

In assisting insurgency situations, the report recommended 1) using accessible paramilitary assets to weaken communist regimes, 2) exacerbating dissidence in regimes hostile to the U.S. government, 3) initiating action to encourage the ouster of a specific leader, 4) supporting paramilitary forces which would appear benevolent and ameliorative, and 5) using CIA and DOD resources to assist indigenous, surrogate forces.

In May 1984, another group of experts, the Special Warfare Advisory Group, presented their recommendations on LIC to the Defense Department. Formed by Fred Ikle, Undersecretary of Defense for Policy, the panel consisted of defense strategists, right-wing leaders, and retired generals with civic action and special warfare experience. Prominent members included Andy Messing, Edward Lansdale, John Singlaub, Harry C. Aderholt, Paul Gorman, Thomas Pickering, and Edward Luttwak. This group recommended that the U.S. apply lessons learned in Southeast Asia to the Central American conflict. An eight-page report urged the U.S. to move away from conventional warfare toward more civic action, psychological warfare, and small unit operations. "The U.S. military is a firepower, high-tech outfit, and that's not what's needed [in Central America]," said Aderholt.

LIC strategists propose the increased use of surrogates by the U.S. This practice of using surrogate forces to defend perceived U.S. interests is not a new one. Washington has long backed governments with its economic and military aid so that those regimes would carry out U.S. foreign policy. The U.S. military even has a term for this practice which it calls "surrogate infrastructure," referring to the formation of the local structures used to combat insurgency and make use of U.S. military assistance. In Laos and Vietnam the CIA used tribespeople as surrogate forces, and in the Bay of Pigs invasion used anti-Castro exiles. Under the Reagan Administration, anticommunist surrogate forces have assumed a prominent place in national policy. In Central America, El Salvador, Honduras, and Costa Rica serve as U.S. proxy forces, and the contras are the prototypical U.S. surrogate forces.

Another component of LIC promotes convenient and self-justifying definitions of terrorism. The State Department defines terrorism as "the threat or use of violence for political purposes." But the target of the

building counterterrorism campaign is almost exclusively violence that can be categorized as 'revolutionary or communist. The Reagan Administration variously calls Nicaragua "a command post for international terror" and a "country club for terrorists" while other Central American countries like El Salvador and Guatemala where death squads and military terror abound are lauded for their democratic principles. Leftist guerrillas are uniformly labeled terrorists while contras are praised for being freedom fighters. LIC proponents say the U.S. needs to respond offensively to the scourge of terrorism. No longer should the U.S. passively defend its institutions and citizens against terrorist attacks but instead should mount an aggressive campaign against terrorism that would include preemptive and retaliatory strikes.

Although U.S. commitment to counterterrorism has not gone far enough for many advocates of low intensity warfare, the concept has quickly advanced in recent years. In April 1984, President Reagan signed a National Security Decision Directive (NSDD-138) which endorsed the principle of preemptive strikes and reprisals against terrorists in other countries. NSDD-138 established the framework for the counterterrorism component of low intensity conflict.

Narcoterrorism is a term used by U.S. officials to describe the "terrorist/insurgent link to drug trafficking and the increasing use of terrorist tactics by drug trafficking organizations." Cuba and Nicaragua, whose leaders have been labeled as cocaine dealers by President Reagan, are primary targets for the low intensity war against narcoterrorism. The director of the Office for Counterterrorism told Congress: "Cuba and Nicaragua have been active in narcotics trafficking as well as terrorism, since both activities weaken the social and political structures of democratic governments in the Western Hemisphere."

When advocates of low intensity conflict say that LIC means "total war," they do not mean an unlimited war or high intensity conflict. They want a coordinated effort that brings together all military and civilian resources in an offensive against communism and terrorism. This drive to integrate economic and humanitarian aid into LIC strategy is occurring on three separate fronts: 1) closer coordination among the military, CIA, and AID in LIC situations, 2) increased involvement of DOD in non-military assistance, and 3) enlistment of private resources.

It is the opinion of most LIC proponents that AID has been caught up in the Vietnam syndrome and that the agency should be encouraged to put more of its resources at the disposal of counterinsurgency campaigns and U.S.-backed insurgencies. In the past, AID was less circumspect about using economic aid for military purposes. In the 1960s, AID directly funded 30 percent of the Pentagon's military civic action program in Latin America. During the Vietnam War, AID worked closely with the military in pacification and counterterrorism campaigns and openly teamed up with the CIA to support anticommunist tribal mercenaries. The push to involve AID more closely in military operations has shown several signs of success in Central America. AID's management of pacification programs in El Salvador and its projects along the Nicaraguan borders in Honduras and Costa Rica are examples of the agency's increasing willingness to participate in military-related operations.

The distinction between military and non-military assistance is also becoming blurred with today's trend toward private-sector involvement. In 1984, the Pentagon began transporting supplies to Central America collected by right-wing groups like the Conservative Caucus and the National Defense Council. The key congressional figure in arranging this free transportation was Senator Jeremiah Denton (R-AL). Denton, who was rated by the *National Journal* in 1983 as the most conservative senator, has since pushed two key "humanitarian assistance" bills through Congress. In 1985, Andy Messing, an influential LIC advocate who heads the National Defense Council, persuaded Denton to introduce an amendment to the DOD authorization bill that would allow the Pentagon to transport humanitarian relief supplies to Central America. Messing, who once said that Central America is an "accessible laboratory" for the study of low intensity conflict, also prevailed upon Oliver North of the National Security Council to enlist Pentagon and White House support for the successful bill.

The Pentagon's Office of Humanitarian Assistance transports these goods to Central America, where they are often destined for the Honduras-Nicaragua border or civic action programs of the Salvadoran and Guatemalan governments. Denton was also instrumental in pushing through legislation in 1985 that provided $7.5 million in "humanitarian assistance" for Nicaraguan Indian refugees who live along the Nicaraguan border in Honduras and are closely tied to the contras. In 1984, facing a congressional ban on CIA backing of the contras, President Reagan approved a secret plan to replace CIA funds with assistance from U.S. citizens and U.S. allies like Israel. The While House selected retired Major General John Singlaub as the chief fundraising contact and coordinator for this campaign which has been overseen by the National Security Council.

Civic action programs aim to improve the image of military forces and extend their influence. While such programs can result in some improvement in rural conditions, they never confront the society's main socioeconomic problems. Military civic action programs are experiencing a strong comeback in Central America. They form part of the counterinsurgency response to rising popular resistance in the region. Recent U.S. military interest in civic action also results from the growing acceptance of LIC doctrine, which calls for economic and psychological measures along with military ones to combat insurgency.

Captain Robert S. Perry of SOUTHCOM's Political/Military Affairs Division called the new emphasis on civic action "one of the integral parts of the U.S. Southern Command's security development program." It is a "cost effective and important component of any corrective or deterrent effort, as has been demonstrated in Guatemala in its recent successes against an active insurgency."

When the Salvadoran Army rolls into a village it is prepared to give a show. Planes drop propaganda leaflets on the area, and the commander presents a speech about the evils of communism and the virtues of the current regime. Food, toys, medicine, and clothing are handed out to villagers gathered in the plaza. Some battalions have their own soldier/clowns who provide entertainment. Frequently it becomes a multi-media affair when the army Psyops team presents an anticommunist film from the United States, Army barbers cut hair, doctors give vaccinations, and dentists pull teeth.

Officer Ed Morrell with the U.S. MilGroup expressed his enthusiasm about the progress of civic action programs. In the last half of 1985, "they've had 60 civic actions, reaching an average of 3,500 people each one." Morrell said that the U.S. MilGroup helps plan the programs, arranges for materials, and provides operations training to the Salvadoran Army. "We hope to have three civic actions per week from now on," he said.

Most of the clothing and toys handed out by the Army come from private groups in the U.S. Among the private groups that supply the Salvadoran Army are Knights of Malta and International Aid. But the major supplier of the soccer balls, medicine, toys, and clothes that the Salvadoran Army hands out in its civic action sweeps is the

right-wing Family Foundation of America. Kenneth Wells, the founder and president of the group says he was "prompted by the Lord" to deliver supplies to El Salvador and other Central American countries.

Civic action in Honduras occurs both in conjunction with military exercises and as part of the operations of the Palmerola Air Base, the main U.S. installation in Honduras. Captain Brian Mahoney, chief of civic action at the base outside Comayagua, says, "Our programs are for enhancing U.S. security. There is no humanitarian thrust. We just want people to have a higher opinion of us."

The growing acceptance of the doctrine of low intensity conflict is the most frightening sign of our times. It commits the nation to a future of dirty little wars in the name of freedom. LIC strategy as practiced by the Reagan Administration (and largely accepted by both political parties) is a new kind of brinkmanship that unleashes a global offensive of counterterrorism, counterinsurgency, and counterrevolution in the protective shadows of the nuclear age.

The anti-interventionist sentiment that arose during the Vietnam War needs to be rekindled to challenge the precepts of low intensity conflict. LIC doctrine attempts to avoid public disapproval by minimizing the number of U.S. casualties. But interventionism through psychological operations, cover actions, humanitarian assistance, counterinsurgency training, and surrogate forces must also be opposed by the U.S. public. The doctrine of LIC should be replaced by one that greatly modifies the current conception of what national security interests are and that conforms to the need for the United States to live in peace with different political and economic systems. □

Tom Barry is associated with The Resource Center, Box 4506, Albuquerque NM 87196. This article is excerpted from a 75-page booklet entitled Low Intensity Conflict: The New Battlefield in Central America, *published by the Center.*



Geschminkte Soldaten spielten die Opfer

Sabotageanschlag auf eine Bahnlinie simuliert: Abgesägter Mast stürzte auf die Gleise

Olching. (dpa) Zu einer großangelegten Rettungsaktion nach einem „konstruierten" Sabotageanschlag auf eine Bahnlinie hat Bayerns Innenministerium am Samstag im Landkreis Fürstenfeldbruck Alarm ausgerufen. Bei der „Katastrophenschutz-Vollübung" in Olching mußten Tote und Verletzte aus einem entgleisten Zug geborgen werden.

Die Ausgangslage: „Gewalttäter" hatten einen Leitungsmast umgesägt. Der Mast stürzte mit dem Fahrdraht auf die Gleise. Dann fuhr ein Personenzug mit vier Reise- und einem Gepäckwagen auf das Hindernis.

Die „geheime Kommodosache Katastrophe" war allerdings durch die Grünen bekanntgeworden. Sie protestierten schon im Vorfeld gegen „dieses politische Mittel zur Diskreditierung" des Widerstandes gegen die geplante atomare Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf. Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Hartmut Bäumer, kündigte ein „parlamentarisches Nachspiel" an.

Bei dem bis ins Detail durchgespielten Anschlag auf die Bahnlinie Ludwigsfeld-Olching entgleisten die Lokomotive und der erste Reisezugwagen. Die restlichen Waggons verkeilten sich ineinander. Im Gepäckwagen brach Feuer aus.

Die Aufgabenstellung bei dieser Katastrophenübung: 80 bis 120 Passagiere – darunter Tote und Schwerverletzte – seien eingeschlossen. Der Zug stehe unter Strom und die Unglücksstelle sei schwer zugänglich.

Waggon-Türen gesprengt

„Sehr realistisch" fand Bayerns Innenminister August Lang die Einsatzübung. Er lobte die schnelle Verfügbarkeit von Polizei, Rettungsdiensten, Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und den sonstigen Einrichtungen des Katastrophenschutzes.

Eine abschließende Bewertung sei erst möglich, wenn die 30 „Schiedsrichter" von Feuerwehrschulen ihre „Noten" für den Ablauf der Übung verteilt hätten. Lang beobachtete ebenso wie Staatssekretär Peter Gauweiler die in klirrender Kälte ablaufende Aktion als Zaungast.

Dabei mußten der unter Strom stehende „Tatort" geerdet und die vorher zugeschweißten Türen der Waggons aufgesprengt werden.

Dann befreiten Feuerwehrmänner mit Atemschutz und Rettungsscheren die ersten „Opfer" – blutig geschminkte Bundeswehrsoldaten und „Darstellungspuppen" der Kripo.

Sie wurden mit Leitern über die Bahnböschung und dann mit Wagen oder Hubschraubern in Kliniken transportiert. Der Landrat gab Katastrophenalarm, die Polizei riegelte das gesamte Gelände ab.

Das löste Ärger bei zahlreichen Bürgern von Olching aus, die an diesem strahlenden Wintertag zum Eisstockschießen oder Schlittschuhlaufen auf den See wollten.

Unzufriedenheit auch bei einigen Teilnehmern an dieser simulierten Katastrophe: Ein Feuerwehrmann berichtete, er und seine eilig angerückten Kollegen hätten eine halbe Stunde warten müssen, bis sie „Tote und Verletzte" bergen durften. Der Grund: Die mit Hubschraubern herangeflogenen Pressevertreter seien noch nicht vollzählig gewesen.

Ein junger Sanitäter urteilte: „Die Übung war eine einzige Katastrophe. Die Anfahrt schon sei „das reinste Chaos" gewesen. Der eine habe ihn „nach links dirigiert, der andere nach rechts". Auf den engen Straßen habe man sich gegenseitig im Weg gestanden". Er habe mit seinem Wagen – bei eingeschaltetem Blaulicht – einem Fußgänger ausweichen müssen; bei diesem Manöver sei ein Reifen beschädigt worden. Der Sanitäter: „Haben Sie schon mal bei minus zwölf Grad einen Reifen gewechselt?"

Nach knapp vier Stunden war der „Spuk" in und um Olching beendet.

„Die Übung zeigt, daß wir die Herausforderungen annehmen", betonte Innenminister Lang. Der Bahnverkehr werde durch Anschläge zunehmend gefährdet. Allein in Bayern seien im vergangenen Jahr 48 Bahnanschläge verzeichnet worden.

Erst vor zwei Wochen sei die Bundeskonferenz der Anti-Atomkraft-Initiativen in Nürnberg zusammengekommen, „um zu beschließen, mit welchen Aktionen man besser sprengen und Masten umsägen kann", sagte Lang.

Die Übung habe gezeigt, „wie so etwas in Wirklichkeit aussieht". Lang sagte: „Das sind Verbrecher und Mörder, die sich zusammensetzen und so etwas planen." Er sei von der Realität der Übung „im Herzen bewegt, und ich wünsche, daß so etwas niemals in unserem friedlichen Land passiert".

Grünen zurückgewiesen

Über das Verhalten der Grünen zeigte sich Lang „zutiefst betroffen". Diese hätten sich mit Strommastsägern solidarisch erklärt, beschuldigte Lang die Grünen. Helmut Oehler, Leiter der Katastrophenschutz-Abteilung des Innenministeriums, erklärte, nach der Ankündigung der Grünen, bei dem Alarm notfalls Strommasten zu schützen, habe die Polizei das Gelände großräumig gesperrt.

Der Landtagsabgeordnete der Grünen, Bäumer, der sich in Olching über die Aktion informieren wollte, wurde trotz Vorlage seines Abgeordnetenausweises von der Polizei zurückgewiesen. Begründung: Die Grünen seien nicht im Sicherheitsausschuß vertreten.

Bäumer will die Angelegenheit vor den Landtag bringen.

General Anzeiger 02.02.1987

* Veröffentlichungen *

Wer steuert die Hetze gegen die PKK?

Die kurdische Arbeiterpartei PKK ist seit 1984 einer von verschiedenen Seiten aus betriebenen Hetzkampagne ausgesetzt. Einer der Vorwürfe, die dabei erhoben werden: Die PKK greife gegenüber jedermann, seien es Mitglieder mit abweichenden Auffassungen, ehemalige Mitglieder oder andere fortschrittliche Organisationen aus der Türkei, zu „terroristischen" Methoden. Die Vorwürfe gehen bis hin zum Vorwurf, für die Ermordung türkischer oder kurdischer Oppositioneller „verantwortlich" zu sein. Diesen gravierenden Vorwurf erhoben beispielsweise in Hamburg vor knapp einem Jahr Mitglieder der „GAL" und verschiedene türkische Organisationen, nachdem der Türke Kürsat Timoroglu durch Pistolenschüsse ermordet worden war. Diese schwerwiegenden Vorwürfe sind unbewiesen: Die Hamburger Polizei hat bis heute im Mordfall Timoroglu noch nicht einmal einen Verdächtigen.

Aus Schweden liest man von ähnlichen Vorwürfen. Hier versucht der Leiter der polizeilichen Sonderkommission, die mit den Ermittlungen zu der Ermordung Olaf Palmes beauftragt ist, PKK-Anhänger mit dem Mord an Palme in Verbindung zu bringen. Die Festgenommenen mußten bisher noch jedes Mal wieder freigelassen werden, weil die Polizei über keinerlei Beweise verfügt.

Nun haben Geheimdienstintrigen, speziell solche gegen Flüchtlinge, in Europa eine lange und furchtbare Tradition. Zumeist dienten sie der jeweiligen Regierung dazu, zu verhindern, daß Leute, die vor ihrer Politik ins Ausland geflohen waren, dort eine Aufklärung und Propaganda gegen ihre reaktionäre bis faschistische Politik entwickelten. Verzweiflung, Demoralisierung und andere Probleme, wie sie unter Flüchtlingen im Exil so häufig sind, bildeten willkommene Ansatzpunkte für solche Intrigen. Wer die Geschichte der Gestapo und ihr Wirken beispielsweise unter den antifaschistischen Flüchtlingen im Paris der 30er Jahre studiert, findet zahlreiche Beispiele, wie sowas gemacht wird.

Im Fall der Türkei und Türkisch-Kurdistans heute liegt ein weiteres Interesse auf der Hand: Die westeuropäischen Imperialisten sind mit der Türkei über die NATO eng verbunden, als Gläubiger an prompter Schuldenzahlung interessiert und – speziell im Fall der BRD – wünschen die Unterdrückung jeder revolutionären Entwicklung in der Türkei und in den von ihr besetzten kurdischen Gebieten.

Das „Europäische Komitee zur Verteidigung der Flüchtlinge und Gastarbeiter" (C.E.D.R.I.) mit Sitz in Basel hat im Sommer letzten Jahres eine deshalb sehr verdienstvolle Broschüre in deutscher Sprache herausgebracht, die die Hintergründe der schmutzigen Hetzkampagne gegen die PKK etwas näher ausleuchtet. CEDRI kommt dann zu dem Ergebnis, daß die schwedische politische Sicherheitspolizei SÄPO der Urheber und bis heute einer der maßgeblichen Drahtzieher der Kampagne gegen die PKK ist. Die SÄPO arbeitet dabei mit dem türkischen Geheimdienst zusammen und benutzt für ihre zahlreichen Verleumdungen teilweise offensichtliche türkische Geheimdienstquellen. Bis heute ist nicht eine der zahlreichen Gerüchte über „PKK-Mordpläne", „PKK-Hinrichtungslisten" und dergleichen bewiesen worden. Im Gegenteil hat die SÄPO sogar Versuche, eine gerichtliche Überprüfung ihrer Verleumdungen zu erzwingen, unter Zuhilfenahme von Bestimmungen der schwedischen Ausländergesetze verhindert. Hinsichtlich der Erfolge der Kampagne der SÄPO urteilen die Autoren vielleicht etwas pessimistisch: „In Europa aber ist dieser Krieg (der türkischen Armee gegen das kurdische Volk, d. Red.) immer noch unbekannt." Dem entgegenzutreten, leistet die Broschüre einen nützlichen Beitrag.

(C.E.D.R.I., Missionsstraße 35, Postfach, CH-4002 Basel, Schweiz: Die Kampagne gegen die Kurdische Arbeiterpartei PKK – rül)

§129 a/ §130a. „Generaldirektion innere Sicherheit" Dokumentation der Anti-AKW-Zeitschrift „atom" zur neuen gesetzeslage. Teil A: gesetze und begründung im Wortlaut. Stellungnahme v. Bundesanwaltschaft, Lochte, Strafverteidigungsintiativen und Einschätzungsartikel. Teil B: Sicherheitsgesetzte v. 28.2.286, Staatssicherheit, Schleppnetzfahndung, Zevis, Volkszählung usw. 1 Ex. (52 seiten) 4 DM, Wiederverkäufer 3 DM. Bestellungen an: atom c/o Göttinger AK gegen Atomenergie, Postfach 1945, 34 Göttingen **☎ 0551/77 00 158 oder G. Garbers, Posenerstr. 22, 2121 Reppenstedt**

Dokumentation der geschichte und nwendungsweise des § 129/129a. Systematische Analyse und "repressionsgeschichte" dieses verdammten paragraphen bis zum sommer 86. 110 seiten, für 5 DM (selbstausbeutungspreis). Versand nur gegen vorkasse auf PSCHA 185 05 300 (Verein für angewandte Sozialarbeit e.V., Rechtshilfe) PSA Hannover oder bar. Versandkosten 1 DM. 129a-gruppe, Cafe Korn, Kornstr. 30, 3 Hannover 1

Endlich ist der neue Kriminalisierungsrundbrief (Nr. 5) da: Diesmal Doppelnummer mit 36 seiten. Inhalt: WAA-urteile, Sylvester-WAA; EA-Regensburg rät; knast-Briefe an den Krimirundbrief; Zur haftsituation von Claudia Wannersdorf u. Brigitte Mohnhaupt in Aichach; Grundsätzliches zur Isohaft; 4 seiten über die Duisburger Gefangenen, Mülheim- schafenersatzforderungen 17.000 DM; Göttingen — Ini gegen Wehrpflicht; Hamburg — 4 seiten über die Hafenstr.; Wendland-Anklage §129a; BRD-Verrat der genoss/innen der RAF für 1 Million DM (Einschätzung), Stammheim-brief von Peter-Jürgen Boock zum urteil; Detmold: Erstmals kriminalisierungsrundbrief beschlagnahmt;
Alles über Umweltzentrum, Elfbuchenstr. 18, 3500 Kassel gegen 5 DM in briefmarken (Kl. werte) oder geld. Wir machen weiter!!

Rolf Gössner
beschreibt die polizeiliche Einkreisung der Demonstrationsfreiheit (Teil 1)

So sollen Verfassungsschutz-Spitzel angeworben werden...

Detlef Nehrkorn
analysiert die Praxis und die Auswirkungen der Berufsverbote (Teil 1)

Neuer Geheimdienstskandal im Mordfall Schmücker

Heiner Waldmann
deckt CIA-Pläne gegen Ghana auf

George Martin Manz
beschreibt die CIA-Einflußnahme auf den Philippinen

Jürgen Roth
enthüllt einen Putschversuch im Niger

John Kelly
beschreibt die Zusammenarbeit zwischen CIA und dem südafrikanischen Apartheidstaat

Edward S. Herman
belegt die US-Schirmherrschaft für den Staatsterrorismus

Naming Names

Geheim Nr. 3/86
Geheim, Lütticher Straße 14, 5000 Köln 1

TERRORISTISCH ANTI-TERREURTEAM TOCH OPGERICHT

Anti-terreurteam toch opgericht! In het Utrechts Nieuwsblad van 9 feb. staat onder de kop "Oprichting geheim observatieteam wekt woede bond", een artikel waarin Leen vd Linde van de Nederlandse Politiebond een boekje opendoet over de oprichting door Korthals Altes van zo'n anti-terreur eenheid. vd Linde is woedend op Korthals omdat het nieuwe team toch geleid wordt door het CRI (Centrale Recherche Informatiedienst). Deze 12 mans eenheid bestaat voor 6 personen uit de Rijkspolitie en 6 personen uit het CRI en mogen uitsluitend opdrachten uitvoeren van de landelijke officier van justitie. Hun taak zal zijn het (in het geheim) observeren van terrorisme-verdachte personen. Linde is uiteraard niet kwaad over de oprichting van zo'n team, maar omdat de leiding bij een staflid vd CRI ligt. Korthals Altes heeft altijd ontkend dat zo'n team een soort FBI zou worden, maar nu blijkt toch dat het i.p.v. ondersteunend werk ook uitvoerende taken gaat verrichten. Het is echter al de 2e keer dat zo'n team opgericht wordt. De 1e was in jan.'81, maar die is later op non-aktief gezet. Bij het 2e team nu, zijn de werkwijze en oprichting in een geheim stuk ondergebracht en is eind jan.'87 ondertekend door generaal W.Frackers, chef vd rijkspolitie J.v.Straaten, hoofd CRI, en majoor J.vd Ban, districtscommandant rijkspolitie Den Haag. Volgens vd Linde was Korthals hier ook bij aanwezig. De sectie (zo heet het team) is toegevoegd aan het sinds '79 bestaande observatie-groep West I. (Den Haag) Deze groep bestond tot nu toe uit 2 secties van bij elkaar 23 mensen. Nu wordt er dus nog een 3e sectie van 12 man aan toegevoegd. vd Linde zegt dat Frackers onder druk is gezet door Korthals Altes om mede te ondertekenen. Frackers is n.l. bang dat de CRI teveel in zijn (rijkspolitie) tuintje terecht zou komen en zit daarom nu ook in het team om zodoende nog enige invloed te hebben. Korthals heeft gelogen toen hij zei dat er geen permanent landelijk team zou komen. Om de kritiek van binnen en buiten het parlement te ontlopen heeft ie de truc-cendoos opengetrokken door de helft ven het team CRI-mensen te laten zijn en de andere helft vd rijkspolitie Den Haag. Het is dus weldegelijk een team met een permanent en landelijk caracter!!!

Kfz-Datenbank „Zevis“ in Betrieb

G.A. 16.2.87

Flensburg. (dpa) Millionen Daten von Kraftfahrzeugen und deren Haltern können ab sofort rund um die Uhr von Kfz-Behörden, Polizei, Zoll und Grenzschutz abgerufen werden. Seit gestern ist die mit mehr als 50 Millionen Eintragungen größte Datenbank der Bundesrepublik, das unter dem Kürzel „Zevis“ bekannte Zentrale Verkehrs-Informationssystem beim Flensburger Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), offiziell in Betrieb.

Das System versorgt auf jeweilige Anfrage über ein Computernetz die autorisierten Stellen mit Informationen. Das Übertragungsnetz für die Daten ist jedoch noch nicht komplett. Erst Mitte 1988 werden bundesweit alle vorgesehenen Dienststellen mit den entsprechenden, insgesamt rund 1 000 „Zevis“-Bildschirmen ausgestattet sein.

KBA-Sprecher Götz Krutein erklärte, daß den Abfragern außerhalb der Flensburger Behörde nicht alle Daten aus dem mit „Zevis“ gekoppelten Verkehrszentralregister (VZR) und dem Zentralen Fahrzeugregister (ZFR) zur Verfügung stehen. So werde zum Beispiel nicht der Punktestand eines Verkehrsteilnehmers weitergegeben, der im Verkehrszentralregister, der allbekannten „Verkehrssünderkartei“, gespeichert ist. Den externen Abfragern stünden vor allem Angaben zu Fahrzeugen zur Verfügung.

dürfen, gibt Auskunft über die Halter von Kraftfahrzeugen und den Entzug von Fahrerlaubnissen.

„Zevis bringt im Kern nichts Neues“, schränkte Horst Julich, Sprecher des Bundesamtes, ein. Denn das Informationssystem enthält nicht die Originaldaten des KBA: Säuberlich voneinander getrennt, existieren in den Hauptdateien des „Zentralen Fahrzeugregisters“ und des „Verkehrszentralregisters“ die Informationen über Fahrzeuge und entzogene Fahrerlaubnisse. Für Zevis werden diese Daten — rund 32 Millionen Kraftfahrzeuge mit amtlichen Kennzeichen, rund 1,5 Millionen mit Versicherungskennzeichen und etwa 600 000 entzogene Fahrerlaubnisse — dupliziert und in die neue Datenbank übertragen.

Die Daten konnten die Sicherheitsbehörden zwar schon immer in Erfahrung bringen, per Fernschreiben und notfalls sogar per Postkarte. Das Neue an Zevis ist die Geschwindigkeit, mit der künftig bestimmte Behörden an die Daten in Flensburg herankommen. „Im einstelligen Sekundenbereich“, so die Systembeschreibung, kann der Grenzbeamte an der Saar ebenso wie

„Zevis“ kennt alle Autos und ihre Besitzer

BR 11.2

VON THOMAS WIEGOLD

Flensburg. Am 15. Februar wird das Straßenverkehrsgesetz geändert. Was nach einer Formsache aussehen mag, hat für die Sicherheitsbehörden noch nicht abschätzbare Konsequenzen: Polizei, Grenzschutz und der Zoll dürfen von diesem Tag an in Sekundenschnelle auf Datenmaterial des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) zugreifen.

Zevis, das „Zentrale Verkehrs-Informationssystem“ in der Flensburger Bundesbehörde, ist eine neugeschaffene Datenbank. Sie stellt nur einen Teil der Riesenmenge der im Kraftfahrt-Bundesamt gespeicherten Informationen über Autos, Motorräder, Lastwagen - und entzogene Führerscheine dar. Das neue Informationssystem, das die Behörden nach dem im vergangenen Jahr verabschiedeten Paket der „Sicherheitsgesetze“ anzapfen

der Polizist in Oberbayern erfahren, auf wen ein bestimmtes Fahrzeug zugelassen ist oder ob der Fahrer tatsächlich, wie er vorgibt, seinen Führerschein nur zu Hause vergessen hat. Allerdings sind bisher nur die Daten aus Bayern, Baden-Württemberg, dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und von den Zulassungsstellen Bonn und Düsseldorf gespeichert.

Für den „externen Gebrauch“ sieht das System zwei grundsätzliche Fragemöglichkeiten vor. Mit Angabe des amtlichen Kennzeichens oder des Versicherungskennzeichens erfährt der fragende Beamte, wem ein bestimmtes Fahrzeug gehört. Der Computer liefert sogar dann Informationen, wenn das Nummernschild von einem Zeugen nur teilweise erkannt wurde.

Wird ein Fahrer überprüft, zeigt Zevis nach Angabe von Namen und Geburtsdatum lediglich an, ob ihm ein Führerschein entzogen wurde. Hat er einen — oder auch keinen —, meldet das System nur „Kein Eintrag".

Die umstrittene Personenabfrage, gegen die sich vor allem die Datenschützer wehren, ist dagegen technisch auch nach Inkrafttreten des Gesetzes noch nicht möglich. Geplant sei im wesentlichen, daß Zevis nach Eingabe von Namen und Geburtsdatum die Information über alle Fahrzeuge liefert, die auf diese Person zugelassen sind, erläuterte Julich. „Wir haben dafür noch kein Konzept", sagte der KBA-Sprecher. Allein das Programm für die mit rund 52 Millionen Datensätzen weltweit größte Datenbank dieser Art sei ein technisches Problem.

Die Kritik der Datenschützer setzt schon vor der Personenabfrage ein. „Das primäre Problem ist nicht, was das Gesetz regelt, sondern was das Gesetz nicht regelt", sagte der Hamburger Datenschutzbeauftragte Klaus-Henning Schapper. Zwar sei in dem neuen Gesetzeswerk festgelegt, wer die Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes abfragen dürfe. Doch gleichzeitig fehle die gesetzliche Regelung, unter welchen Voraussetzungen die Polizei die Daten, die sie als Grundlage für die Anfrage in Flensburg benutze, notieren dürfe.

□ Adreßregister durch die Hintertür?

„Die Polizei hat uns nicht einmal den Bedarf dargetan, warum sie in Sekundenschnelle diese Abfrage haben muß", klagte der Hamburger Datenschützer. Er befürchte, daß hier „durch die Hintertür" ein vom Innenausschuß des Bundestages abgelehntes „Bundesadreßregister" entstehen könne — schließlich seien in Flensburg die Daten sämtlicher Fahrzeughalter und damit fast der Hälfte der Bevölkerung gespeichert.

KBA-Sprecher Julich hält dagegen: „Nach unseren Selbstverständnis sind wir keine Außenstelle der Polizei." Doch aus Gründen der „Verwaltungsökonomie" sei der Zugriff der Sicherheitsbehörden auf die Verkehrsdaten, den es auch schon vor Zevis gegeben habe, sinnvoll. „Sonst fragt man sich: Wofür haben wir ein Kennzeichensystem?" (ap)

Beveiligingshoofd Kamer geschorst om informatie-lek

Tel.11.02

door Rob Knijff

AMSTERDAM, woensdag

Een klacht van de Amsterdamse strafpleiter mr. Pieter Herman Bakker Schut over het laten uitlekken van geheime BVD-informatie door het hoofd Beveiliging van de Tweede Kamer in Den Haag, Ton Damen, blijkt eind vorig jaar de directe aanleiding te zijn geweest voor de schorsing van deze laatste, door het presidium der Tweede Kamer.

Het hoofd van de veiligheidsdienst van de Tweede Kamer zou tijdens een lezing voor beveiligingshoofden vorig jaar, details hebben openbaar gemaakt uit een vertrouwelijke informatie uitwisseling tussen de Binnenlandse Veiligheids Dienst (BVD) en het Duitse Bundes Kriminal Amt over de RAF-terroriste Adelheid Schultz.

RAF

Bakker Schut (46), in de jaren zeventig verdediger van onder meer de Rote Armee Fraktion-terroristen Knut Folkerts en Adelheid Schultz, beklaagde zich over deze gang van zaken namens zijn cliënte schriftelijk bij het beveiligingshoofd van het Binnenhof.

Volgens mr. Bakker Schut was deze klacht gericht aan de heer Damen persoonlijk en niet aan diens superieuren: het presidium der Tweede Kamer.

Op 18 december jl. ging het presidium onder leiding van kamervoorzitter dr. D. Dolman, na lucht te hebben gekregen van de klacht, over tot onmiddellijke schorsing van het beveiligingshoofd en werd besloten tot het instellen van een intern onderzoek tegen de heer Damen.

In hetzelfde onderzoek wordt tevens nagegaan in hoeverre de beveiligingschef voorschriften zou hebben overtreden bij de exploitatie van een eigen intern telefoonnet in het kamergebouw.

Volgens de beschuldigingen zou de veiligheidsdienst binnen de parlementsgebouwen zonder benodigde vergunning van de PTT en tegen de wil van het presidium in, een eigen gesloten telefoonnet hebben aangeschaft, waarmee in geval van calamiteiten een open verbinding tussen de beveiligingsemployés kon worden onderhouden.

De Tweede Kamer wenst zolang het onderzoek duurt geen enkel commentaar te geven op de beide beschuldigingen tegen de heer Damen: het laten uitlekken van geheime BVD-gegevens en exploitatie van een illegaal telefoonnet in de Tweede Kamer.

SDZ 11.02.1987

Sorge um Entwicklung der APIS-Datei des Bundeskriminalamtes

Mit Sorge betrachtet Baumann die Entwicklung der „Arbeitsdatei PIOS-Innere Sicherheit" (APIS), deren Betrieb das Bundeskriminalamt Anfang 1986 aufgenommen hat. An dieser Datenbank, die Staatsschutzdelikte und Daten aus dem Bereich Terrorismus umfaßt, wirken auch die Landeskriminalämter mit. Der Datenschützer kritisierte, daß durch die Einspeisung in APIS schwere terroristische Straftaten und allgemeine Kriminalität bis hin zur Kleinkriminalität „in einen Topf geworfen" werden. So würden auch Personen und deren Umfeld einbezogen, denen vergleichsweise geringfügige Verstöße vorgeworfen würden, wie etwa Sachbeschädigung durch Plakatieren oder Beleidigung, sofern die Polizei dahinter politische Motive oder Ziele vermute.

Zum anderen bereite Sorge, daß die Polizei in Bund und Ländern diese Datenbestände nicht nur einander zugänglich mache, sondern sie auch wechselseitig ergänze und verändere. Dadurch werde die datenschutzrechtliche Verantwortung verwischt und es werde die Eigenständigkeit im Sinne des Föderalismus eingeschränkt.

Presse-spiegel RARA/Makro-anschläge

NRC 12.1.87

"die direktion des steinkohlenhandelsvereins (SHV) wird noch in dieser woche darüber entscheiden, ob sie sich aus südafrika zurückziehen wird. die beziehungen mit diesem land werden abgebrochen, falls die regierung nicht einwilligt in zwei forderungen: die regierung muss schadenersatz leisten für weiteren finanziellen schaden infolge von terroranschläge und sie muss im parlament eine erklärung abgeben, dass sie terror in den niederlanden bekämpfen wird. der SHV zieht darüberhinaus in erwägung, ihren hauptsitz in Utrecht ins ausland zu verlegen."

(interview mit F. v. Vlissingen, direktor des SHV)
"unser problem ist desweiteren die tatsache, dass dem zunehmende terror auf holländischem boden in politischen kreisen in Den Haag nicht genügend aufmerksamkeit gewidmet wird. man hat darüber noch niemals eine debatte im parlament geführt. da muss sich was ändern, denn terror untergräbt die wurzeln der demokratie."

Volkskrant 13.1.87

(schlagzeile) "publikum reagiert lakonisch auf brand bei makro"

NRC 13.1.87

"ein team von 25 leuten der staatspolizei untersucht in zusammenarbeit mit dem hilfsteam der kriminalpolizei vom kreis Maastricht die brandstiftung bei der Makro-niederlassung in Nuth. möglicherweise wird dieses team noch erweitert. auch der Centrale Recherche Informatiedienst (CRI- holländisches BKA), der dem justizminister Korthals-Altes untersteht, ist zur koordination der ermittlungen hinzugezogen."
... "Korthals-Altes hat der leitung des SHV-konzerns, zu dem die Makros gehören, zugesagt sein bestes zu tun um die 'terroristen' zu fassen."
... "laut feststehenden richtlinien wird besondere polizeibewachung nur eingesetzt im falle einer konkreten bedrohung durch terroristische aktionen."

Vk 14.1.87

..."wenn dem terror kein ende gesetzt wird, verschwindet der Makro aus den niederlanden", kündigte der SHV-direktor an. "das wasser steht uns jetzt echt bis zum hals."
... "aussenminister van den Broek würde es bedauern, wenn der SHV sich unter druck der letzten anschläge aus südafrika zurückziehen würde. seiner meinung nach wäre das eine ermütigung für aktionsgruppen um mehr anschläge zu begehen. van den Broek betonte, dass im ausland nicht der eindruck entstehen darf, dass die niederlande nicht hart genug auftreten gegen gruppen, die das recht in die eigene hand nehmen." ... "letztes wochenende ging die dritte Makro-niederlassung in flammen auf. zu dem anschlag hat sich die Revolutionaire Anti Racistiese Aktie (RARA) bekannt, die sich auch zu früheren brandstiftungen bei Makroniederlassungen bekannt hat. nach meinung des aussenministers würde mit dem zurückzug des SHV auf grund der brandstiftung 'ein schlechtes beispiel' gegeben."

NRC 14.1.87

"die Tweede Kamer (Bundestag) findet, dass die regierung der forderung des SHV, die versicherung für die Makro-niederlassungen in den niedelanden zu übernehmen, nicht nachgeben kann. laut CDA und VVD ist dies keine aufgabe der regierung. minister Korthals-Altes hat noch nicht reagiert auf das vom SHV gestellte ultimatum."
... "wir werden dann als erste unternehmen der welt, durch terror gezwungen, unsere aktivitäten in südafrika beenden.", äusserte F. van Vlissingen.

Vk 15.1.87

"die holländische wirtschaft ist dazu bereit, an massnahmen gegen terroranschläge wie die brandstiftung bei der Makro-niederlassung in Nuth, mit zu bezahlen. 'wir werden selbstverständlich unseren anteil in den kosten tragen', sagte van Lede, vorsitzender des Verbands Niederländischer Unternehmen, im namen der hieran verbundenen betriebe.
... "die regierung hat die pflicht, vorsichtsmassnahmen zu treffen, damit betriebe normal gegen risikos versichert bleiben können." ... "nach meinung des arbeitgeberpresidenten müsse man sich ein beispiel nehmen an Israel, wo die regierung desentsprechende massnahmen getroffen hat, damit unternehmen sich wieder versichern können gegen das risiko von terroranschlägen."

NRC 19.1.87

"SHV zieht sich zurück aus südafrika wegen terroraktionen bei Makro"

... "ex-staatssekretär Bolkestein, jetzt vize-vorsitzender der VVD, findet den beschluss des SHV 'verständlich'. "ich kann mir vorstellen, dass sie das risiko nicht versichert zu sein, nicht in kauf nehmen wollen, aber ich bedaure auch, dass auf diese art und weise zugeständnisse an den terror gemacht werden. ich hoffe dass in den niederlanden nicht dieselbe entwicklung wie in den nachbarländern stattfindet. der terror greift um sich wie ein ölfleck. das ist eine katastrophale entwicklung. das ansehen der niederlande wird dadurch nicht gerade besser."

NRC 20.1. 87

"gestern abend kündigte Korthals-Altes in einer reaktion auf die vorwürfe des SHV an, dass die justiz den betriebe, die niederlassungen in südafrika haben, einen besseren polizeischutz bieten wird. wo es um vorsichtsmassnahmen geht, hat die regierung 'ganz schön was zu bieten', so der minister."

NRC 23.1.87

"minister Korthals-Altes zieht in erwägung ein spezielles national arbeitendes team der kriminalpolizei ins leben zu rufen, zur bekämpfung von unruhen wie diese woche in Nijmegen. nach meinung des ministers sind die brandstiftungen und sachbeschädigungen in einem büro der staatspolizei, dem shell-büro, der filiale einer bank und dem rathaus kein isoliertes phänomen, und ist daher ein koordiniertes angehen nötig.
"es gibt gründe um anzunehmen, dass die gruppe die dafür verantwortlich ist, verbindungen im ganzen land hat und ein gutes kommunikationssystem. es ist unmöglich strafbare handlungen dieser art nur durch die lokale kriminalpolizei behandeln zu lassen."
... "der minister sagte dass die polizei von Nijmegen zu jeder zeit die hilfe der CRI in Den Haag einberufen kann. die CRI hat allerdings keine vollstreckungsbefugnis. 'ich schliesse nicht aus, dass wir eine national operierende abteilung der kriminalpolizei, die dem oberstaatsanwalt in Den Haag untersteht, in erwägung ziehen müssen."

NRC 29.1.87

"eine nationale abteilung der kriminalpolizei für terrorismus und andere formen schwerwiegender kriminalität soll nur in ausnahmefällen zum einsatz kommen. eine permanente organisation, z.b. nach dem muster des amerikanischen fbi ist nicht wünschenswert.
unter hinweis auf die Makro-brände sagte der minister, dass 'es nicht möglich ist , um so etwas ausschliesslich mit der lokalen kriminalpolizei und polizei an zu gehen. es ist sogar nicht möglich um es mit der zukünftigen regionalen struktur an zu gehen. es ist dann indertat notwendig um für informationen und unterstützung die hilfe der CRI zu beanspruchen. in der tat schliesse ich nicht aus dass wir an die möglichkeit einer national operierenden abteilung der kriminalpolizei denken müssen.

NRC 30.1.87

"arbeitsgruppe gegründet gegen politisch motivierte gewalt"
"regierung und wirtschaft wollen durch eine bessere verteilung der aufgaben politisch motivierte gewalt -wie die Makro-brandstiftungen und die hausbesetzer unruhen in Nijmegen, zielgerichteter bekämpfen. sie werden eine arbeitsgruppe gründen, die hierfür vorschläge machen soll. der 'vereniging van nederlandse gemeenten' (zusammenschluss holländischer städte) wurde eingeladen um an der arbeitsgruppe teil zu nehmen.
darüberhinaus hat minister Korthals-Altes, der neben dem justizministerium vorübergehend auch das ministerium für innere sicherheit verwaltet, am donnerstag dem vorschlag der chefs von polizei und staatspolizei (coordinerend politieberaad) zugestimmt, um ein national koordinierendes projektteam für schwerwiegende kriminalität einzuführen.
mit diesem vorschlag geht der CP ein auf die anregung des ministers in der tweede kamer in bezug auf die errichtung einer nationalen einheit der kriminalpolizei.
... das team, das aus kräfte der polizei und staatspolizei zusammengestellt werden soll, müsste ständig zur verfügung stehende informationen über schwerwiegende kriminalität auswerten."

NRC 31.1.87

"die versicherungen haben genug von den anschlägen auf shell-tankstellen und den makrobränden. der schaden wird nach aussage der versicherungsgesellschaften zu gross. sie wollen einen fonds einrichten, an dem in prinzip jeder hausbesitzer und jeder betrieb verpflichtet mitbezahlen muss. aus diesem fonds kann der schade von anschlägen bezahlt werden. dafür ist, laut J.van Rhijn von 'nationale Nederlanden' eine gesetzesgrundlage nötig. andernfalls können betriebe diese extra-prämie umgehen, indem sie sich bei einer ausländischen gesellschaft versichern lassen. die sind sehr aktiv auf dem holländischen versicherungsmarkt.

der verband von versicherungsgesellschaften, dessen vize-vorsitzender van Rhijn ist, war schokkiert als die britische versicherungsgesellschaft Commercial Union nach dem Makrobrand in Nuth die SHV aus der versicherung schmiss. aber die holländischen versicherungen sind inzwischen zu demselben schluss gekommen: der schaden von politischen aktionen wird zu gross."
"der arbeitgeberverband VNO reagierte positiv. der VNO findet dass die position von bedrohte betrieben sichergestellt werden muss."
... "die versicherungen haben von 1984 bis 1986 gut 300 milionen an 'politischem schaden' ausgezahlt. die hälfte davon ist für den SHV nach den makro-bränden. den rest bekamen unternehmen wie Shell, van Leer und die Hollandse Beton Groep, die mitbaut an Woensdrecht (wo die mittelstreckenraketen stationiert werden sollen d.ü)."

Telegraaf 31.1.87

justizminister Korthals-Altes wehrt sich gegen kritik an seinen anti-terror massnahmen

... "in den letzten wochen bekam der 1.67 m grosse, selbstsichere minister eine ladung kritik von der öffentlichkeit. der grund ist bekannt: die niederlande haben den terrorismus kennengelernt. die makro-brände und die besetzerunruhen in Nijmegen sind dafür ein bei spiel. dem minister wird vorgewurfen, dass er dagegen viel zu lax auftritt.. ... "die niederlande bezahlen jetzt den preis für eine tolerante politik an der viel zu lange festgehalten wurde.in den siebziger jahren wurde gesagt, dass man mehr verständnis für die besetzer haben müsste. es gab ein jahrenlanges hin und her mit dem anti-besetzer gesetz. ich habe befürwortet, dass der richter in einem viel früheren stadium eingreifen können müsste, aber die VVD war die einzige die mich dabei unterstützte.
... "justiz, polizei und sicherheitsdienst stehen vor dem problem, dass -auch wenn man einen überzeugenden verdacht hat wer die täter sind- es schwierig vor dem richter zu beweisen ist. ich nenne ihnen -und das tue ich zum ersten mal- ein wichtiges element, das sich ihrer wahrnehmung entzieht. dank der arbeit z.b. des BVD (hol. verfassungsschutzes) werden regelmässig anschläge verhindert. ich nenne den japaner K. (Kikamura red.). er wurde letztes jahr in Schiphol festgenommen, weil es informationen gab, dass er sprengstoff bei sich hätte, mit dem ein anschlag auf ein wichtiges objekt begangen werden sollte. der mann wurde gefasst und danach durchsuchten die zollbeamten sein gepäck und fanden den sprengstoff. der japaner musste freigelassen werden, weil der richter fand, dass man den beweis auf ungesetzliche weise bekommen hatte. was war der fall: die zollbeamten hätten erst sein gepäck durchsuchen müssen und danach den mann festnehmen müssen. damals mussten wir K. als unerwünschten ausländer nach Japan zurückschicken."
... "es stimmt dass einige strafrechtgelehrten es falsch finden dass richter einen verdächtigen aus diesen gründen laufen lassen. deutsche richter beschliessen in diesen fällen zu einer verurteilung. hier muss eine lösung gefunden werden, denn die gesellschaft ruft nach schutz.
jedenfalls ist es so, dass unser nachrichtendienste nicht schlafen. manche anschläge werden mit sicherheit vereitelt. ich nenne noch zwei beispiele, die geheim gehalten wurden. vor nicht allzu langer zeit konnte die polizei dank der nachrichtendienste zwei brandstiftungen bei wohnhäusern von prominenten personen verhindern. der brand fand nicht statt, aber das hat nicht zu verhaftungen geführt und wenn etwas nicht passiert ist, dann hat es keinen nachrichtenwert für die presse.
... Ich finde auch, dass man die paragraphen im strafgesetzbuch über anstiftung verschärfen muss, aber das lässt sich nicht von einem auf den anderen tag ändern. wenn ich bestimmte veröffentlichungen, z.b. vom besetzerblatt 'Bluf!' lese, dann denke ich auch: hier wird angestiftet zum begehen von straftaten, aber bei grünlicher analyse, die laut strafgesetzbuch nötig ist, wird mehr angedeutet als gesagt.
das schwierige ist auch, dass terroristische aktionen oft im ganzen land vorkommen. die täter sind überall und nirgendwo, aber die polizei arbeitet regional. darum ist vorübergehend ein nationales koordinationsteam eingesetzt, das sich mit den makro-bränden beschäftigt. Korthals-Altes sagt: das ist nötig um die fahndung in gute bahnen zu lenken. ich finde dass das nationale koordinationsteam einen bleibenden karakter bekommen muss, um terror und gewalttätige politische aktionen zu bekämpfen. erfahrene polizisten aus verschiedenen abteilungen müssen für einige zeit dahin abkommandiert werden. der oberstaatsanwalt in Den Haag, dem speziell die terrorismusfahndung untersteht, muss dieses team leiten."

warum hat man soviel bedenken bei einer superpolizei?
"ich habe nichts dagegen, aber ich glaube, dass man damit nichts erreicht höchstens eine verhärtung in der besetzerbewegung. man muss einen kühlen kopf bewahren. kriminalpolizeiliche ermittlungen müssen von der lokalen polizei geleistet werden, aber man muss die fahndung optimal koordinieren. dafür haben wir spezialisten, wie z.b. die verhaftungs- und observationsteams. ein nationales koordinationsteam kann eine wichtige ergänzung sein."
... und dann regt man sich jetzt wieder auf, dass die neuen gefängnisse in 1989 noch nicht fertig sind. dann fragt man sich doch: was tun die eigentlich da in Den Haag?

"die zellen wird es geben! in der zeit von jetzt bis 1989. zweitausend zellen. wie und wer sie baut ist mir egal. aber es wird sie geben."

NRC 14.2.87

die CRI und die staatspolizei haben ein observationsteam gegründet das schwer kriminelle im auge behalten soll. das neue team wird von zwölf personen der CRI und Staatspolizei gebildet und untersteht der B‡jzondere Zaken-centrale (vergl.: TE-abteilung des BKA) ... "die gründung des geheimen observationsteams, das der von 23 mann gebildete staats-polizei-observationsgruppe West I* hinzugefügt wird, ist eine folge "politischer gewalt-täten", wie die makro-brände und die besetzerunruhen in Nijmegen."

* kreis Den Haag

Info zur Praxis des neuen 130a

Am Sonntag, den 8.2.87 wurde ich im Zug zwischen Hengelo (Niederlande) und Bad Bentheim (BRD) von einem bundesdeutschen Grenzer kontolliert, d.h. ich mußte meinen Ausweis zeigen, der Grenzer schrieb sich Namen usw. raus und ging gleich wieder.
In Bad Bentheim stieg eine Frau zu, die sich zu mir ins Abteil setzte, wo ich vorher allein gewesen war.
Die BRD-Grenzer stiegen aus und bald darauf wieder ein und suchten offensichtlich jemanden. Als sie zu dem Abteil kamen, in dem ich saß, zögerten sie erst, kamen dann aber rein und fragten nach meinem Namen. Der eine warf dem anderen vor, er hätte doch gesagt, ich säße allein im Abteil. Die Frau, die mir gegenüber saß, wurde gefragt, ob sie gerade zugestiegen wäre und ob sie mich kannte. Einer der Typen stürzte sich gleich auf meine Sachen, zog eine Zeitung aus einer Tüte und fragte, was das für eine Zeitung wäre. Ich wurde aufgefordert, aus dem Zug auszusteigen. Es gab ein längeres Hin und Her, weil ich mit dem Zug weiterfahren wollte, schließlich mußte ich aber doch aussteigen, was der eine Grenzer immer abwechselnd damit begründete, ich hätte über ihn gelacht und ich hätte unerlaubte Zeitungen dabei.
In der Grenzschutzstelle Bad Bentheim wurde ich von oben bis unten durchsucht, meine Sachen wurden bis ins Kleinste auseinandergenommen und durchgeguckt. Ich saß vier Stunden da rum. In der Zeit wurde die Staatsanwaltschaft Osnabrück eingeschaltet, die die Durchsuchung damit begründete, daß ich "wegen § 130a verdächtig" wäre.

Grenzschutzamt Emden
Grenzschutzstelle
Bad Bentheim Bhf.
(Grenzübergangsstelle)

4444 Bad Bentheim, 08.02.87
(Ort, Datum)

Tgb.Nr.: 28/2/87

Niederschrift über Durchsuchung, Sicherstellung, Beschlagnahme (Teil B)

Verzeichnis der sichergestellten/beschlagnahmten Gegenstände

Lfd. Nr.	Menge	Gegenstand (Zustand)	letzter Gewahrsamsinhaber
1	1 (2 Blatt)	"Slagerzicht"- linkse Boekhandel	Beschuldigte
2	1 (1 Blatt)	"Slagerzicht"- Info	"
3	1 (Heft)	Armenia	"
4	1 (Heft)	Breakthrough	"
5	1 (Heft)	Al Karamah	"

weitere Gegenstände auf gesondertem Blatt - sh. Blatt -

Bemerkungen: (z.B. Zufallsfund) ...

Die Gegenstände wurden gem.

☐ BGSG ☒ StPO

☐ sichergestellt (§ 27 BGSG) ☐ in Verwahrung genommen

☐ be

weitere sichergestellte Gegenstände:

6	1	Zeitschrift - lose zusammengeheftet (De Knipselkrant)	Beschuldigte
7	1	Zeitschrift - lose zusammengeheftet (XX Texte : Asala)	
8	1	(15 Seiten) Radikal Info Nr. 1	Beschuldigte

(Sternberg), PM

2. Nach § 130 wird folgende Vorschrift eingefügt:
§ 130 a
Anleitung zu Straftaten
(1) Wer eine Schrift (§ 11 Abs. 3), die geeignet ist, als Anleitung zu einer in § 126 Abs. 1 genannten rechtswidrigen Tat zu dienen und nach ihrem Inhalt bestimmt ist, die Bereitschaft anderer zu fördern oder zu wecken, eine solche Tat zu begehen, verbreitet, öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.